

110-41421

110-4/421

171 listu, ser. 17.6.2008  
Mach

Krab. 262.

**ST M**

IV. M - 63 A 1/44 g.

St.M. IV M - 63 A1/44 g.

Prag, den 11. Dezember 1944.

1

Geheim

V e r m e r k :

Der angeschlossene Vorgang kann als erledigt zu den Akten  
genommen werden.



Handwritten initials or marks, possibly "V" and "v".

Der Deutsche Staatsminister.

24. Oktober 1944.

St.N. 963/437/44./

Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft Mährisch-Osterau.

Bert. Schreiben vom 8.9.d.Js. - Zeichen II 721/296 (138, 135) und die Prager Besprechung vom 17.10.d.Js.

24. X. 1944

- 1.) An den  
Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Herrn Staatssekretär Dr. Krohn,  
B e r l i n W S,  
Mauerstrasse 43.

Die in Protokoll vom 8.9.d.Js. festgehaltene Vereinbarung soll Sie in Ihren Befugnissen in keiner Weise beschränken. Es bestehen deshalb meinerseits keine Einwendungen dagegen, daß der dem Vorstand der Reichswerke Hermann Göring angehörende Dr. Guido Schmidt als Verwalter auf die Führung des Werkes dann Einfluß nehmen kann, wenn dies auf Ihre ausdrückliche Weisung zurückgeht oder mit Ihrer ausdrücklichen Billigung geschieht. Ihm steht, was nie zweifelhaft war, das erforderliche Informationsrecht zu. Ich gehe übrigens als selbstverständlich davon aus, daß der von Ihnen eingesetzte Verwalter nicht gleichzeitig als Beauftragter des Betriebsführers in Witkowitz tätig werden kann. Mit der Bildung des Direktoriums aus den von Staatsrat Generaldirektor Fleiger als Betriebsführer vorgeschlagenen Persönlichkeiten habe ich mich diesem gegenüber einverstanden erklärt. Dasselbe gilt bezüglich der Bestellung des

Dipl.Ing. Heger zum Generalsekretär des Direktoriums und des Dr.Kaltschmidt zum Nachfolger von Dr.Nowak. Wie ich neuerdings gehört habe, soll bei den Reichswerken Hermann Göring die Absicht bestehen, bereits jetzt Ing.Raschka im Direktorium durch eine andere Persönlichkeit zu ersetzen.

Gegen die mit den Direktoriumsmitgliedern abgeschlossenen Dienstverträge habe ich Bedenken nicht zu erheben. Was ihre finanzielle Seite anlangt, so wird darüber sowie über die Abfertigung für den ausgeschiedenen Generaldirektor Ruchinka das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit unter dem Gesichtspunkt des Gehaltstops zu befinden haben.

Im übrigen darf ich auf die Besprechung mit Senatspräsidenten Dr.Kellersmann vom 17.10.d.Js. in Prag Bezug nehmen. Es wurde dabei von meiner Seite auf möglichst baldige Bestellung des neuen Beirats unter dem Vorsitz von H-Obersturmbannführer Oberlandrat-Inspekteur Dr.Jonak Wert gelegt.

Heil Hitler !

55105

24. X. 1944

Ja

2.) Durchschrift nebst 1. Fotokopie an

- a) Herrn Dr. Bertsch,
- b) Herrn Krieser,
- c) Herrn Dr. Adolf,
- d)  $\frac{1}{4}$ -Standartenführer Dr. Weinmann und
- e)  $\frac{1}{4}$ -Obersturmbannführer Jacobi.

zur Kenntnis.

3.) Zum Vorgang.



20722

Abschrift.

4

Hobar Dr. Philipp Mähring  
Rechtsanwalt im Kammergericht.

Berlin, SW 11, 4.10.44.  
Dessauerstr. 34  
Fernspr. 112935

An die  
Witkowitzet Bergbau-u.  
Eisenhüttengewerkschaft

Mährisch Ostrau .

Ich teile Ihnen mit, dass der Herr Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens die Zustimmung zum Erwerb der Beteiligung Bergütte sowie zur Eingliederung der Gewerkschaft in die HGW-Stahl GmbH, und zu der Gewährung eines Kredites von RM 1 Mio zum Erwerb der Ostrak erst nach Vorliegen der Stellungnahme des Beirates erteilen kann. Ich habe die Reichswerke "Hermann Göring" entsprechend unterrichtet.

Was den Inhalt Ihres Schreibens vom 20. 9. anbelangt, so teile ich mit, dass der Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens das von Ihnen vorgeschlagene Verfahren der Anbahnung der Kriegsschäden billigt. Er regt an, die Feststellung der Schäden nach Grund und Höhe zu betreiben. Gemäss § 1 Abs. 3 b der Dritten Durchführungsvorordnung und Ergänzungsverordnung zur Kriegsschäden-Verordnung von 28. Januar 1942 (RGBl. I S. 49) können solche Anträge ohne Genehmigung gestellt werden, soweit sie gemäss § 12 Abs. 4 der Kriegsschädenverordnung sich nur auf die Feststellung des Schadens nach Grund und Höhe beschränken.

Was den übrigen Inhalt Ihres Schreibens vom 20.9. anbelangt, so wollte ich mit Absatz 3 meines Schreibens v. 11.9. zum Ausdruck bringen, dass zweckmässig vor der Einreichung von Anträgen auf Entschädigung eine Unterrichtung an mich zu erfolgen hat.

Heil Hitler!

Dr. Mähring  
Rechtsanwalt.

*Dr.  
L.  
Sind Ostrau*

*12/10/44*

Dr. B e r t s c h  
- Nr. V-481/44g -

Prag, den 3. Oktober 1944.

**Geheim**

An den

Herrn Chef des Ministeramts.

Betr.: Vortrag bei dem Herrn Staatsminister  
am 3. Oktober 1944.

Bei meinem heutigen Vortrag bei dem Herrn Staatsminister wurden die angeordneten Rücksprachen erledigt, so vor allem die Rücksprache wegen der unterirdischen Verlagerung lebenswichtiger Teile des Hydrierwerkes Brüx in die Nähe von Prag und die Rücksprache wegen des Schreibens des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens vom 8. September 1944 betreffend Witkowitz. Der Herr Staatsminister entschied zu letzterem Punkt, dass Senatspräsident Dr. Kellermann nochmals nach Prag gebeten und dass der Unterzeichnete zusammen mit dem Herrn Abteilungsleiter II die Angelegenheit mit ihm mündlich abschliessend erörtern soll. Ein weiterer Schriftwechsel verspricht bei der schwankenden Haltung des Feindkommissars keinen Erfolg. Entsprechendes Fernschreiben werde ich noch heute an Senatspräsident Dr. Kellermann richten.

*B  
Berliff*



Dr. B e r t s c h

- Nr.V-462/44g -

An

W-Obergruppenführer ~~Staatminister~~ ~~Jonak~~ k .

**Ministeramt**

**Tag: 22 SEP. 1944**

den 22. September 1944. <sup>7</sup>

**Geheim**

Betr.: Witkowitz Eisenwerke, hier: laufende  
Berichterstattung des Oberlandrats Dr. Jonak.

Zu dem Bericht des Oberlandrat-Jnspekteur Dr. J o n a k vom 19.  
ds. Mts. -Tgb.Nr.I/1088/44g- darf ich bemerken:

Die fragliche Aufstellung ist mir vor einigen Wochen von General-  
direktor Kuchinka bei seinem Abschiedsbesuch übergeben worden mit dem  
ausdrücklichen Bemerkem, es handele sich dabei nur um einen Entwurf  
und die Aufzeichnung sei lediglich für mich persönlich bestimmt. Er  
-Kuchinka- lege Wert darauf, dass ich diese Aufzeichnung in Händen

1033/44g

St. M. W M - 63 Tps/44g

hätte, um mir selbst ein Bild über die Verhältnisse in Witkowitz machen zu können und damit ich notfalls in einem späteren Zeitpunkt bei etwaigen neuen Verhandlungen mit den Reichswerken Hermann Göring in geeigneter Weise auf dieses Material zurückgreifen könne. Im jetzigen Zeitpunkt möge ich jedoch von dieser Aufzeichnung keinerlei Gebrauch machen. Wenn ich mich nicht irre, wollte Generaldirektor Kuchinka eine solche Aufzeichnung auch dem Herrn Staatsminister bei dem Abschiedsempfang, um den er gebeten habe, übergeben.

Ich habe die Aufzeichnung zu den Geheimakten "Witkowitzer Eisenwerke" in meinem Panzerschrank genommen. Ausser mir hat die Aufzeichnung bis gestern niemand gesehen. Gestern habe ich sie M-Hauptsturmführer Kaltenberger vom SD-Leitabschnitt Prag auf seine fernmündliche Bitte zur persönlichen Einsichtnahme überlassen.

*Handwritten:* Einmal vorgelesen

*Handwritten:* 20418



*Handwritten signature:* [Illegible signature]

*Handwritten:* 20/ 9 44.

*Handwritten:* / e

# Der Oberlandrat

Inspekteur des Deutschen Staatsministers  
für Böhmen und Mähren  
in Mähr.-Ostrau

Mähr.-Ostrau, den 19. September 1944.  
Neues Rathaus  
Fernsprecher 23.45

Nr. Dr. Jo/Cy

Tgb.Nr. I/1088/44g

Ministeramt

Eing.: 22 SEP. 1944

Geheim

8

An den

Herrn Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren  
SS-Obergruppenführer K.H. Frank

in Prag.

Betrifft: Witkowitz Werke.  
Bezug: Laufende Berichterstattung.

Im Sinne des von Ministerialrat Dr. Gies erteilten fernmündlichen Auftrages wurde Generaldirektor Wlk bei einem Besuch in Witkowitz unterrichtet, daß der Herr Staatsminister mit der Betrauung des Direktor Augst mit einer maßgeblichen Funktion im Rahmen der Witkowitz Werke nicht einverstanden wäre und von dem ihm zustehenden Einspruchsrecht Gebrauch machen würde. Generaldirektor Wlk hat erklärt, daß er diese offizielle Stellungnahme begrüße und auch bereits in ähnlichem Sinne gegenüber den Herman Göring-Werken vorstellig geworden sei. Augst hat auf seinen Einspruch hin bereits vor längerer Zeit die Räume des Witkowitz Schloßes wieder verlassen, die er infolge Beschädigung seiner Wohnung durch den Bombenangriff bezogen hat. Er war in der letzten Zeit mehrere Tage von Witkowitz abwesend, da er auf Weisung von Dr. Guido Schmidt diesen zu geschäftlichen Rücksprachen aufsuchen mußte.

Die wesentlichste Sorge für Witkowitz bildet augenblicklich die Frage des Schicksals der Erzgruben in der Slowakei. Die dort abgebauten Manganerze sind für den Betrieb des Stahlwerkes sehr wichtig. Nach den hier vorliegenden Informationen ist von Beschädigungen bisher nichts bekannt geworden. Transportmöglichkeiten bestehen nicht. Augenblickliche Produktionsbehinderungen sind in Witkowitz nicht zu befürchten.

Der ehemalige Generaldirektor Kuchinka wurde vor einigen Tagen zur Leitung der Herman Göring-Werke nach Berlin bestellt. Er soll Aufklärung geben über die Entstehungsgeschichte einer angeblich in 12 Exemplaren vervielfältigten Denkschrift,

in der

8a

in der eine Gegenüberstellung der Leistungen der Witkowitz Werke für die Herman Göring-Werke im Laufe der Jahre und der Leistungen der Herman Göring-Werke für Witkowitz enthalten sein soll. Wie leicht einzusehen, ist die Schlußbilanz dieser Aufstellung sehr zu Gunsten Witkowitz ausgefallen. Die Herman Göring-Werke haben Generaldirektor Wlk gegenüber erklärt, daß der Inhalt der Aufstellung den Tatbestand des Landesverrat darstellt und die Aufklärung der ganzen Angelegenheit, insbesondere der Frage nach dem Verfasser und dem Vervielfältiger, der Geheimen Staatspolizei übertragen wurde. In Berlin wird angeblich vermutet, daß diese Denkschrift von Dr. Nowak entworfen worden ist.

Nach hiesiger Auffassung dürfte diese Denkschrift mit einer Aufzeichnung identisch sein, die vom ehemaligen Generaldirektor Kuchinka vor ungefähr zwei Monaten Herrn Minister Dr. Bertsch in Prag überreicht wurde. Kuchinka hat damals diese Aufstellung als einen Entwurf bezeichnet, der vorläufig unüberprüft den Charakter der Zusammenarbeit zwischen Herman Göring-Werken und Witkowitz Werken beleuchten sollte. Nach Feststellungen des Generaldirektors Wlk ist diese Denkschrift im Büro des SA-Standartenführers Dr. Lüth vervielfältigt worden und an fünf verschiedene Empfänger zur Entsendung gelangt. Dr. Lüth erklärte allerdings, davon nichts zu wissen. Der Fall dieser Denkschrift wäre insofern von polizeilicher Bedeutung, wenn nachgewiesen werden könnte, daß die Empfänger der Denkschrift im Sinne der Geheimhaltungsvorschriften nicht empfangsberechtigt waren.



20417

*[Handwritten signature]*

*[Faint handwritten signature]*

Herrn

Dr. Dipl. Ing. Karl Biwank,

Mähr. Ostrau 10

Dienstvertrag.

§ 1

Wir bestellen Sie zum Direktor und Mitglied des Direktoriums der Witkowitzter Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft.

Ihren Wirkungskreis bestimmt der Betriebsführer mit dem Generaldirektor. Sie sind dem Betriebsführer bzw. dem Generaldirektor unmittelbar unterstellt, nach dessen Weisungen Sie sich zu halten haben.

§ 2

Sie haben Ihre gesamte Arbeitskraft unserem Unternehmen zu widmen. Jedwede andere Beschäftigung ist Ihnen ohne unsere vorherige Zustimmung untersagt.

§ 3

Ihr Jahreseinkommen beträgt ab 1. September 1944 RM .....  
Ausserdem erhalten Sie eine Tantieme, die sich nach den Ergebnissen des Unternehmens richtet und vom Betriebsführer im Einvernehmen mit den Organen der Gewerkschaft bestimmt wird.  
Ferner gebührt Ihnen eine Dienstwohnung mit Beheizung und Beleuchtung. Auf Dienstreisen steht Ihnen die Benützung der I. Wagenklasse, sowie Diäten nach unserem Diätennormale zu.

./.

## § 4

Sämtliche Steuern und Gebühren, welche von Ihren Dienstbezügen zur Vorschreibung gelangen, haben Sie aus eigenem zu tragen.

## § 5

Sie sind verpflichtet, alle Bezüge an die Witkowitzter Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft abzuführen, welche Sie als Vertreter dieser Gewerkschaft von Unternehmungen erhalten, an denen die Witkowitzter Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft beteiligt ist.

## § 6

Für Ihre Pensions- und Krankenversicherung gelten die für unsere Gefolgschaftsmitglieder jeweils üblichen Bestimmungen. Ihre statutarischen Pensionsbezüge sowie eine etwaige Witwen- und Waisenrente werden laut Beilage um einen Zuschuss aus gewerkschaftlichen Mitteln erhöht.

## § 7

Ihr Erholungsurlaub beträgt 4 Wochen im Jahr. Der Antritt erfolgt nach jeweiliger Festlegung der Termine mit dem Generaldirektor.

## § 8

Der Vertrag wird ab 1. September 1944 auf 5 Jahre abgeschlossen mit dem Vorbehalt, dass Sie nach Ablauf des ersten Jahres Ihrer Dienststellung als Mitglied des Direktoriums mit sofortiger Wirkung enthoben werden können, um in eine andere Dienststellung innerhalb der Witkowitzter Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft eingesetzt zu werden, die der vor Abschluss dieses Vertrages innegehabten sowohl hinsichtlich des Wirkungskreises als auch der Bezüge entspricht.

Ein Abfertigungsanspruch aus diesem Vertrag besteht für diesen Fall nicht, wohl aber treten alle Ihre vorherigen Ansprüche wieder in Kraft.

Wird nach Ablauf von 3 Jahren das Dienstverhältnis weiter fortgesetzt, gilt für dieses gegenseitig eine einjährige Kündigungsfrist.

## § 9

Durch dieses Dienstübereinkommen werden alle Ansprüche, die Sie gegenüber der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft, aus welchem Titel immer besitzen, befriedigt, sodass Sie nicht berechtigt sind, irgendwelche weitere materielle Ansprüche zu stellen.

Ausgenommen sind Lizenzgebühren aus Patenten, die Sie der Gewerkschaft zur Verfügung gestellt haben oder stellen.

Zum Zeichen Ihres Einverständnisses mit diesen Bestimmungen wollen Sie den beiliegenden Gegen-brief unterfertigen.



11105

III N - gRs.PA.109

Dr.Sch./Hüb. 3602

**G e h e i m!**

- 1.) An den Deutschen Staatsminister  
für Böhmen und Mähren  
1/4-Obergruppenführer K.H. Frank

Ministera  
Eing: 9 SEP.1944

Prag.

- 2.) An das  
Reichssicherheitshauptamt  
- III D - (mit Doppel) für III D - Ost  
z.Hd.v. 1/4-Standartenführer Seibert o.V.i.A.

Berlin.

- 3.) An das  
Reichssicherheitshauptamt  
III N - (alt: III AS)  
z.Hd.v. 1/4-Sturmbannführer Dr. Wegener o.V.i.A.

Berlin.

Betr.: Schmidt, Guido, Dr., ehem.österr.Aussenminister,  
Generaldirektor der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-  
gewerkschaft Mährisch-Osttau,  
geb. 15.1.01 in Bludenz/Vorarlberg.

Vorg.: Zu 1.): Letzt.hies.Schr. - III D - gRs.PA.109 - v.23.6.44.  
Zu 2.): Letzt.hies.Schr.v.13.7.u.27.7.44 - III D 4 - VA.83 G.  
Zu 3.): Ohne.

Generaldirektor Dr. Guido Schmidt, der vor einiger Zeit nach  
Generaldirektor Kuchinka die Geschäfte in Witkowitz über-  
nommen hat, führte als eine seiner ersten Handlungen eine Unterre-  
dung mit dem Direktor des Gefolgschaftsamtes und der Allgemeinen  
Verwaltung Kalkschmidt herbei, dem er sinngemäss etwa  
erklärte:

"Der Reichsmarschall hat gewünscht, dass ich hier eingesetzt  
werde. In politischer Hinsicht ist gegen mich nichts zu  
machen, denn ich bin nach oben hin abgeschirmt. Hier wird  
keine Böhmen-Mähren-Politik, sondern Politik der Reichswerke  
Hermann-Göring betreiben. Ich erwarte, dass Sie diese Erklä-  
rung zur Kenntnis nehmen und sich danach richten."

12a

Schmidt sei nunmehr auch bemüht, aus Wien einen gewissen A u g s t, der mit einer Jüdin verheiratet sein soll, in eine leitende Stellung bei der Witkowitzter Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft zu bringen. Ob-zwar die Kreisleitung der NSDAP in Mährisch-Osttau gegen diese Berufung Sturm laufe und auch im Industrieverband in Prag heftige Bedenken geltend gemacht werden, hat es doch den Anschein, als ob Generaldirektor Schmidt mit seiner Ansicht durchdringen wird.

Frank

Über die weitere Entwicklung ergeht laufend Bericht.

Laub



20413

110-4/427

Da ich mit Herrn Dr. Schmidt über politische Dinge nichts zu reden habe, antwortete ich ihm, daß ich selbst Ostmärker sei, seine politische Linie kenne, im übrigen aber selbst aus einer konservativen Offiziersfamilie stamme und bis 1926 das Theresianum in Wien besuchte. Von da an sei ich selbst über das Freikorps Oberland als 18 jähriger Junge in das nationale Lager und dadurch später zur Partei gekommen. Ich hoffe aber, mit ihm - Dr. Schmidt - durch gewisse gesellschaftliche Berührungspunkte als Ostmärker doch das Auslangen zu finden, ohne politische Dinge zu streifen.

Auf meinen sachlichen Einbau in Witkowitz eingehend, fragte mich Dr. Schmidt, ob ich bereit sei, die kaufmännische Direktion in Witkowitz anzunehmen. Da ich leider von Prag aus vorher nur sehr kurz informiert war und auch in Prag nur von der Übernahme des Rechtsbüros bzw. der rechtlich-administrativen Direktion einschließlich Personalamt gesprochen wurde, lehnte ich schon deshalb diesen Antrag von Herrn Schmidt ab, erklärte ihm aber, hiezu sachlich den Tatsachen entsprechend, daß ich mich für die Übernahme der kaufmännischen <sup>Direktion</sup> Situation nicht gewachsen fühle, da mir hiezu nur ein Mann geeignet scheint, der über eine ca. zehn- bis fünfzehnjährige Erfahrung bei Witkowitz verfügt, die ich nicht besitze.

Dr. Schmidt kam hierauf auf meine Gehaltsfrage zu sprechen und meinte, daß ein Gehalt von etwa RM 4.000,- monatlich in Frage käme, unsoemehr als Dr. Novak ein vielfaches bezogen habe. Dies lehnte ich mit der Bemerkung ab, daß ich mich um diese Stellung nicht beworben habe und daher auch keine Gehaltserhöhung benötige. Er kam hierauf auf meine Familie, deren Größe er kennt, zu sprechen, worauf ich ihm sagte, es sei meine Angelegenheit, wie ich mit meinem Gehalt auskomme.

Dr. Schmidt schloß das Gespräch damit ab, daß er mich noch einmal fragte, ob ich bereit sei, die kaufmännische Direktion anzunehmen, was ich nochmals ablehnte. Dr. Schmidt sagte mir dann, ich müsse mit der Übernahme der Agenden des Rechtsbüros zuwarten, da er sich meine Einweisung und Erteilung von Weisungen vorbehalten. Hierauf trennten wir uns.

Ich war dann einen Tag in Graz zu einer Besprechung im Permagas-Programm und als ich zurückkehrte, fielen mir zwei Dinge auf: erstens Herr Wlk erzählte mir von meiner Besprechung mit Schmidt und hatte den Eindruck, daß Herrn Schmidt irgendeine meiner Äußerungen nicht sehr gefallen habe. Welche dies war, wußte Herr Wlk nicht. Zweitens: Herr Schmidt ließ mir durch Herrn Dipl. Ing. Augst ausrichten, ich müsse auf alle Fälle mit der Übernahme der Agenden des Rechtsbüros zuwarten, da er in den nächsten Tagen nochmals nach Witkowitz kommen werde und mich selbst einführen wolle.

An letztere Weisung habe ich mich nicht gehalten, da Herr Schmidt bis heute nicht in Witkowitz war und ich die Dinge nicht liegen lassen konnte.

Ich betone, daß ich im Gegensatz hierzu am Samstag, den 19. August, eine Aussprache mit Staatsrat Pleiger hatte, die über eine Stunde dauerte und sehr glatt und angenehm verlief, weil ich offen meine Einstellung ihm gegenüber bekannt gab. Ich weiß dies auch von einer Äußerung, die Herr Wlk mir gegenüber nach meiner Besprechung mit Herrn Pleiger abgab.

Ich bekenne mich dazu, Herrn Dr. Schmidt aus politischen Gründen als alter illegaler Nationalsozialist der Ostmark abzulehnen. Ich habe aber von meinen Freunden in Wien den Rat bekommen, mich mit seiner Person abzufinden, solange es notwendig ist. Ich befolge diesen Rat genau. Ich werde es aber immer ablehnen, mit Dr. Schmidt über politische Dinge zu reden.

Schließlich führe ich noch an, daß ich schon beim ersten Auftreten des Herrn Dr. Schmidt in Prag mit ihm wegen der Beistellung eines PKWs eine klare und scharfe Auseinandersetzung hatte, die auch in zwei Briefen festgelegt ist.

*Und zu den  
schwierigen sachlichen  
Problemen, die an-  
geordnet wurden,*

**Geheim**

*44. O' ...  
...  
...*

*H. Katschunig*

*L. u. b. von h. H. ...  
...*

*h*

*22/2 44*

*Hi 24/4*

Bericht über das Gespräch mit Herrn Dr. Guido Schmidt in seinem Arbeitszimmer in Mährisch-Osterau am Donnerstag, 7. August, mittags:

Dr. Schmidt begann das Gespräch damit, daß er meine negative Einstellung zu den Reichswerken Hermann Höring erwähnte. Er äußerte, daß aber seine objektive Einstellung zu mir sich darin zeige, daß er trotzdem gegen meine Berufung nach Witkowitz nichts eingewendet hätte. Ich antwortete ihm hierzu sachlich und sagte ihm, daß er wahrscheinlich anstelle von Generaldirektor Kuchinka den Betriebsüberlassungsvertrag auch nicht ohne weiteres unterschrieben hätte. Dr. Schmidt fragte mich dann nach meinem persönlichen Verhältnis zu Dr. Novak und Direktor Preinhelder, worauf ich ihm erklärte, daß ich den ersteren in der ganzen Zeit meiner Arbeit bei Witkowitz höchstens zwanzigmal gesehen habe, Herrn Preinhelder, der im gleichen Hause wie ich in der Bredauergasse sein Amt hat, höchstens zehnmal in den vier Jahren, da ich sachlich mit den beiden Herren nicht übereinstimme, was ich übrigens auch Herrn Generaldirektor Kuchinka gegenüber wiederholt offen betont hatte.

Dr. Schmidt kam dann auf seine Stellung in den Reichswerken zu sprechen und erklärte mit betonender Geste, daß er in den Reichswerken und für Witkowitz einen ganz klaren Weg habe und gewohnt sei, das durchzusetzen, was er sich vorstelle. Er betonte, daß er bei Herrn Pleiger maßgeblichen Einfluß besitze und diesen bei seinen Entscheidungen, betreffend Witkowitz, immer wieder maßgeblich anhöre. Von ~~dem~~ <sup>ihm</sup> ~~seinen~~ Wege könne er auch durch politische Dinge nicht abgebracht werden und die Annahme sein falsch, daß man ihn auf politischem Wege ausschalten könne. Wenn er gewollt hätte oder es noch wolle, könne er sich um die Aufnahme in die Partei bewerben, was er aber bewußt nicht tue.

Der Reichskommissar  
für die  
Behandlung feindlichen Vermögens  
11 721/296  
138, 135

Berlin SW 11, den 8. September 1944  
Möckernstraße 128/130  
Fernsprecher: TR 0117 11 61 21

**Ministeramt**  
Eing: 13 SEP 1944

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

An  
den Deutschen Staatsminister für Böhmen  
und Mähren  
Herrn Staatsminister Frank

Eingefangen am 18 IX 1944 in Prag  
Abteilung V

Betr.: Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-  
Gewerkschaft, Mähr.-Ostrau.

Ihr Schreiben vom 18. August 1944, Nr. St.M. 437/44.

Ich entnehme dem mir übersandten Protokoll über die Besprechung, die Sie am 8. August d.J. mit Staatsrat M e i n b e r g hatten, dass Sie der von Staatsrat P l e i g e r vorgeschlagenen Regelung zugestimmt haben, dass Sie diese Regelung jedoch nur als eine vorläufige betrachten und Ihre politischen und sachlichen Bedenken aufrechterhalten.

Soweit Staatsrat Pleiger vorschlägt, Generaldirektor Ing. K u c h i n k a zu pensionieren, ihn durch ein dreigliedriges Direktorium zu ersetzen und den bisherigen Direktor für die Hüttenwerke Ing. W l k zum Vorsitz der Direktoriums mit dem Titel Generaldirektor zu bestellen, erhebe ich keine Einwendungen. Staatsrat M e i n b e r g hat inzwischen auch die beiden anderen Mitglieder des Direktoriums vorgeschlagen, Dr. B i w a n k und Ing. R a s c h k a. Er hat, wie er mitteilt, Ihr Einverständnis zu diesen Vorschlägen erbeten. Ich bitte, mich wissen zu lassen, ob Sie die Zustimmung hierzu erteilt haben und ob Sie sich auch mit den weiteren Vorschlägen, Dipl. Ing. H e g e r zum Generalsekretär des neuen Direktoriums und den Leiter

IV M-63 Stn/44

16a

Leiter des Pragers Büros Dr. K a l t s c h m i d t zum Nachfolger Dr. N o w a k s zu bestellen, einverstanden erklärt haben.

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass Staatsrat Meinberg Ihnen die ausdrückliche Erklärung abgegeben hat, der Reichsmarschall wünsche die Bestellung Dr. Guido Schmidts zum Feindvermögensverwalter und gleichzeitig zum Gewerkenvorstand. Nachdem Sie sich mit dieser Regelung, wenigstens vorläufig, einverstanden erklärt haben, werde ich den Reichsminister der Finanzen fragen, ob er seine Bedenken nunmehr ebenfalls zurückstellen will. Zuvor bedarf aber die Frage einer Klärung, welchen Beschränkungen die Befugnisse des neuen Feindvermögensverwalters unterworfen werden sollen. Der Verwalter hat die Aufgabe, die Vermögenswerte der Gewerkschaft, nicht nur der feindlichen Beteiligten sicherzustellen und zu erhalten. Er kann diese Aufgabe bei der grossen Verantwortung, die er trägt, nur erfüllen, wenn er über alle wichtigen Angelegenheiten laufend unterrichtet wird und die Möglichkeit hat, alle Auskünfte, die ihm erforderlich erscheinen, von der Gewerkschaft direkt einzuholen. Er hat die Geschäftsführung laufend zu überwachen. Dabei nimmt er eine dreifache Stellung ein. Er hat die Rechte und Pflichten des Gewerkekongresses, des Aufsichtsrats und der Direktion. Für alle drei Stellungen bleiben die gesetzlichen Bestimmungen sowie die Bestimmungen der Satzung, namentlich hinsichtlich der Genehmigung von Rechtsgeschäften durch den Gewerkekongress unberührt. Als Direktion (Gewerkschaftsvorstand) vertritt er die Gewerkschaft nach innen und aussen. Der Generaldirektor leitet seine Rechte lediglich von der Direktion her. Der Verwalter nimmt daher in Ausübung der Rechte und Pflichten der Direktion auch die Rechte der Gewerkschaft den Hermann-Göring-Werken gegenüber wahr, gleichgültig, ob sie sich aus dem Betriebsführungsvertrage oder aus anderen Rechtsverhältnissen ergeben.



20409

In

Der Reichskommissar  
für die  
Behandlung feindlichen Vermögens

Berlin SW 11, den  
Möckernstraße 128/130  
Fernsprecher: 1951 11

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den  
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

- 3 -

In der Ausübung dieser Rechte und Pflichten kann ich den Verwalter nicht beschränken lassen. Da die Gewerkschaft die Betriebsführung den Hermann-Göring-Werken übertragen hat und da nach dem Betriebsführungsvertrage die Hermann-Göring-Werke in der Verwaltung des Vermögens und in der Betriebsführung der Gewerkschaft grundsätzlich unbeschränkt sind, so wird sich kaum ein Fall denken lassen, in dem der Verwalter bei Ausübung der Geschäfte der Direktion dem Betriebsführer, d.h. den Hermann-Göring-Werken, Weisungen erteilt. Er muss aber jederzeit in der Lage sein, auf den Betriebsführer, d.h. die Hermann-Göring-Werke, einzuwirken, wenn ihm eine solche Einwirkung im Interesse der Gewerkschaft erforderlich erscheint. Er muss auch unmittelbar jeden rechtlichen Anspruch gegenüber den Hermann-Göring-Werken erheben können, selbst wenn die Erhebung im Einzelfall in der Form einer Weisung nahekommt. Denn bei Beurteilung der Rechte und Pflichten aus dem Betriebsführungsvertrage ist immer zu berücksichtigen, dass die Hermann-Göring-Werke ihre Betriebsführungsrechte lediglich aus dem Vertrage herleiten. In dem Betriebsführungsvertrage ist auch vereinbart worden, dass die gesetzlichen Bestimmungen sowie die Bestimmungen der Satzung hinsichtlich der Genehmigung von Rechtsgeschäften durch den Gewerkschaftsentscheidungsorgan nicht berührt werden und dass zur Durchführung der in Ziffer 21 Abs. 2 der Allgemeinen Verfügung des Reichsjustizministers vom 20. Juni 1940 genannten Massnahmen und Rechtsgeschäfte

meine

14a

Berlin SW 11, den  
Möckestr. 122 100  
Telefon: 10111

Der Reichskommissar  
für die  
Behandlung feindlichen Vermögens

Es wird gebeten, diese Geschäftszeichen mit den  
inzwischen bei weiteren Schreiben anzugeben

- 4 -

meine Zustimmung erforderlich ist.

Ich halte es nicht für angängig, dass die Befugnisse  
des Verwalters weiteren Beschränkungen, als sie sich aus dem  
Betriebsführungsvertrage ergeben, unterworfen werden.

Ich bitte Sie ergebenst, hierzu Stellung zu nehmen.

Ihrem Vorschlage, den Beirat durch Wehrwirtschafts-  
führer F a b e r in Lettowitz (Mähren) zu ergänzen und  
SS-Obersturmbannführer Oberlandrat Inspekteur Dr. J o n a k  
zum Vorsitz der Beirats zu bestellen, werde ich entsprechen.

*H. Wöhr*



20408

Der Reichskommissar

für die

Behandlung feindlichen Vermögens

11 721/296  
138, 135

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

18  
Berlin SW 11, den 8. September 1944  
Möckernstraße 128/130  
Fernsprecher: TR 3117 11 61 21

Ministeramt

Empf: 13 SEP 1944

An  
den Deutschen Staatsminister für Böhmen  
und Mähren  
Herrn Staatsminister Frank  
in Prag

Betr.: Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-  
Gewerkschaft, Mähr.-Ostrau.

Ihr Schreiben vom 18. August 1944, Nr. St.M. 437/44.

Ich entnehme dem mir übersandten Protokoll über die Besprechung, die Sie am 8. August d.J. mit Staatsrat M e i n b e r g hatten, dass Sie der von Staatsrat P l e i g e r vorgeschlagenen Regelung zugestimmt haben, dass Sie diese Regelung jedoch nur als eine vorläufige betrachten und Ihre politischen und sachlichen Bedenken aufrechterhalten.

Soweit Staatsrat Pleiger vorschlägt, Generaldirektor Ing. K u c h i n k a zu pensionieren, ihn durch ein dreigliedriges Direktorium zu ersetzen und den bisherigen Direktor für die Hüttenwerke Ing. W l k zum Vorsitz der Direktoriums mit dem Titel Generaldirektor zu bestellen, erhebe ich keine Einwendungen. Staatsrat M e i n b e r g hat inzwischen auch die beiden anderen Mitglieder des Direktoriums vorgeschlagen, Dr. B i w a n k und Ing. R a s c h k a. Er hat, wie er mitteilt, Ihr Einverständnis zu diesen Vorschlägen erbeten. Ich bitte, mich wissen zu lassen, ob Sie die Zustimmung hierzu erteilt haben und ob Sie sich auch mit den weiteren Vorschlägen, Dipl. Ing. H e g e r zum Generalsekretär des neuen Direktoriums und den

Leiter

Leiter des Pragers Büros Dr. K a l t s c h m i d t zum Nachfolger Dr. N o w a k s zu bestellen, einverstanden erklärt haben.

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass Staatsrat Meinberg Ihnen die ausdrückliche Erklärung abgegeben hat, der Reichsmarschall wünsche die Bestellung Dr. Guido Schmidts zum Feindvermögensverwalter und gleichzeitig zum Gewerkenvorstand. Nachdem Sie sich mit dieser Regelung, wenigstens vorläufig, einverstanden erklärt haben, werde ich den Reichsminister der Finanzen fragen, ob er seine Bedenken nunmehr ebenfalls zurückstellen will. Zuvor bedarf aber die Frage einer Klärung, welchen Beschränkungen die Befugnisse des neuen Feindvermögensverwalters unterworfen werden sollen. Der Verwalter hat die Aufgabe, die Vermögenswerte der Gewerkschaft, nicht nur der feindlichen Beteiligten sicherzustellen und zu erhalten. Er kann diese Aufgabe bei der grossen Verantwortung, die er trägt, nur erfüllen, wenn er über alle wichtigen Angelegenheiten laufend unterrichtet wird und die Möglichkeit hat, alle Auskünfte, die ihm erforderlich erscheinen, von der Gewerkschaft direkt einzuholen. Er hat die Geschäftsführung laufend zu überwachen. Dabei nimmt er eine dreifache Stellung ein. Er hat die Rechte und Pflichten des Gewerkekentages, des Aufsichtsrats und der Direktion. Für alle drei Stellungen bleiben die gesetzlichen Bestimmungen sowie die Bestimmungen der Satzung, namentlich hinsichtlich der Genehmigung von Rechtsgeschäften durch den Gewerkekentag unberührt. Als Direktion (Gewerkschaftsvorstand) vertritt er die Gewerkschaft nach innen und aussen. Der Generaldirektor leitet seine Rechte lediglich von der Direktion her. Der Verwalter nimmt daher in Ausübung der Rechte und Pflichten der Direktion auch die Rechte der Gewerkschaft den Hermann-Göring-Werken gegenüber wahr, gleichgültig, ob sie sich aus dem Betriebsführungsvertrage oder aus anderen Rechtsverhältnissen ergeben.

Der Reichskommissar  
für die  
Behandlung feindlichen Vermögens

20  
Berlin SW 11, den  
Möckernstraße 125/130  
Fernsprecher: 198111

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den  
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben

- 3 -

In der Ausübung dieser Rechte und Pflichten kann ich den Verwalter nicht beschränken lassen. Da die Gewerkschaft die Betriebsführung den Hermann-Göring-Werken übertragen hat und da nach dem Betriebsführungsvertrage die Hermann-Göring-Werke in der Verwaltung des Vermögens und in der Betriebsführung der Gewerkschaft grundsätzlich unbeschränkt sind, so wird sich kaum ein Fall denken lassen, in dem der Verwalter bei Ausübung der Geschäfte der Direktion dem Betriebsführer, d.h. den Hermann-Göring-Werken, Weisungen erteilt. Er muss aber jederzeit in der Lage sein, auf den Betriebsführer, d.h. die Hermann-Göring-Werke, einzuwirken, wenn ihm eine solche Einwirkung im Interesse der Gewerkschaft erforderlich erscheint. Er muss auch unmittelbar jeden rechtlichen Anspruch gegenüber den Hermann-Göring-Werken erheben können, selbst wenn die Erhebung im Einzelfall in der Form einer Weisung nahekommt. Denn bei Beurteilung der Rechte und Pflichten aus dem Betriebsführungsvertrage ist immer zu berücksichtigen, dass die Hermann-Göring-Werke ihre Betriebsführungsrechte lediglich aus dem Vertrage herleiten. In dem Betriebsführungsvertrage ist auch vereinbart worden, dass die gesetzlichen Bestimmungen sowie die Bestimmungen der Satzung hinsichtlich der Genehmigung von Rechtsgeschäften durch den Gewerkschaftstag nicht berührt werden und dass zur Durchführung der in Ziffer 21 Abs. 2 der Allgemeinen Verfügung des Reichsjustizministers vom 20. Juni 1940 genannten Massnahmen und Rechtsgeschäfte

meine

Berlin SW 11, den  
März 1944  
Kriegsministerium

12  
Der Reichskommissar  
Für die  
Behandlung feindlichen Vermögens

Ka wird Kopien dieser Geschäftsverträge und des  
Lageplans bei weiteren Schreiben zuzufügen

- 4 -

meine Zustimmung erforderlich ist.

Ich halte es nicht für angängig, dass die Befugnisse  
des Verwalters weiteren Beschränkungen, als sie sich aus dem  
Betriebsführungsvertrage ergeben, unterworfen werden.

Ich bitte Sie ergebenst, hierzu Stellung zu nehmen.

Ihrem Vorschlage, den Beirat durch Wehrwirtschafts-  
führer F a b e r in Lettowitz (Mähren) zu ergänzen und  
SS-Obersturmbannführer Oberlandrat Inspekteur Dr. J o n a k  
zum Vorsitz des Beirats zu bestellen, werde ich entsprechen.

*H. W. W.*

*Eintrag*

76/ 2 44

den 7.9.1944. <sup>22</sup>

SD-Leitabschnitt Prag

III D 4 - VA 83 H

**G e h e i m** e h e i m .

17. 8. 44  
An den

3599

Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren  
44-Obergruppenführer K.H. F r a n k

P r a g .

Ministeramt

Eing.: 9. SEP 1944

Betr.: Reichswerke Hermann Göring - Witkowitz Bergbau  
und Eisenhüttengewerkschaft, Mährisch-Ostrau.

Am 19.8.44 fand in Witkowitz unter Vorsitz von Staatsrat P l e i -  
g e r eine Sitzung aller Abteilungsvorstände des Eisenwerkes  
Witkowitz unter Beiziehung des Vertreters der tschechischen Arbei-  
ter- und Beamtenorganisation statt. An der Sitzung nahm auch  
- Dr. Guido S c h m i d t teil. Staatsrat Pleiger erörterte die  
letzten Vorkommnisse im Eisenwerk Witkowitz und führte u.a. aus  
(nach dem Gedächtnis wiedergegeben):

Entsprechend dem Betriebsüberlassungsvertrag, der seinerzeit  
zwischen dem Eisenwerk Witkowitz und den Hermann Göring-Werken ab-  
geschlossen wurde, sei er, Pleiger, Betriebsführer des Eisenwerkes  
und bleibe es nach wie vor. In letzter Zeit seien Bestrebungen  
seitens der WEW erkennbar geworden, sich von der Führung der  
Reichswerke loszureißen und wieder selbständig zu werden. Er sei  
der Anschauung, dass nicht Herr K u c h i n k a der spiritus-rector  
dieser Idee ist, sondern vielmehr Dr. N o w a k . Die Kriegspro-  
duktion der WEW würde nicht der Größe und Kapazität des Werkes  
entsprechen, was auch auf persönliche Differenzen zwischen den  
bisher führenden Direktoren von Witkowitz zurückzuführen sei. Er  
habe sich deshalb trotz seiner freundschaftlichen Bindungen zu  
Kuchinka entschließen müssen, ein dreigliedriges Direktorium  
an die Spitze des Werkes zu setzen. Neben dem Direktorium fungiere  
Herr Dr. Schmidt als stellvertretender Feindvermögensverwalter,  
welcher als solcher Einblick in alle Agenden der WEW habe. Pleiger  
erklärte weiter, dass Witkowitz die Konzernwerke in Watenstädt  
und Linz nicht genügend unterstützt habe und sich überhaupt nur  
ein einziges Mal - dieses wurde allerdings von ihm rühmlich aner-  
kannt - bei der Hilfeleistung in Brüx besondere Verdienst erwor-  
ben hätte.

b.w.

Er, Pleiger, habe ursprünglich die Absicht gehabt, einen ganz fremden Mann an die Spitze des Werkes zu setzen, sei aber hiervon abgekommen, weil er einen gewissen guten Kern im Eisenwerk vermute. Darauf sei zurückzuführen, dass er sich zu der Lösung in Form eines Direktoriums für Witkowitz entschlossen habe. Sollte sich jedoch auch diese Lösung mit der Zeit als untragbar erweisen, so sei er fest entschlossen, entsprechend durchzugreifen, notfalls auch mit Gewalt. Ihm sei bekannt geworden, dass verschiedene Stellen das Bestreben der WEW unterstützt hätten und es somit in Witkowitz eine gewisse Opposition geben müsse. Pleiger richtete darauf die Frage an die Anwesenden, ob jemand mit seinen Ausführungen nicht einverstanden sei und sich zur Opposition bekenne. Das Ausbleiben irgend einer Reaktion auf diese Frage quittierte Pleiger mit sichtbarer Genugtuung.

Unter der Ostrauer Industrieführerschaft sieht man die Ernennung des Direktoriums für Witkowitz fast übereinstimmend als ein Provisorium an, umsomehr als man auf Grund von Informationen aus Berlin wissen will, dass der zukünftige Generaldirektor in der Person Geilenbergs, den Pleiger jetzt eng an sich herangezogen habe, bereits feststehe. Eine Bestätigung der Mitglieder des Direktoriums ist bis zur Zeit noch nicht erfolgt. Man will auch hier wieder die von Pleiger allgemein angewandte Taktik feststellen können, nämlich die Führung der HGW-Betriebe niemals konkret festzulegen, um so das Abhängigkeitsverhältnis zu ihm, Pleiger, auf jeden Fall aufrecht zu erhalten. Es wurde diesbezüglich auf den Betrieb Watenstädt verwiesen, wo die Verhältnisse in der Führung des Betriebes ähnlich wie in Witkowitz gelagert sein sollen.

Um Kenntnismahme wird gebeten.

20403



*Swabi*

*Eintrag*

131 2 44

Der Abteilungsleiter V  
- Nr.V-2387/44 -

Prag, den 28.August 1944.

Ministeramt

Empf. 29. AUG. 1944

An

W-Obergruppenführer Staatsminister Frank .

Betr.: Witkowitz Eisenwerke.

Auf meine fernschriftliche Anfrage bei dem Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens hat mir Senatspräsident Dr.Kellermann heute fernmündlich mitgeteilt, Staatssekretär Dr.Krohn habe nach wie vor grösste Bedenken, Minister a.D.Dr.Guido Schmidt zum Verwalter bei den Witkowitz Eisenwerken zu bestellen. Im übrigen befinde sich Dr.Krohn zur Kur im Urlaub.

Wenn Dr.Guido Schmidt in Mähr.Ostrau in Erscheinung trete und

25a

dort neuerdings wieder tätig sei, so tue er dies als "Beauftragter der Reichswerke Hermann Göring".

Jch erwiderte, es sei dem Deutschen Staatsminister sehr daran gelegen, dass der Beirat entsprechend seinem Vorschlag unter dem Vorsitz des Oberlandrats Dr. Jonak nunmehr raschestens vom Feindkommissar berufen werde. Dies sagte mir Senatspräsident Kellermann zu. Nur auf diese Weise erscheint es möglich, eine gewisse Kontrolle über die Vorgänge bei den Witkowitz Eisenwerken auszuüben.

*Handwritten signature*

*Handwritten signature*



20402

*Handwritten notes:*  
1. 1. 44.  
einige Organe

1. 20/ 8. 44.

Fernschreibstelle

□ □ □

Dt. Staatsmin. Nr. 2403/312144

Fernschreibname

Laufende Nr.

Angenommen:

Befördert:

Aufgenommen:

Datum: 19

Datum: 19

um:

um:

an:

von:

durch:

durch:

Rolle:

Vermerke:

GEHEIM

GEHEIM

Fernschreiben: +++ OBERLANRAT MAEHRISCH OSTRAU FS NR. 101

Posttelegramm

Fernspruch: 19.8.44 15.25.=

TGB, NR. ROEM. 1 / 1026 / 44 G. =

AN DEN HERRN DEUTSCHEN STAATSMINISTER FUER BOEHMEN UND MAEHRN IN PRAG SS - OBERGRUPPENFUEHRER KARL HERMANN FRANK IN PRAG . = BETRIFFT : WITKOWITZER WERKE . = BEZUG : LAUFENDE BERICHTERSTATTUNG = NACHDEM STAATSRAT PLEIGER UND DR . GUIDO SCHMIDT AM 18.8. 1944 IN WITKOWITZ RUECKTRITT KUCHINKAS ERREICHT HABEN , FINDET HEUTE VORMITTAGS DIE OFFIZIELLE VERABSCHIEDUNG STAATT . GLEICHZEITIG BETRAUUNG DES NEUEN - DIREKTORIUMS MIT DER BEREITS BEKANNTEN ZUSAMMENSETZUNG MIT WLK ALS VORSITZER . KUCHINKA BEHAELT VRSCHIEDENE PRAKTISCH BEDEUTUNGSLOSE STELLUNGEN IN WIRTSCHAFTSAUSSCHUESSEN . PERSONALVERAENDERUNGEN , UEBER DIE ANDEUTUNGEN AUS DER BEGLEITUNG PLEIGERS GEMACHT WURDEN / Z . B . DIREKTOR ROTTER / SIND NICHT BERUEHRT WORDEN . = KREISLETER HEINZ

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanschluß des Auftraggebers

IV M-63 Nj/449

HATTE GESTERN ABENDS MEHRSTUENDIGE AUSSPRACHE MIT STAATSRAT  
 PLEIGER . DABEI HAT P. VERSICHERT , ER HAETTE NIEMALS KUCHINKA  
 SABOTAGE ODER AEHNLICHES VORGEWORFEN . ER HAETTE NUR IM  
 REICHSINTERESSE WEGEN DES BRIEFES KUCHINKA S AN KROHN EINSCHREITEN  
 MUESSEN . KREISLEITER HEINZ IST DURCH DIESE UNTERREDUNG  
 AUFFALLEND BEEINDRUCKT WORDEN . DIESE TATSACHE KAM BEI HEUTIGER  
 UNTERREDUNG ZWISCHEN KREISLEITER UND MIR ZUM AUSDRUCK . DEM  
 KREISLEITER GEGENUEBER WURDE NOCH VON P . IN AUSSICHT GESTELLT ,  
 DASS AUGST / FRUEHER MIT JUEDIN VERHEIRATET / KAUFMAEENNISCHER  
 DIREKTOR WITKOWITZ S WERDEN MUSS . KREISLEITER HAT DAGEGEN BEDENKEN  
 ERHOBEN . ENDGUELTIG E ENTSCHEIDUNG STEHT AUS . NACH ANGABE DES  
 KREISLEITERS HAT SICH DAS NEUE DIREKTORIUM BEI GESTRIGER  
 VERHNDLUNG UND ABENDESSEN IN WITKOWITZ , MIT AUSNAHME VON HEGER  
 , SEHR KNIEWEICH BENOMMEN . = MIT OBERLANDRAT WURDE KEINERLEI  
 FUEHLUNG GENOMMEN . ZUR ZEIT BESTEHT HIER DER EINDRUCK , DASS  
 HGW A WITKOWITZ ALS UNSELBSTAENDIGES FILIALWERK ANGESEHEN WIRD .  
 P . BERIEF SICH AUFFERNMUNDLICHE UNTERREDUNG MIT BORMANN .  
 REICHSLEITER BORMANN HAETTE VOLL UND GANZ ZUGESTIMMT ? INTERESSANT  
 IST DIE FESTSTELLUNG , DASS DIE VORGEWORFENE VERRATSAEHNLICHE  
 TAEITIGKEIT VON WITKOWITZ NICHT ERNST GEMEINT WAR , UND LEDIGLICH  
 BEWUSST ALS MITTEL ZUM ZWECK ORGETRAGEN WURD EM . DER OBERLADRAT  
 - INSPEKTEUR DES DEUTSCHEN STAATSMINISTERS IN MAHRISCH OSTRU AU GEZ  
 . DR . JONAK ++++

*Handwritten signature and date:*  
 J. D. ...  
 1917

26

Deutsches Staatsministerium  
für Böhmen und Mähren  
Prag IV.

---



Frei durch Ablösung  
Reich



Abschrift!

Minister Dr. BERTSCH

27

PRAG XIX, den 18. August 1944.  
BUBENTSCHERSTRASSE 22

Erste  
Eing.: 19. AUG. 1944

Herrn

Dr. Rudolf Schicketanz  
Vorstandsmitglied von Berg und Hütte

Reichenberg

Sudetenland.

Einschreiben!

Sehr geehrter Herr Dr. Schicketanz!

Vor einiger Zeit haben Sie sich auf meine dringende Bitte unter Zurückstellung persönlicher und grundsätzlicher Bedenken für eine etwaige Verwendung als Generaldirektor der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft in Mähr. Ostrau zur Verfügung gestellt. Die Entwicklung dieser Angelegenheit hat dazu geführt, dass eine andere als die zunächst vorgesehene Regelung bei den Witkowitz Eisenwerken getroffen werden musste. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen - auch namens des Herrn Staatsministers K.H. Frank - aufrichtig dafür zu danken, dass Sie in so selbstloser Weise unserem Wunsch zu entsprechen bereit waren.

Ich hoffe lebhaft, Sie doch noch für die Wirtschaft des Protektorats in absehbarer Zeit gewinnen

St. M. IV M-63 Ai/44

24a

zu können, und bin Ihnen jedenfalls sehr verbunden, dass Sie jetzt schon wertvolle Mitarbeit in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft Böhmen und Mährens leisten. Wir werden in steigendem Maße darauf zurückgreifen.

Mit persönlichen Grüßen und Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

(gez.) B e r t s c h .

----

4-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

12/18

*Handwritten signature/initials*

*Handwritten signature*



20396

2/ 8. 44.

Der Deutsche Staatsminister.

18. August 1944.

St.M. 437/44. ✓

Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft Mährisch-Ostrau.

Ohne.

Anlagen: Eine Fotokopie.

18. VIII. 1944

1.) An den

Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Herrn Staatssekretär Dr. Krohn,  
B e r l i n W 8,

Mauerstrasse 43.

Hiermit übersende ich eine Fotokopie des Protokolls vom 8.8.d.Js. über die bei mir mit H-Gruppenführer Staatsrat Meinberg stattgehabte Besprechung.

Ich darf anheimstellen, hiernach wegen der Bestellung eines neuen Feindvermögensverwalters bei der Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft das Weitere zu veranlassen.

Wegen der Zusammensetzung des Beirats mache ich Ihnen und den Reichswerken Hermann Göring folgenden Vorschlag:

"H-Obersturmbannführer  
Oberlandrat Inspekteur Dr. Jonak, Mährisch-Ostrau,

als Vorsitzender des Beirats,

28a

28

Dr. Rasche, Berlin,  
Dr. Delius, Berlin,  
Wehrwirtschaftsführer Faber, Lettowitz (Mähren),

als Mitglieder."

Heil Hitler!



20395

Der Deutsche Staatsminister.  
(p.d.)

18. August 1944.

St.M. 437 a/44.

M  
18. VIII. 1944

2.) An Herrn  
Staatsrat Generaldirektor Pleiger,  
Berlin-Malensee,  
Albrecht Achilles Strasse 62-64.

Lieber Parteigenosse Pleiger !

Hiermit übersende ich, wie besprochen, das von den Beteiligten unterfertigte Protokoll über die Prager Besprechung vom 8.8.d.Js., die Regelung der Verhältnisse bei der Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft Mährisch-Ostrau betreffend.

Heil Hitler !  
Ihr

S  
50330

Der Deutsche Staatsminister.  
(p.d.)

18. August 1944.

St.M. 437 b/44.

Druck zu übergeben.

M.  
18. VIII. 1944

3.) An den Reichsführer-H,  
Berlin SW 11,  
Prinz Albrecht Strasse 8.

Reichsführer !

Bei der Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft Mährisch-Ostrau hat sich eine Neuregelung der Betriebsführungsverhältnisse als notwendig erwiesen. Die Gewerkschaft ist Feindvermögen. Nach dem Vorschlag von Staatsrat Generaldirektor Pleiger, der insoweit im Auftrage von Reichsmarschall Göring spricht, soll der Ihnen bekannte österreichische Minister a.D. Dr.Guido Schmidt zum Feindvermögensverwalter und in dieser Eigenschaft auch zum Gewerkenvorstand bestellt werden. H-Gruppenführer Meinberg, der in den letzten Tagen bei mir vorsprach, beruft sich darauf, daß Sie auf Grund eines Vortrags von ihm und Staatsrat Pleiger der Bestellung von Dr.Schmidt in beiden Funktionen zugestimmt hätten. Unter diesen Umständen erlaube ich mir eine Fotokopie der mit Gruppenführer Meinberg in der einschlägigen Angelegenheit gehaltenen Bespre-

chung zu übersenden.

Heil Hitler!  
Stets Ihr



20393

Der Deutsche Staatsminister.  
(p.d.)

18. August 1944.

St.M. 437 c/44.

18. VIII. 1944

4.) An den  
 Chef der Sicherheitspolizei und des SD,  
 1/2-Obergruppenführer und General der Polizei  
 Dr.Kaltenbrunner,  
B e r l i n SW 11,  
 Prinz Albrecht Straße 8.

Lieber Kamerad Dr.Kaltenbrunner !

In Sachen Witkowitz Werke (Witkowitz Bergbau- und  
 Eisenhüttengesellschaft) danke ich für Dein Fernschreiben  
 vom 13.7.d.Js. Um Dich über den letzten Stand der Dinge  
 zu unterrichten, schließe ich eine Fotokopie des Protokolls  
 über eine Besprechung an, die ich mit 1/2-Gruppenführer  
 Meinberg am 8.8.d.Js. hier hatte. Dem Reichsführer-1/2 habe  
 ich ebenfalls eine Fotokopie zugeleitet.

H e i l H i t l e r !

Dein



*R*  
 50805

5.) Zum Vorgang.

Prag, den 15. August 1944.

32-1

15. VIII. 1944

1.)

FS:

An Herrn  
Staatsrat Pleiger,  
B e r l i n ,  
-----

Fernschreiber:  
Berlin 1287 (Göring-Stahl).

Lieber Parteigenosse Pleiger !

Auf Jhr Fernschreiben vom 15.8.d.Js. - Nr. 23791,  
betreffend Witkowitz Eisenwerke, teile ich Jhnen  
mit, dass ich mit der von Jhnen vorgesehenen Zusammen-  
setzung des Direktoriums der Witkowitz Eisenwerke  
einverstanden bin. Ich gehe bei dieser Zustimmung davon  
aus, dass Dr. Kaltschmidt Nachfolger von Dr. Nowak  
wird.

H e i l     H i t l e r !  
Jhr

gez. F r a n k



08805

2.) Zum Vorgang.

4084

FS:

An Herrn  
Staatsrat Pleiger,  
B e r l i n',  
-----



Fernschreiber:  
Berlin 1287 (Göring-Stahl).

Lieber Parteigenosse Pleiger !

Auf Jhr Fernschreiben vom 15.8.d.Js. - Nr. 23791,  
betreffend Witkowitz Eisenwerke, teile ich Jhnen  
mit, dass ich mit der von Jhnen vorgesehenen Zusammen-  
setzung des Direktoriums der Witkowitz Eisenwerke  
einverstanden bin. Ich gehe bei dieser Zustimmung davon  
aus, dass Dr. Kaltschmidt Nachfolger von Dr. Nowak  
wird.

H e i l     H i t l e r !  
Jhr

gez. F r a n k .

Handwritten signature in green ink, appearing to be 'Frank' with a large loop.

Fernschreibstelle

--	--	--

Dt. Staatsmin. Nr.

7267

Fernschreibname

Laufende Nr.

Angenommen:

Aufgenommen:

Datum: 12. 8. 19 44

um: 10 30

von: Olcup

durch: R. K.

Befördert:

Datum: \_\_\_\_\_ 19 \_\_\_\_\_

um: \_\_\_\_\_

an: \_\_\_\_\_

durch: \_\_\_\_\_

Rolle: \_\_\_\_\_

Bemerkte:

DRINGEND, SOFORT VORLEGEN -----

+++ OBERLANDRAT MAHRISCH OSTRAU FS NR. 72 12.8.44 10:20. =

Fernspruch:

AN DAS DEUTSCHE STAATSMINISTERIUM D FÜR BOHEMEN UND  
MAHREN, SS - OBERFÜHRER, MINISTER DR. BERTSCH,

ZU EIGENEN HAENDEN, PRAG. =

(Bestimmungsort)

BETRIFFT: WITKOWITZER EISENWERKE. =

BEZUG: DORTIGES FS NR. 4024 VOM 11.8.44 UND NR.

4036 VOM 11.8.44. =

WEISUNGSGEMAESS BERICHTE ICH IM FALLE WITKOWITZ:

1./ AUF FS NR. 4024.: BEIRAT WITKOWITZ BESTEHT ZUR ZEIT

AUS DR. MOHRING, DR. RASCHE / DRESDNER BANK /  
DR. DELIUS / REICHSWERKE / UND OBERLANDRAT. REGELMAESSIG

NAHM AN DEN SITZUNGEN TEIL ALS VERTRETER VON STAATSEKRETAER

KROHN SENATSPRAESIDENT KELLERMANN / REICHSJUSTIZMINISTERIUM /

. FÜR DEN FALL DER VORGESEHENEN AENDERUNG WUERDE ICH  
ERGAENZUNG DURCH HERRN, DER WIRTSCHAFTSKENNER DES BOEHMISCH

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanschluß des Auftraggebers

MAEHRISCHEN RAUMES IST , VORSCHLAGEN . FUER BEIBEHALTUNG VON  
DR . RASCHE TRETE ICH NACHDRUECKLICH EIN , DA NACH DER ENTFERNUNG  
VON DR . NOWAK DR . RASCHE DER EINZIGE IST , DE R KENNTNIS DER  
ENTWICKLUNGEN IM BEREICH WITKOWITZ IN DEN JETZTEN JAHREN HAT .  
AN DEN SITZUNGEN NAHMEN FUER WITKOWITZ , SOWEIT NOTWENDIG , AUF  
FALLWEISE BERUFUNG NACH DR . MOEHRING , GENERALDIREKTOR KUCHINKA  
UND DR . NOWAK ZUM ZWECKE DER AUSUNFSERTEILUNG TEIL .

2./ AUF FS NR . 4036: BERICHTE ICH ,

DASS VOM POLITISCHEN STANDPUNKT GEGEN DIE HERREN WLK ,  
RASCHKA , DR . BIEWANK , HEGER KEINERLEI BEDENKEN BESTEHEN UND  
SOVIEL MIR BEKANNT IST , AUCH SEITENS DER KREISLEITUNG KEINE  
BEDENKEN GELTEND GEMACHT WERDEN . =

ICH BITTE UM KENNTNISNAHME . =

DER OBERLANDRAT - INSPEKTEUR DES DEUTSCHEN STAATSMINISTERS

MAEHRISCH OSTRU ,

GEZ . DR . JONAK , SS - OBERSTURMBANNFUEHRER +++



17. 7. 1944

Am Donnerstag, den 15. 7. 1944, um 17 Uhr fand im Staatsministerium in Prag eine Besprechung statt zwischen Herrn Staatsminister Frank und Herrn Minister Bertsch einerseits und Herrn Fleiger, Meinberg und Delius von den Hermann-Göring-Werken andererseits. In dieser Besprechung wurden sowohl sachliche als aber auch persönliche Vorwürfe gegen den Generaldirektor Kuchinka seitens der Hermann-Göring-Werke erhoben. Herr Generaldirektor Kuchinka war zu dieser Besprechung ebenfalls durch Herrn Fleiger eingeladen, konnte aber nicht teilnehmen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, dass zu den schweren Vorwürfen, wie sie die Hermann-Göring-Werke vorbringen mussten, Herr Kuchinka Stellung nehmen müsse. Staatsminister Frank versuchte dann, Herrn K. zu einer Besprechung am Freitag, den 28.7. vormittags um 8 Uhr in seinem Dienstzimmer zu veranlassen. Auch diese Besprechung kam nicht zustande, da infolge einer Störung bei der telefonischen Übermittlung Herr K. nicht erreichbar war. Es fanden dann, nachdem unter Führung von Herrn Fleiger eine Besichtigung der Witkowitz Eisenwerke stattgefunden hatte, 2 Sitzungen statt. An der 1. Sitzung nahmen teil:

Minister Bertsch,  
der Rüstungsinspekteur General Hernekamp,  
der Rüstungsobmann Präsident Dr. Adoli,  
Fleiger,  
Meinberg,  
Dr. Delius,  
Dr. Schmidt,  
Generaldirektor Kuchinka.

Das Ergebnis dieser Besprechung war die Erklärung des Herrn Fleiger, die er gemäss seiner Vollmacht aus dem Betriebsführungsvertrag abgab, er werde entweder die in Witkowitz nicht in Betrieb befindlichen Maschinen des Südbaues anderen Betrieben des Konzerns zuführen, wo sie der Rüstung dienstbar gemacht würden, oder aber, er werde aus den Betrieben der Witkowitz Eisenwerke, die lediglich zivile Fertigungen, darunter einen grossen Teil von werkseigenen Lieferungen durchführen, Arbeitskräfte für das Rüstungswerk in Witkowitz umsetzen. Dabei machte Herr Fleiger Herrn K. den Vorwurf, dass er diese Angelegenheit nicht längst durchgeführt habe. Herr K. erklärte, er habe mit soviel Stellen zu tun, dass die Durchführung einer solchen Mass-

Massnahme für einen Betriebsführer geradezu unmöglich erscheine. Trotzdem erhob Herr Fleiger wiederum den Vorwurf, dass viele Arbeitsstunden bester Fachkräfte im Witkowitz Eisenwerk mit Arbeiten vergeudet würden, die lediglich der Erhaltung des jüdischen Eigentums, aber nicht der deutschen Rüstungswirtschaft dienten. So führte er im besonderen als Beispiel den Bau einer Gasmaschine an, die Hunderttausende von Arbeitsstunden verbrauche, die lediglich als Reserve gedacht sei und für die noch erst der Hochofen gebaut werden muss. Statt dessen wäre es unbedingt für einen verantwortungsbewussten Betriebsführer notwendig gewesen, jede Arbeitsstunde des Werkes der direkten Rüstung dienstbar zu machen.

Im Anschluss an diese Besprechung fand dann unter dem Vorsitz des Ministers Bertsch als Vertreter des Staatsministers, SS-Obergruppenführer Frank, eine zweite Besprechung statt, die das Gesamtverhalten des Generaldirektors Kuchinka als verantwortlichen Betriebsführer der Witkowitz Eisenwerke zum Gegenstand hatte. An dieser Besprechung nahmen neben dem Leiter Minister Bertsch,

Fleiger,  
Meinberg,  
Delius,  
Schmidt,  
sowie Kuchinka

teil. Zu Anfang der Besprechung forderte Fleiger Herrn K. auf, die beiden an den Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens geschriebenen Briefe vom 27.6.44 vorzulegen. Herr K. hatte die Kopien dieser Briefe nicht zur Hand, sondern sie befanden sich in Gewahrsam des vor einer Woche durch Herrn Fleiger beurlaubten Dr. Nowak. Nach einiger Zeit wurden diese Briefe geholt und vorgelegt. Fleiger las dann aus ihnen die Stellen vor, die sich mit dem Verhältnis HGW/Witkowitz Eisenwerke befasste. Es wurde festgestellt, dass K. in der Hauptsache zwei Vorwürfe gegen die HGW erhob:

1. Der Betriebsführungsvertrag zwischen HGW und Witkowitz Gewerkschaft sei nicht nur unnötig, sondern auch für die Witkowitz Gewerkschaft schädlich. Zu diesem Punkt wurde festgehalten, dass K. den Betriebsführungsvertrag freiwillig und ohne einen Einspruch oder ohne geäußerte Bedenken unterschrieben habe und er gegen diesen Vertrag auch selbst vor 10 Tagen noch in einer langen Unterredung, die Herr Fleiger mit ihm hatte, keine Bedenken geäußert hätte. Diese Feststellung wurde von K. bestätigt.

2. In seinem Schreiben wendet sich K. gegen die Einführung der HGW-Stahl-GmbH, die mit dem 1.5.1944 den Verkauf der Erzeugnisse sowie den Rohstoffeinkauf für den gesamten Konzern übernommen habe. Hierzu wurde festgestellt, dass der Vorschlag, für den gesamten Konzern eine Organisation für den Verkauf der Erzeugnisse einzuführen von K. selbst bis in die Einzelheiten ausgearbeitet worden sei und sowohl die Einladung zu den Besprechungen der leitenden Herren der Tochtergesellschaften der HGW von K. durchgeführt sei, als auch in langen Sitzungen alle Einzelheiten von ihm persönlich begründet und besprochen worden seien. Was den Rohstoffeinkauf angehe, so musste auch K. zugeben, dass die von ihm aufgestellte Behauptung, die Rohstoffe würden seit 1.5. seitens der HGW eingekauft, unwahr sei. Auf die präzise Frage Pleigers, ob nicht vielmehr die HGW seit 2 Jahren alle Rohstoffe für Witkowitz einkaufen und die Bedürfnisse von Witkowitz auf diesem Gebiet stets voll befriedigt worden seien, konnte K. nur mit ja antworten. Die Frage Pleigers, ob sich aus dieser Einkaufsfrage Schwierigkeiten ergeben hätten, wurde von K. verneint. Kuchinka machte gegen die Einführung des gesamten Ver- und Einkaufs durch die HGW-Stahl geltend, dass die Einführung zu schnell erfolgt sei. Weiter hatte K. in seinem Schreiben bemängelt, dass er die Leitung der Geschäftsstelle HGW-Stahl-GmbH. für Witkowitz nicht erhalten habe. Auf die Vornaltungen, dass nach seinem eigenen Vorschlag die kaufmännischen Leitungen der betreffenden Tochtergesellschaften diese Geschäftsstelle bilden sollten, gab er zu, allerdings diesen Vorschlag gemacht zu haben. Auf die Frage Pleigers, worin die in seinem Schreiben vom 27.6. an den Feindkommissar behauptete Schmälierung der Einkünfte der Witkowitz-Gewerkschaft bestünde, konnte K. keine Antwort geben. Auch die Frage, worin die personellen und materiellen Absichten der HGW auf Kosten der Witkowitz-Gewerkschaft beständen, konnte von K. nicht beantwortet werden, obwohl er selbst diese Behauptung aufgestellt hatte. Die Frage, wer die von K. behauptete heftige Kampagne gegen die Witkowitz-Gewerkschaft und deren Organe in der Absicht, deren Leistungen und Fähigkeiten herabzusetzen, führe, konnte von K. nicht beantwortet werden. Ebenso konnte er die weitere präzise Frage

Fleigers, ihm einen Fall einer solchen Kampagne zu nennen, nicht beantworten. In seinem Schreiben an den Feindkommissar beklagt sich K. darüber, dass durch die unmittelbare Einschaltung des Vorstandsmitgliedes Dr. Schmidt über seinen Kopf hinweg kaufmännische als auch technische Fragen behandelt würden. Auf die Frage des Dr. Schmidt, wo und wann er den Kompetenzen des K. zu nahe getreten sei oder welche Vorgänge ihm ein Recht zu einer solchen falschen Behauptung gäben, sagte K., er habe gehört, Dr. Schmidt habe einen Organisationsplan für die Witkowitz Gewerkschaft aufgestellt. Da Dr. Schmidt erklärte, dass er weder einen solchen Plan aufgestellt habe, noch ihn überhaupt kenne, wurde K. gefragt, wer ihm diese Mitteilung gemacht habe. Eine Antwort auf diese Frage konnte K. nicht geben. K. hatte in dem Schreiben behauptet, ohne seine Kenntnis sei ein Panzerschrank der Kontinentalen Handelsgesellschaft seitens der HGW aufgebrochen worden. Hierzu wurde festgestellt, dass der von K. entlassene Geschäftsführer sich dem von K. eingesetzten Vertreter gegenüber geweigert hatte, diesen Panzerschrank zu öffnen und im Einvernehmen mit dem von K. bestellten Geschäftsführer dieser Schrank bei einer seitens der HGW durchgeführten Revision geöffnet worden war. K. gab dazu die Erklärung ab, er habe zu jener Zeit im Sanatorium gelegen und wisse von den Einzelheiten nichts. Zu der Behauptung des K. in seinem Schreiben, die Witkowitz Gewerkschaft habe ihre gesamten Leistungen bisher mit eigenen personellen und materiellen Kräften hervorgebracht, die HGW hätten hierzu in keiner Weise positiv beigetragen., stellte Fleiger fest, dass diese Behauptung nicht nur tendenziös, sondern geradezu erlogen sei, K. müsse sich schämen, solche erlogenen Behauptungen aufzustellen. An Hand einer Unzahl von Beispielen führte Fleiger aus, welche Vorteile die Witkowitz Gewerkschaft von den HGW gehabt habe. Jedes dieser Beispiele wurde von K. bestätigt. In der unter dem Vorsitz des Ministers Frank stattgefundenen Besprechung war die Behauptung aufgestellt worden, Dr. Schmidt habe an seinem Dienstzimmer ein Schild mit der Bezeichnung Generaldirektor angebracht und dadurch zu Gerüchten Anlass gegeben, die auf einen Abbau K.'s hinwiesen. Hierzu erklärte Dr. Schmidt, erst vor einigen Tagen dieses Schild überhaupt gesehen zu haben und nicht zu wissen, wer dieses Schild gefertigt habe. K. erklärte, dass er selbst auf

die Frage eines Angestellten, welche Bezeichnung man an die Tür zu dem Dienstzimmer des Dr. Schmidt anbringen solle, angeordnet habe, Herrn Dr. Schmidt als Generaldirektor zu titulieren. Auf die weitere Frage, wie K. zu all den unwahren Behauptungen in seinem Brief an den Feindkommissar als auch an den Minister Frank komme, gab K. die Erklärung ab, dass diese Briefe von Herrn Nowak geschrieben worden seien, und er sie dann unterschrieben habe.

Auf die Vornaltungen, er K. habe gar nichts anderes getan, als den Juden ihr Vermögen nicht nur zu erhalten, sondern zu vergrössern, und zwar zu Lasten der deutschen Rüstung, und auf die weitere Vornaltung, er K. habe ja auch Äusserungen dahingehend gemacht, dass, wenn der Krieg schlecht ausgehen würde, die Guttmanns und Rothschilds ihn nicht nur als kleinen Angestellten, sondern als Generaldirektor pensionieren würden, da sie mit seiner Geschäftsführung zufrieden seien, erklärte K., dass ihm Nowak eine solche Äusserung der Juden aus der Schweiz mitgebracht habe, dass er sie aber nur als Witz weitererzählt habe. Demgegenüber musste ihm vorgehalten werden, dass der Eindruck bei den Herren, denen er die Äusserung weitererzählt habe, ein anderer gewesen sei. Als Zeugen wurden angeführt die Herren Dr. Delius, Rechtsanwalt Möhring und der Generaldirektor Hödl. Auf die Vornaltungen seitens Fleiger, K. habe entgegen der klaren Anordnung Nowak nicht beurlaubt, trotzdem er, Kuchinka seit einem halben Jahr in allen Unterredungen Fleiger gegenüber erklärt habe, sich von Nowak zu trennen, bestätigt K. die Tatsache dieser Erklärung, aber er habe sich durch den Ton des Briefes von Fleiger verletzt gefühlt. Auch die Vornaltungen Pleigers, ihm vor 10 Tagen mündlich seinen Wunsch ausgedrückt zu haben, konnten nur von K. bestätigt werden mit dem Zusatz, er habe ja auch dem Fleiger das Versprechen gegeben, sich von Nowak zu trennen.

Zusammenfassend muss festgestellt werden

Sämtliche von K. gegen die Hermann Göring-Werke erhobenen Vorwürfe sind unwahr. Nicht ein Vorwurf wurde von K. durch Tatsachenmaterial erhärtet oder auch nur aufrechterhalten.

A b s c h r i f t !

41

REICHSSTAATSMINISTERPRAG  
GEORG STÄHLBLIN

15.8.44 Nr. 23791 11.45 Uhr.

Staatsminister F r a n k .

Sehr verehrter Herr Minister !

Dr.Kaltschmidt ist bereits vorgesehen als Nachfolger für Dr.Nowak,  
ob er sich gemäß seiner Vorbildung für die kaufmännische Leitung  
eignet, kann ich im Augenblick nicht übersehen. Auf diese Frage  
werde ich später antworten, sobald ich Dr.Kaltschmidt besser  
kennen gelernt habe. Darf ich Ihr Fernschreiben als Bestätigung  
für die von mir vorgeschlagenen Herren ansehen?

H e i l H i t l e r !

Ihr sehr ergebener  
gez.Pleiger.

75/ - 8. 44  
Kaltenschmidt am 11. VIII 44  
zu 44 Minister Dr. Pleiger  
weitergeleitet. Mi 15 VIII 44

1572

Der Abteilungsleiter V  
- Nr. V-2326/44 -

Prag, den 11. August 1944

Ministeramt

11. AUG. 1944

An

4-Obergruppenführer Staatsminister Frank.

Betr.: Witkowitzer Eisenwerke.

Soeben - 18 Uhr - rief mich Staatssekretär Dr. Krohn aus Berlin an und bat mich um Auskunft über das Ergebnis der Prager Besprechung vom 8. August ds. Js. Dabei scheint er von den Reichswerken Hermann Göring bereits genau unterrichtet zu sein. Ich erklärte ihm, dass eine Ablichtung des Protokolls vom 8. August ds. Js. an ihn unterwegs sei. Staatssekretär Dr. Krohn erwiderte dann auf meine Auskunft über den wesentlichen Inhalt der Besprechung, dass der Reichsfinanzminister und das Auswärtige Amt trotz der angeblich klaren Willensäußerung des Reichsmarschalls ihren Widerspruch gegen Dr. Guido Schmidt vielleicht aufrechterhalten würden. Wäre dies der Fall, so würde er es für das Zweckmäßigste halten, wenn Dr. Möhring Feindvermögensverwalter bliebe, an Stelle von Generaldirektor Kuchinka das vorgesehene Direktorium träte und Dr. Guido Schmidt als "Repräsentant der Reichswerke Hermann Göring nach Witkowitz käme, also sozusagen Mittler zwischen dem Direktorium und dem Feindvermögensverwalter würde". Dazu erklärte ich, daß der Deutsche Staatsminister dem wohl nicht zustimmen würde, da Dr. Guido Schmidt damit ein sehr weitgehender Einfluß auf die Geschäftsführung in Witkowitz eingeräumt würde. Der Deutsche Staatsminister habe, wie sich aus dem Protokoll ergebe, seine fachlichen und politischen Bedenken gegen Dr. Guido Schmidt voll aufrechterhalten. Staatssekretär Dr. Krohn führte dann weiter aus, dass er sich mit den Beschränkungen nicht einverstanden erklären könne, die nach dem Prager Protokoll dem Dr. Guido Schmidt als Feindvermögensverwalter auferlegt würden.

Ich bemerkte abschließend, daß er nunmehr zunächst das Protokoll abwarten möge und daß es bei der heutigen Situation darauf ankomme, in Witkowitz so rasch als möglich wieder "eine Regierung zu erhalten". Dem stimmte er zu und meinte, daß das Direktorium ja baldigst mit seiner Arbeit beginnen könne. Die Reichswerke Hermann Göring hätten bereits um

c seine Zustimmung zur vorgesehenen Zusammensetzung des Direktoriums gebeten. Ich erwiderte, um diese Zustimmung sei auch der Deutsche Staatsminister gestern fernschriftlich gebeten worden.

Herr Staatssekretär Dr. Krohn wird nunmehr die Zusendung des Protokolls abwarten und dem Direktorium dann seine Zustimmung erteilen, wenn der Deutsche Staatsminister dies seinerseits tut. Wegen des Feindvermögensverwalters ist von ihm nach Eingang des Protokolls eine Antwort zu erwarten. Er macht sich wieder sehr stark, obwohl bestimmt zu erwarten ist, daß er im Endergebnis nachgeben wird.

Wegen der Zusammensetzung des Beirats muß ich noch die fernschriftlich erbetene Äußerung von Oberlandrat-Jnspekteur Dr. Jonak abwarten. M.E. sollte der Beirat unverändert bleiben mit der Maßgabe, daß Dr. Jonak anstelle des Dr. Möhring die Leitung des Beirats übernimmt.



20380

Der Abteilungsleiter V  
- Nr. V-2325/44 -

Prag, den 11. August 1944

An den  
Herrn Chef des Ministeramts.

Betr.: Witkowitz Eisenwerke.

Auf Grund des Fernschreibens von Staatsrat Pleiger Nr. 23 342 vom 10.ds.Mts. habe ich den Oberlandrat-Jnspekteur Dr.Jonak in Mähr.-Ostrau heute fernschriftlich um seine beschleunigte Stellungnahme zu dem Vorschlag von Staatsrat Pleiger auf Grund seiner Kenntnis der örtlichen Verhältnisse gebeten.

Ferner habe ich Präsident Dr. Adolf gebeten, zu dem Vorschlag von der fachlichen Seite Stellung zu nehmen und sich auch zu der politischen Zuverlässigkeit der vorgeschlagenen Herren zu äußern.



*Adolf*  
S.M. IV M-63 Ae/44

44  
11.11.1944  
10. AUG. 1944

*Montag 19/8/44*

ITTEIM

St. Staatsmin. Nr. *2240*

DTSTAATSMINPRAG  
GOERINGSTAHLBLN 10.8.44 NR. 23342 16.33 UHR

STAATSMINISTER FRANK  
PRAG

*P  
11-18*

SEHR VEREEHRTER HERR MINISTER  
AUSSER HERRN WLK SCHLAGE ICH FUER DAS DIREKTORIUM HERRN  
RASCHKA UND HERRN DR.BIEWANK VOR. HERR HERGER SOLL TECH-  
NISCHER GENERALSEKRETAER WERDEN. DANACH WUERDE SICH DAS  
DIREKTORIUM ZUSAMMENSATZEN AUS HERRN WLK AL X ALS PRIMUS  
UXX INTER PARES, HERRN RASCHKA FUER DEN SUEDBAU UND DEN  
TECHNISCHEN EX TEIL, HERRN BIEWANK FUER DIE BEARBEITUNGS-  
WERKSTAATTEN. HERR HERGER NIMMT AN ALLEN SITZUNGEN DES  
DIREKTORIUMS TEIL UND HAT GLEICHZEITIG DIE BEARBEITUNG DER  
RUESTUNGSFRAGEN. ICH BITTE GANZ ERGEBENST UM IHRE ZUSTIMMUNG.-

HEIL HITLER  
IHR SEHR ERGEBENER  
GEZ. PLEIGER

++  
DTSTAATSMINPRAG  
GOERINGSTAHLBLN  
KT++  
5

## P r o t o k o l l :

-----  
 Anwesend: Staatsminister  $\text{H}$ -Obergruppenführer Frank,  
 Staatsrat  $\text{H}$ -Gruppenführer Meinberg,  
 Minister  $\text{H}$ -Oberführer Dr. Bertsch,  
 Präsident Dr. Adolf,  
 zeitweise General Hernekamp.

Jm Auftrage von Staatsrat Pleiger erschien heute Staatsrat Meinberg in der Angelegenheit Witkowitz Eisenwerke bei Staatsminister Frank und machte nach Klärung von aufgetretenen Missverständnissen abschliessend folgenden konkreten Vorschlag zur Regelung der Verhältnisse in Witkowitz:

Staatsrat Meinberg erklärt, dass nach Auffassung von Staatsrat Pleiger Witkowitz noch intensiver als bisher für die Rüstungswirtschaft ausgenutzt werden müsse und sieht in seinem Vorschlag dafür die Voraussetzung gegeben. Generaldirektor Kuchinka geht in Pension und soll durch den Hochöfner Vlk in seiner Funktion als Generaldirektor ersetzt werden. Jhm zur Seite steht ein Direktorium aus zwei weiteren leitenden Herren des Werkes. Dr. Guido Schmidt wird zum Feindvermögensverwalter bestellt und wird gleichzeitig Gewerkenvorstand unter Eintragung in das Bergbuch. Dazu versichert Herr Meinberg, dass sich Dr. Guido Schmidt nach Übernahme der Funktionen jedweden Einflusses auf die Führung des Werkes enthalten werde und insbesondere kein Weisungsrecht für sich in Anspruch nehmen könne. Nachdem Herr Meinberg die ausdrückliche Erklärung abgab, dass der Reichsmarschall die Betrauung von Dr. Guido Schmidt mit diesen Funktionen nach nochmaligem Vortrag expressis verbis wünsche, der Reichsführer- $\text{H}$  ebenfalls nach Vortrag bei ihm durch Staatsrat Pleiger und Staatsrat Meinberg der Bestellung von Dr. Guido Schmidt in den oben genannten Funktionen zugestimmt habe und der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Dr. Kaltenbrunner, seine schwer-

wiegenden Bedenken gegen die Person von Dr. Guido Schmidt über Wunsch des Reichsführers in einer Aussprache zwischen Pleiger und Dr. Kaltenbrunner zurückgezogen habe, erklärte sich Staatsminister Frank mit folgender Regelung einverstanden:

- 1.) Generaldirektor Jng. Kuchinka geht sofort in Pension.
- 2.) Generaldirektor Jng. Kuchinka wird in seiner Funktion als Generaldirektor und Betriebsführer des Unternehmens durch ein dreigliedriges Direktorium, bestehend aus drei leitenden Herren der Witkowitz Eisenwerke, ersetzt. An die Spitze des Direktoriums tritt der von Staatsrat Pleiger vorgeschlagene Hochöfner Vlk mit dem Titel Generaldirektor und Betriebsführer der Witkowitz Eisenwerke. Die beiden weiteren Mitglieder des Direktoriums, die ebenfalls aus den Witkowitz Eisenwerken kommen und von Staatsrat Pleiger vorgeschlagen werden, bedürfen der Zustimmung von Staatsminister Frank.
- 3.) Mit der Funktion des Feindvermögensverwalters (einschliesslich Gewerkenvorstandes) wird Dr. Guido Schmidt betraut. Er hat sich auf diese Funktionen zu beschränken, besitzt kein Weisungsrecht an das Direktorium und hat sich überhaupt jeder Einflussnahme auf die laufende Geschäfts- und Betriebsführung zu enthalten. Hierüber wird von Staatssekretär Dr. Krohn dem Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren eine besondere Bestätigung erteilt und mit Dr. Guido Schmidt der entsprechende Schriftwechsel geführt werden.
- 4.) Der bei den Witkowitz Eisenwerken gebildete Beirat

bleibt bestehen. Vorstand des Beirats wird der Oberlandrat-Jnspekteur des Deutschen Staatsministers in Mährisch-Ostrau. Dr.Guido Schmidt hat sich dieses Beirats laufend zu bedienen. Der Beirat wird im gegenseitigen Einvernehmen zwischen dem Deutschen Staatsminister, Staatssekretär Dr.Krohn und den Reichswerken Hermann Göring neu zusammengesetzt.

Da der Deutsche Staatsminister auch bei dieser Regelung seine politischen und sachlichen Bedenken aufrecht erhält, wird diese Regelung als eine vorläufige betrachtet. Es wird von der Bewährung der Regelung abhängen, ob aus dem Provisorium ein Definitivum werden kann.

Prag, den 8.August 1944.


*Krohn*

*Weinberg*

*Löffel*

*Krohn*

*Herrnkamp*



Dt. Staatsmin. Nr. 3129

1310 DS NOV

DTSTAATSMINPRAG  
GOERINGSTAHLBLN

5.8.44

NR 22758

13,10 UHR

= HERRN STAATSRMINISTER FRANK =

BIN AM DIENSTAG, DEN 8.8., UM 11 UHR BEI IHNEN. =

STAATSRAT MEINBERG +++

DTSTAATSMINPRAG  
GOERINGSTAHLBLN  
BU +++

10809

3930

Prag, den 4. August 1944.

49

20/15

FS:

An Herrn

Staatsrat Meinberg,

B e r l i n ,

Fernschreiber: Berlin 1287 (Göring-Stahl).

Stehe zur erbetenen Besprechung am Dienstag, den 8.8.d.Js.,  
zur Verfügung.

gez. F r a n k .

Als Fernschreiben	
befördert unter Nr.	3930
am	418 um 2053 Uhr
Göring-Stahl Bln	
Dt. Staatsmin. Reichardt	

Prag, den 4. August 1944.

50

M  
- 4. VIII 1944

1.) FS:

An Herrn  
Staatsrat Meinberg,  
B e r l i n ,  
Fernschreiber: Berlin 1287 (Göring-Stahl).

Stehe zur erbetenen Besprechung am Dienstag, den 8.8.d.Js.,  
zur Verfügung.

gez. Frank .



50375

2.) Wv. am 7.8.1944 (genau) bei mir.

Wiedervorgelegt am 7.8.44

Dt. Staatsmin. Nr. 3104

DTSTAATSMINPRAG  
GOERINGSTAHLBLN

4.8.44

NR 22699

18 UHR

= HERRN MINISTER FRANK =

BETR. WITKOWITZ.  
=====BITTE UM TERMIN ZU EINER BESPRECHUNG FUER MONTAG, DIENSTAG  
ODER MITTWOCH. =

MEINBERG +++

DTSTAATSMINPRAG  
GOERINGSTAHLBLN  
BU ++++

:

*Ministerialrat F.S.*  
*17805**Präsident 4/18*

Der Abteilungsleiter V

Ministeramt

52

Prag, den 1. August 1944.

-1. AUG. 1944

An

1/4-Obergruppenführer Staatsminister Frank.

Betr.: Witkowitz Eisenwerke.

Ich darf anregen, Abschrift des Fernschreibens St.M.IV M-63 z/44 vom 29. Juli 1944 dem Staatssekretär Dr. Krohn zugehen zu lassen.

*Prag 1. Aug 44*

*1 2/8. 44*  
*c*

*1/18*

*[Signature]*

*ist das schon  
gelesen?*

St. M. IV M-63 16/44

Der Abteilungsleiter V

- Nr.V-2180/44<sup>II</sup> -

An

1/4-Obergruppenführer Staatsminister Frank.

Betr.: Rüstungswirtschaftliche Ausnutzung  
der Witkowitz Eisenwerke.

Mit Generalmajor Hernekamp habe ich gestern wegen der von Staatsrat Pleiger im Einvernehmen mit ihm auf Grund der Besprechung vom 14. ds.Mts. in den Witkowitz Eisenwerken zu treffenden Massnahmen gesprochen. Er erklärte mir, dass er immer auf die von Staatsrat Pleiger in Aussicht gestellten Vorschläge gewartet habe. Da sie nicht eingegangen seien, habe er am 28.ds.Mts. an Staatsrat Pleiger geschrieben und diese Vorschläge angemahnt. Es stehe ausser Zweifel, dass nach der Besprechung

Prag, den 31.Juli 1944.

Ministeramt

Eing.: 31. JULI 1944

St. M. IV 4-63 Aa/44

51a

in Mähr.Ostrau die Initiative bei Staatsrat Pleiger als dem Betriebsführer von Witkowitz liege.

*[Handwritten signature]*

*einmal*  
*begang*



20369

*1. 21 8 44*

3812

23.20

54

Prag, den 29. Juli 1944.

Als Fernschreiber  
befördert unter Nr. 3812  
am 30/7/44 um 10:20 Uhr  
Göring-Stahl  
Dt. Staatsmin. K. A.

FS:

An Herrn  
Staatsrat Generaldirektor Pleiger,  
B e r l i n ,  
Fernschreiber: Berlin 1287 (Göring-Stahl).

Lieber Parteigenosse Pleiger !

Ich bestätige den Eingang Ihres Fernschreibens vom 28.7. d.Js. Seinem Inhalt muß ich in verschiedenen Punkten widersprechen:

Was zunächst die Person des Dr. Guido Schmidt anlangt, so wurde die Frage seines Einsatzes bei den Witkowitz Eisenwerken in der Prager Besprechung vom 13.7. d.Js. ausdrücklich zurückgestellt, da es nach den von Ihnen gegen Generaldirektor Kuchinka erhobenen schweren Anschuldigungen in erster Linie darauf ankam, die Berechtigung dieser Vorwürfe beschleunigt zu prüfen und gegebenenfalls im rüstungswirtschaftlichen Interesse sofort Abhilfe zu schaffen. Die Frage der Verwalterbestellung erschien demgegenüber bis auf weiteres unwichtig, da der Feindvermögensverwalter auch nach Ihrer Auffassung auf die Geschäftsführung des Werks keinen Einfluß zu nehmen hat und demzufolge garnicht in der Lage wäre, etwaige Mißstände auf dem Gebiet der Kriegsproduktion zu beseitigen. Ich habe deshalb im Verlauf der Besprechung das Problem Dr. Schmidt nur gestreift und ausgeführt, daß bei seiner späteren Lösung die schwerwiegenden Bedenken gegen die Person von Schmidt berücksichtigt werden müßten. In diesem Zusammenhang habe ich auch erklärt, daß ich in jedem Falle zu meiner Entlastung darum würde bitten müssen, eine

Entscheidung des Herrn Reichsmarschalls persönlich über die von ihm gewünschte Art des Einsatzes von Schmidt bei den Witkowitz Eisenwerken zu erhalten. Wir verblieben so, daß zunächst die Kommission in Witkowitz nach dem Rechten sehen und alsdann erst in die eigentliche Erörterung des Falles Schmidt eingetreten werden solle. Demgemäß habe ich mit Fernschreiben vom 15.7.d.Js. eine weitere Mitteilung in Aussicht gestellt, die sich mit der Bestellung eines neuen Feindvermögensverwalters befassen würde. Infolge der Ereignisse vom 20./21.7.d.Js. war ich außerstande, die hierfür angegebene Frist einzuhalten. Sie haben im übrigen diese Frist, wie ich dem Fernschreiben des Persönlichen Referenten des Herrn Reichsmarschalls entnehme, nicht einmal abgewartet, sondern die Angelegenheit schon vorher an den Herrn Reichsmarschall herangetragen.

Nach wie vor halte ich eine Bestellung von Dr. Schmidt zum Feindvermögensverwalter mindesten insoweit für verfehlt, als auch die Befugnisse des Gewerkenvorstandes eingeräumt werden sollen. Hiergegen hat, wie Ihnen bekannt, auch der Reichsminister der Finanzen inzwischen nachdrücklich Einspruch erhoben. Der Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens hat daraufhin erklärt, daß er sich über diesen Einspruch nicht hinwegsetzen könne. Die Ihnen in großen Zügen ja bekannten Bedenken gegen die Persönlichkeit von Schmidt haben sich durch die Entwicklung der allgemeinen Lage noch verstärkt. Sein Einsatz in einem politisch so anfälligen Gebiet wie Mährisch-Ostau könnte unter den obwaltenden Umständen nur in Betracht gezogen werden, wenn der Herr Reichsmarschall persönlich mir eine die Art des gewünschten Einsatzes genau bezeichnende Weisung zukommen ließe. Ihren Wunsch, "Witkowitz auf den kriegsnotwendigen Stand der Rüstung zu bringen", teile ich durchaus und werde selbstverständlich nach Kräften alles fördern, was diesem

Zwecke dient. Insoweit wurde in der Besprechung vom 14.7. d.Js. in Witkowitz im Beisein des Vorsitzers der Rüstungskommission, Generalmajor Hernekamp, und des Rüstungsobermanns, Dr. Adolf, vereinbart, Sie würden im Einvernehmen mit Hernekamp beschleunigt prüfen, ob aus weniger wichtigen Fertigungen Arbeitskräfte für die Munitionsherstellung im Südbau abgezogen werden könnten. Dies habe ich in meinem Fernschreiben vom 15.7.d.Js. auch erwähnt und angenommen, daß Sie nunmehr zusammen mit dem Vorsitz der Rüstungskommission alsbald das Weitere veranlassen würden. Mit der Angelegenheit Dr. Schmidt hat diese Frage der Erhöhung der Kriegsproduktion nicht das geringste zu tun, da - wie schon erwähnt - die Aufgabe des Feindvermögensverwalters auf ganz anderem Gebiet liegt. Von einer Verzögerung im Hinblick auf den Fall Schmidt kann deshalb insoweit nicht die Rede sein.

Zu meiner Erklärung, daß gegen einen Wechsel in der Geschäftsführung der Witkowitz Eisenwerke Einwendungen nicht erhoben werden sollen, stehe ich nach wie vor. Ich bin also damit einverstanden, daß Generaldirektor Kuchinka durch eine andere geeignete Persönlichkeit ersetzt wird, wobei ich entsprechend Ihrer Zusicherung davon ausgehe, daß hierfür keine Persönlichkeit aus einem anderen Reichsteil vorgesehen wird. Meinerseits schlage ich nach Benehmen mit der Gauleitung Sudetenland den mir als ausgezeichneten Kenner des Raumes und der Wirtschaft bekannten Direktor Dr. Schicketanz vor, der zur Zeit bei der Berg- und Hüttenwerkgesellschaft in Teschen beschäftigt ist. Dr. Schicketanz würde auch die politischen Voraussetzungen erfüllen, die im vorliegenden Falle beachtet werden müssen. Schicketanz könnte Kuchinka in allen Funktionen ablösen, also sowohl als Gewerkenvorstand als auch als geschäftsführender Direktor. In diesem Falle wäre Dr. Schmidt als Aufsichtsverwalter - also mit den gleichen Befugnissen wie Dr. Möhring - tragbar.

Ich darf Sie bitten, mir Ihre Auffassung ehebaldigst mitzuteilen.

H e i l H i t l e r !

Ihr

gez. F r a n k .

28. VII. 1944

1.)

FS:

An Herrn

Staatsrat Generaldirektor Pleiger,

B e r l i n ,

Fernschreiber: Berlin 1287 (Göring-Stahl).

Lieber Parteigenosse Pleiger !

Ich bestätige den Eingang Ihres Fernschreibens vom 28.7. d.Js. Seinem Inhalt muß ich in verschiedenen Punkten widersprechen:

Was zunächst die Person des Dr. Guido Schmidt anlangt, so wurde die Frage seines Einsatzes bei den Witkowitz Eisenwerken in der Prager Besprechung vom 13.7.d.Js. ausdrücklich zurückgestellt, da es nach den von Ihnen gegen Generaldirektor Kuchinka erhobenen schweren Anschuldigungen in erster Linie darauf ankam, die Berechtigung dieser Vorwürfe beschleunigt zu prüfen und gegebenenfalls im rüstungswirtschaftlichen Interesse sofort Abhilfe zu schaffen. Die Frage der Verwalterbestellung erschien demgegenüber bis auf weiteres unwichtig, da der Feindvermögensverwalter auch nach Ihrer Auffassung auf die Geschäftsführung des Werks keinen Einfluß zu nehmen hat und demzufolge garnicht in der Lage wäre, etwaige Mißstände auf dem Gebiet der Kriegsproduktion zu beseitigen. Ich habe deshalb im Verlauf der Besprechung das Problem Dr. Schmidt nur gestreift und ausgeführt, daß bei seiner späteren Lösung die schwerwiegenden Bedenken gegen die Person von Schmidt berücksichtigt werden müßten. In diesem Zusammenhang habe ich auch erklärt, daß ich in jedem Falle zu meiner Entlastung darum würde bitten müssen, eine

Entscheidung des Herrn Reichsmarschalls persönlich über die von ihm gewünschte Art des Einsatzes von Schmidt bei den Witkowitz Eisenwerken zu erhalten. Wir verblieben so, daß zunächst die Kommission in Witkowitz nach dem Rechten sehen und alsdann erst in die eigentliche Erörterung des Falles Schmidt eingetreten werden solle. Demgemäß habe ich mit Fernschreiben vom 15.7.d.Js. eine weitere Mitteilung in Aussicht gestellt, die sich mit der Bestellung eines neuen Feindvermögensverwalters befassen würde. Infolge der Ereignisse vom 20./21.7.d.Js. war ich außerstande, die hierfür angegebene Frist einzuhalten. Sie haben im Übrigen diese Frist, wie ich dem Fernschreiben des Persönlichen Referenten des Herrn Reichsmarschalls entnehme, nicht einmal abgewartet, sondern die Angelegenheit schon vorher an den Herrn Reichsmarschall herangetragen.

Nach wie vor halte ich eine Bestellung von Dr. Schmidt zum Feindvermögensverwalter mindesten insoweit für verfehlt, als auch die Befugnisse des Gewerkenvorstandes eingeräumt werden sollen. Hiergegen hat, wie Ihnen bekannt, auch der Reichsminister der Finanzen inzwischen nachdrücklich Einspruch erhoben. Der Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens hat daraufhin erklärt, daß er sich über diesen Einspruch nicht hinwegsetzen könne. Die Ihnen in großen Zügen ja bekannten Bedenken gegen die Persönlichkeit von Schmidt haben sich durch die Entwicklung der allgemeinen Lage noch verstärkt. Sein Einsatz in einem politisch so anfälligen Gebiet wie Mährisch-Ostrau könnte unter den obwaltenden Umständen nur in Betracht gezogen werden, wenn der Herr Reichsmarschall persönlich mir eine die Art des gewünschten Einsatzes genau bezeichnende Weisung zukommen ließe. Ihren Wunsch, "Witkowitz auf den kriegsnotwendigen Stand der Rüstung zu bringen", teile ich durchaus und werde selbstverständlich nach Kräften alles fördern, was diesem

Zwecke dient. Insoweit wurde in der Besprechung vom 14.7. d.Js. in Witkowitz im Beisein des Vorsitzers der Rüstungskommission, Generalmajor Hernekamp, und des Rüstungsobmanns, Dr. Adolf, vereinbart, Sie würden im Einvernehmen mit Hernekamp beschleunigt prüfen, ob aus weniger wichtigen Fertigungen Arbeitskräfte für die Munitionsherstellung im Südbau abgezogen werden könnten. Dies habe ich in meinem Fernschreiben vom 15.7.d.Js. auch erwähnt und angenommen, daß Sie nunmehr zusammen mit dem Vorsitz der Rüstungskommission alsbald das Weitere veranlassen würden. Mit der Angelegenheit Dr. Schmidt hat diese Frage der Erhöhung der Kriegsproduktion nicht das geringste zu tun, da - wie schon erwähnt - die Aufgabe des Feindvermögensverwalters auf ganz anderem Gebiet liegt. Von einer Verzögerung im Hinblick auf den Fall Schmidt kann deshalb insoweit nicht die Rede sein.

Zu meiner Erklärung, daß gegen einen Wechsel in der Geschäftsführung der Witkowitz Eisenwerke Einwendungen nicht erhoben werden sollen, stehe ich nach wie vor. Ich bin also damit einverstanden, daß Generaldirektor Kuchinka durch eine andere geeignete Persönlichkeit ersetzt wird, wobei ich entsprechend Ihrer Zusicherung davon ausgehe, daß hierfür keine Persönlichkeit aus einem anderen Reichsteil vorgesehen wird. Meinerseits schlage ich nach Benehmen mit der Gauleitung Sudetenland den mir als ausgezeichneten Kenner des Raumes und der Wirtschaft bekannten Direktor Dr. Schicketanz vor, der zur Zeit bei der Berg- und Hüttenwerkgesellschaft in Teschen beschäftigt ist. Dr. Schicketanz würde auch die politischen Voraussetzungen erfüllen, die im vorliegenden Falle beachtet werden müssen. Schicketanz könnte Kuchinka in allen Funktionen ablösen, also sowohl als Gewerkenvorstand als auch als geschäftsführender Direktor. In diesem Falle wäre Dr. Schmidt als Aufsichtsverwalter - also mit den gleichen Befugnissen wie Dr. Möhring - tragbar.

Ich darf Sie bitten, mir Ihre Auffassung ehebaldigst mitzuteilen.

H e i l H i t l e r !

Ihr

gez. F r a n k .



2.) Zum Vorgang.

50301

Der Deutsche Staatsminister  
für Böhmen und Mähren

Prag IV, den 26. Juli 1944.  
Fernsprecher: Prag 003.

Nr. St.M. - 63 x/44 g

62

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Konten der Oberhaus:

Postsparkassenkonto Nr. 98.500 und Girokonto bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren in Prag.

1.) V e r m e r k :

Unter Abweichung von der gestrigen Besprechung erlaube ich mir den nachstehenden Entwurf eines Fernschreibens an Generaldirektor P l e i g e r in Vorschlag zu bringen. Ich glaube, dass es richtiger wäre, wenn seitens Pleiger zunächst die in Aussicht gestellte mündliche Mitteilung in Prag gemacht würde. Es besteht sonst die Gefahr, dass Pleiger wiederum ohne hiesige Beteiligung eine ablehnende Entscheidung bezüglich Dr. S c h i c k e t a n z beim Reichsmarschall herbeiführt und dadurch die Verwendung von Dr. Schicketanz in Witkowitz zu Fall bringt, jedenfalls aber ausserordentlich erschwert.

(gez.) Bertsch.

2.) F e r n s c h r e i b e n a n :

Herrn Staatsrat Generaldirektor P l e i g e r

Fernschreiber: Berlin 12 87 (Göring-Stahl).

[ Sehr geehrter Parteigenosse Pleiger!

Der persönliche Referent des Reichsmarschalls teilt mir fernschriftlich mit, dass Sie dem Herrn Reichsmarschall über das Ergebnis unserer Prager Besprechung vom 13. Juli 1944 Vortrag gehalten hätten. Das zwischen uns Besprochene habe die Zustimmung des Herrn Reichsmarschalls gefunden. "Damit soll es insonderheit bei dem vorgesehenen Einsatz von Dr. Guido Schmidt verbleiben." Der Herr Reichsmarschall habe Sie beauftragt, mir noch nähere Einzelheiten mündlich zu übermitteln.

Ich sehe dieser mündlichen Mitteilung mit Interesse entgegen. Schon jetzt möchte ich jedoch bemerken, dass eine Absprache zwischen uns wegen des Einsatzes von Dr. Guido Schmidt in Witkowitz nicht

getroffen worden ist. Auch war ausdrücklich vereinbart und in meinem Fernschreiben vom 15. Juli 1944 - St.M.IV M-63 st/44 - nochmals erbeten, dass Sie keine Schritte unternehmen sollen, ehe ich Ihnen nicht eine weitere Mitteilung habe zugehen lassen, die sich auch mit der Bestellung eines neuen Feindvermögensverwalters befassen würde. Trotzdem haben Sie nach Mitteilung des persönlichen Referenten die Angelegenheit ohne meine Beteiligung dem Herrn Reichsmarschall bereits vorgetragen.

H e i l   H i t l e r !

(gez.) F r a n k . ]

3.) F e r n s c h r e i b e n a n :

Herrn Reichskommissar für die  
Behandlung feindlichen Vermögens

B e r l i n

Reichsjustizministerium.

Nachstehend gebe ich Ihnen von meinem heutigen Fernschreiben an Staatsrat Generaldirektor Pleiger Kenntnis. Auf die Besprechung zwischen  $\text{H-}$ Oberführer Minister Bertsch und Senatspräsident Dr. Kellermann in Prag am 21. Juli 1944 nehme ich Bezug. Ich werde Sie über die weitere Entwicklung auf dem laufenden halten. Meine Bedenken gegen den Einsatz von Dr. Guido Schmidt in Witkowitz haben sich inzwischen noch verstärkt.

Einzusetzen wie zu Ziffer 2.) von [ bis ] .



4.) Zurück an Dr. Bertsch.

(gez.) F r a n k .

20360

*Zu Z. 2 u. 3 befindet sich unter Fernschreiben Nr. 3733 und 3734 vom 27.7. ein 14<sup>tes</sup> bezw. 15<sup>tes</sup> Jg.*

*Werbung am 25. VII. 1944 in Wg. zugehört*

Fernschreibstelle \_\_\_\_\_

Ministerial  
22. JULI 1944 63

--	--	--

St. Staatsmin. 2837

Fernschreibname \_\_\_\_\_

Laufende Nr. \_\_\_\_\_

Angenommen:  
Aufgenommen:  
Datum: 23.7. 19 44  
um: 16 05  
von: W. Armin (Kupp)  
durch: Richards

Befördert:  
Datum: \_\_\_\_\_ 19 \_\_\_\_\_  
um: 99. Ministerial  
an: gegen Einspruch  
durch: Le uns Vortrag bei 99. Abg. mit  
Rolle: persönl. Frank

*Gen. Dr. Glat*  
*Das ist für Selbst*  
*zu sein kommt*  
*die Werbung*  
*mit annehmen.*

Vermerke:

Fernschreiben:  
Posttelegramm: von: UR ASIEN 826 22/7 1300- Q E M -  
Fernspruch:

Abgangstag Abgangszeit HERRN STAATSMINISTER F R A N K , PRAG =

Vermerke für Beförderung vom Absender auszufüllen

(Bestimmungsort)

SEHR VEREHRTER HERR STAATSMINISTER.-

DER HERR REICHSMARSCHALL HAT MICH BEAUFTRAGT, IHNEN MITZUTEILEN,  
DASS DAS ZWISCHEN IHNEN UND HERRN STAATSRAT PLEIGER IN DER  
PERSONALANGELEGENHEIT WITTKOWITZ BESPROCHENE NACH VORTRAG  
DURCH HERRN STAATSRAT PLEIGER DIE ZUSTIMMUNG DES HERRN  
REICHSMARSCHALL GEFUNDEN HAT. DAMIT SOLL ES INSONDERHEIT BEI  
DEM VORGESEHEN EINSATZ VON DR. GUIDO SCHMIDT VERBLEIBEN. -

DER HERR REICHSMARSCHALL HAT STAATSRAT PLEIGER BEAUFTRAGT,  
IHNEN NOCH NAEHERE EINZELHEITEN MUENDLICH ZU UEBERMITTELN =

HEIL HITLER

IHR SEHR ERGEBENER

GEZ GOERNERT,

MINISTERIALDIRIGENT UND PERSOENLICHER REFERENT DES

des Auftraggebers

REICHSMARSCHALLS DES GROSSDEUTSCHEN REICHES ++++++

St. M. 17 16-63 x 44g

27

Fernschreibstelle

Ul. Staatsmin. 2722

--	--	--

Fernschreibname

Laufende Nr.

Angenommen:

Aufgenommen:

Datum:

um:

von:

durch:

Befördert:

Datum: 19

um:

an:

durch:

Rolle:

GEHEIM

Vermerke:

Fernj OBERLANDRAT MAEHRISCH OSTRAU FS NR.

Postle

Fernspruch:

59

17.7.44

9.45 . =====

Abgangstag

Abgangszeit

An:

==== G E H E I M =====

TGB . NR . 974 / 44 G .=====

VERSICHT

AN DEN HERRN DEUTSCHEN STAATSMINISTER FUEHRT)

BOEHMEN UND MAEHRN SS - OBERGRUPPENFUEHRER

KARL HERMANN FRANK IN PRAG . =

ABSCHRIFTLICH MIT DER BITTE UM KENNISNAME AN DEN

HERRN MINISTER FUEHRT WIRTSCHAFT UND ARBEIT

SS - OBERFUEHRER DR . WALTHER BERTSCH IN PRAG . =

BETRIFFT : WITKOWITZ , LAUFENDE BERICHTERSTATTUNG . =

SOEBEN TEILT MIR SD - DIENSTSTELLE MAEHRISCH

OSTRUU MIT DASS DR . NOWAK AKF EINSCHREITEN VON HGW

HEUTE NOCH SEINE EINBERUFUNG ZUR WEHRMACHT ERHAELT . :

. OBWOHL MIR AUFFASSUNG IM FALLE NOWAK VOLLKOMMEN BEKANNT

IST , DARF ICH BEDENKEN ERHEBEN GEGEN DIESE FORM DER

ABBERUFUNG . DA HIER DIE VORGESCHICHTE

St. M. II 46-633/443 →

64a

ZIEMLICH BEKANNT , KOENNTE DIESER VORGANG DIE FOLGE  
HABEN , DASS NIEMAND ES WAGEN WUERDE , DINGE BEIM  
RICHTIGN NAMEN ZU NENNEN . GEGEN EINE EINBERUFUNG  
NOWAKS ZU GEGEBENEM ZEITPKT BESTEHEN KEINE BEDENKEN ,  
DOCH DARF ERFUELLUNG DER WEHRPFLICHT NICHT WIE PRIVATRACHE  
AUSSEHEN , DA SONST UNA NGENEHME AUSWIRKUNGEN AUF STIMMUNGS LAGE

. = ICH BITTE UM KENNTNISMACHE . =

GEZ . DR . JONAK , OBERLANDRAT - INSPEKTEUR DES  
DEUTSCHEN STAATSMINISTERS +++++

*Dr. Jonak*

*lc 181 5. 44*



20358

DER RÜSTUNGSINSPEKTEUR  
DES REICHSMINISTERS  
FÜR RÜSTUNG UND KRIEGSPRODUKTION  
IM PROTEKTORAT BÖHMEN UND MÄHREN

Ministeramt

17. JULI 1944

PRAG XIX, den 15. Juli 1944  
Theodor-Körner-Straße 2  
Fernsprecher: 098, App. 1372 u. 1374

65

An den

Herrn Deutschen Staatsminister für Böhmen u. Mähren  
SS-Obergruppenführer K. H. F r a n k

P r a g - Czernin-Palais

Sehr verehrter Herr Staatsminister !

Bezugnehmend auf unsere heutige Besprechung überreiche ich beifolgend Durchschrift meines Schreibens vom heutigen Tage an Herrn Hauptdienstleiter Saur mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Heil Hitler !

Ihr sehr ergebener

*Herrn...*  
Generalmajor

Der Vorsitz der Rüstungskommission  
für das Protektorat Böhmen u. Mähren  
des Reichsministers für R. u. K.

15.7.1944

66

E i n s c h r e i b e n !

An den

Chef des Technischen Amtes des Rm.f.R.u.K.  
Herrn Hauptdienstleiter S a u r

B e r l i n N W 7  
Hermann Göring Str. 27

Sehr geehrter Herr S a u r !

Zwischen Staatsrat P l e i g e r als dem Betriebsführer des Witkowitz Eisenwerks und Generaldirektor K u c h i n k a als seinem Vertreter in der Betriebsführung sind in allerjüngster Zeit starke Meinungsverschiedenheiten aufgetreten, die am 13. 7. zu einer eingehenden Aussprache zwischen Staatsrat P l e i g e r und Staatsminister K.H. F r a n k in Prag geführt haben.

Es wurde von Staatsrat P l e i g e r u.a. eine stärkere Ausnutzung des Werkes für die unmittelbare Rüstung gefordert. Die Angelegenheit wurde am 14.7. bei einer Betriebsbesichtigung durch den Rüstungsinspekteur und den Rüstungsobmann in Gegenwart von Staatsrat P l e i g e r an Ort und Stelle geklärt.

Die Unterrichtung, die mir Staatsminister F r a n k über die eigentlichen Gründe der Auseinandersetzung Pleiger-Kuchinka heute zuteil werden liess, geben mir keine Veranlassung, der zwischen Staatsminister F r a n k und Staatsrat P l e i g e r einvernehmlich gefundenen Lösung entgegenzutreten.

Es ist damit zu rechnen, dass Gen.-Dir. K u c h i n k a, dessen Gesundheitszustand in der Tat sehr schwankend ist, in absehbarer Zeit ohne Beeinträchtigung seines Rufes in den Ruhestand tritt.

Ich werde von Staatsrat P l e i g e r über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden gehalten, sodass ich Sie vor allem in der Frage der Nachfolge rechtzeitig informieren kann.

H e i l H i t l e r !

I h r

gez. Bernekamp

Nachrichtlich

Herrn  
Staatsrat Dr. S c h i e b e r

Fernschreibstelle \_\_\_\_\_

67

□ □ □ □

St. Staatsminister

2663/15

4 Blätter

Fernschreibername \_\_\_\_\_

Laufende Nr. \_\_\_\_\_

Angenommen: \_\_\_\_\_

Befördert: \_\_\_\_\_

Aufgenommen: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ 19 \_\_\_\_\_

Datum: 13/7 19 44

um: \_\_\_\_\_

um: 13/5

an: \_\_\_\_\_

von: P. W. Reinhardt

durch: \_\_\_\_\_

durch: \_\_\_\_\_

Rolle: \_\_\_\_\_



20353

Bemerkte: \_\_\_\_\_

+ B L I T Z -

Fernschreiben: \_\_\_\_\_

- BERLIN NUE 69 505 13.7.44 1250 =JO=

OFORT SS-STAF. DR. G I E S S VORLEGEN - BIS SPAETESTENS 14.00 UHR)

Abgangstag

Abgangsgelt

= HERRN STAATSMINISTER F R A N K -

SS-OBERGRUPPENFUEHRER - P R A G.=

Bemerkte für Beförderung vom Absen. \_\_\_\_\_

BETR.: BESTELLUNG DES DR. GUIDO S C H M I D T ZUM VERWALTER  
DES FEINDVERMOEGENS BEI WITKOWITZ.-

LIEBER KAMERAD F R A N K.-

AUF DEIN SCHREIBEN VOM 12.5.1944 UEBERMITTELE ICH DIR NACH  
NOCHMALIGER DURCHSICHT UND PRUEFUNG DER HIESIGEN  
UNTERLAGEN EINE ZUSAMMENFASSUNG UEBER DIE PERSOENLICHE UND-  
POLITISCHE HALTUNG VON G. S C H M I D T UND MEINE ANSICHT ZU  
DER VON DIR AUFGEWORFENEN FRAGE.-

SCHMIDT IST ABKOEMLING KLERIKALER FAMILIE, ZOEGLING DES  
JESUITISCHEN GYMNASIUMS STELLA MATUTINA, CV-ER, GUENSTLING.=

Unterschrift des Auftragebers

Fernprechanschluß des Auftragebers

DES BUNDESKANZLERS SEIPEL UND WURDE VON LETZEREM ALS  
 AUSSENPOLITISCHE HOFFNUNG DER CHRISTLICH-SOZIALEN BEZEICHNET.  
 WAEHREND SEINER ATTACHEEZEIT IN PARIS GAB SICH DR. SCHMIDT  
 FRANKOPHIL UND GALT AM QUAI D'ORSAY ALS ABSOLUTER GEFOLGSMANN.  
 UNTER DER KANZLERSCHAFT VON DOLLFUSS WAR ER DAS SPRACHROHR  
 FRANKREICHS BEIM BUNDESPRAESIDENTEN MIKLAS UND BESTAERKTE  
 DIESEN IN SEINER GEGNERISCHEN EINSTELLUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS.  
 EBENSO WIRKTE ER BEI DIESEM BEIM VERFASSUNGSBRUCH VOM 1.5.1935  
 MIT. SPAETER WAR ER INTIMER VERTRAUENSMANN UND DUZFREUND  
 DES BUNDESKANZLERS SCHUSCHNIGG. BEI DER KLEINEN ENTENTE  
 GALT ER ALS BESONDERS ZUVERLAESSIG. IN INTERNATIONALEN KREISEN  
 WURDE ER VERSCHIEDENTLICH ALS DER PROTOTYP DES GERISSENEN,  
 SKRUPELLOSEN POLITIKERS JESUITISCHER PRAEGUNG BEZEICHNET.-  
 NACH SEINER ERNENNUNG ZUM AUSSENMINISTER UEBERRASCHTE SCHMIDT  
 DURCH SEIN INTERESSE FUER NATIONALE BELANGE UND SEINE  
 VERSTAENDIGUNGSBEREITSCHAFT MIT DEM REICH. IN DIESEM  
 ZUSAMMENHANG MACHTE SICH IM JAHRE 1937 EINE GEWISSE ABKUEHLUNG  
 ZWISCHEN SCH. UND SCHUSCHNIGG BEMERKBAR. BIS ZUM BERECHTESGADENER  
 ABKOMMEN VOM 12.2.1938 WAR ER VERSTAENDIGUNGSBEREIT, STELLTE  
 SICH ABER ANSCHLIESSEND WIEDER AUF DIE SEITE SCHUSCHNIGGS UND  
 STAND WAEHREND DER VORBEREITUNG ZUR VOLKSABSTIMMUNG EINER  
 VERSTAENDIGUNG MIT DEM REICH ABLEHNEND GEGENUEBER.-  
 AUS DIESEN GANZEN VORGAENGEN HAT MAN IHM ALLGEMEIN VORGEWORFEN,  
 DASS ER ALS MANN MIT GROESSTEM PERSOENLICHEN EHRGEIZ STETS MIT  
 ALLEN POLITISCHEN LAGERN VERBINDUNGEN UNTERHALTE UND SICH AUCH  
 AEUSSERLICH STETS DER GESINNUNG SEINER GESPRAECHSPARTNER ANPASSE.-



Fernschreibstelle \_\_\_\_\_

--	--	--

Dr. Staatsmin. Nr. 2663/V

Fernschreibname \_\_\_\_\_

Laufende Nr. \_\_\_\_\_

Angenommen: \_\_\_\_\_

Aufgenommen: \_\_\_\_\_

Datum: 13/7 19 44

um: 1325

von: P. W. N. N.

durch: Reinhardt

Befördert: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ 19 \_\_\_\_\_

um: \_\_\_\_\_

an: \_\_\_\_\_

durch: \_\_\_\_\_

Rolle: \_\_\_\_\_



Bemerkte: \_\_\_\_\_

BESONDERS BEDENKLICH UND DURCHAUS IN DER OBIGEN LINIE LIEGEND, IST SEINE PERSONALPOLITIK: NACH SEINER BERUFUNG IN DIE REICHSWERKE HERMANN GOERING ZOG ER ALS ERSTEN SYSTEMBELASTETEN MANN AUS IHM NAHESTEHENDEN KREISEN DEN BEFREUNDETEN LEGATIONS RAT A. D. DR. L E N N K ALS PERSOENLICHEN SEKRETAER IN DIE HGW. NACH. DR. L. IST AUS DER VERBOTSZEIT ALS PATHOLOGISCHER HASSER ALLES NATIONALEN UND MILITANTER HEIMWEHRMANN UND JUDENFREUND (VERHEIRATET MIT DER JUEDIN MAGNUS, MISCHLING ERSTEN GRADES) BEKANNT. EINE SCHWESTER VON IHM IST MIT BARON FROEHLICHSTHAL (JETZT KLERIKALER EMIGRANT IM VATIKAN) VERHEIRATET. WAEHREND SEINES AUSWAERTIGEN DIPLOMATISCHEN DIENSTES HAT DR. L. EINEN ZIEMLICH LOCKEREN LEBENSWANDEL GEFUEHRT (WECHSEL- UND SPIELSCHULDEN).- WIE ICH JETZT ERFAHRE, SOLL L. NEUERDINGS LAUFEND REISEN NACH BUKAREST UNTERNEHMEN, UM DORT GROESSERE EINKAEUFE ZU TAETIGEN. DIESE EINKAEUFE SOLLEN IN VERBINDUNG MIT EINEM SCHWARZEN KONTO

Unterschrift des Auftraggebers \_\_\_\_\_

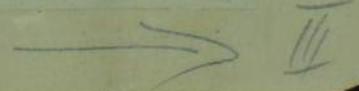
--	--	--	--	--	--

 Fernsprechanschluß des Auftraggebers \_\_\_\_\_

STEHEN, DAS SEINERZEIT AUS DER LIQUIDATION DER RUMAENISCHEN GESELLSCHAFT "ROGIFER", EINER EINRICHTUNG DES DEUTSCHEN REICHES, ENTSTANDEN IST UND VON SCHMIDT NICHT ANGEMELDET WORDEN SEIN SOLL. ICH LASSE DIESE ANGABEN VON DR. N O W A K, DEM CHEFSYNDIKUS VON WITKOWITZ, ZURZEIT NOCH UEBERPRUEFEN.-

AUCH DER EHEMALIGE CHRISTLICH-SOZIALE LANDESRAT DR. PETER K R A U L A N D WURDE VON IHM ZUM PROKURISTEN BEI DEN HERMANN-GOERING-WERKEN BESTELLT. DR. KRAULAND GALT ALS ERZKLERIKAL UND FEIND DES NATIONALSOZIALISMUS. ER WAR PROTEKTIONSKIND DES BERUECHTIGTEN GRAZER BISCHOFFS DR. PAWLKOWSKY.-

NACH DER UEBERNAHME DER GRUPPE BINNENSCHIFFFAHRT DER HERMANN GOERING WERKE VERANLASSTE DR. SCHMIDT DIE EINSTELLUNG DES FRUEHEREN GENERALDIREKTORS DER I. DONAU-DAMPFSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT (DDSG) K O R W I K ALS LEITER DES DER DDSG. GEHOERENDEN KOHLENBERGWERKS FUENFKIRCHEN (UNGARN). GLEICHZEITIG SOLLTE KORWIK VERTRETER DER DEUTSCHEN SCHIFFFAHRTSINTERESSEN BEI DER DDSG. IN BUDAPEST WERDEN, OBWOHL ER NACH DEM UMBRUCH ALS SYSTEM-MANN AUS DER DDSG. ENTFERNT WORDEN WAR. UNTER DER LEITUNG VON KORWIK ZAHLTE DAS KOHLENBERGWERK FUENFKIRCHEN (4400 MANN BELEGSCHAFT) DIE SCHLECHTESTEN LOEHNE IM VERGLEICH ZU ALLEN ANDEREN GRUBEN UNGARNS, OBWOHL DIE GEFOLGSCHAFT ZUR HAELFTE AUS VOLKSDEUTSCHEN BESTAND. DER MADJARISIERUNGSPOLITIK WURDE DADURCH STAERKSTER VORSCHUB GELEISTET. IM JAHRE 1938 VERHANDELTE KORWIK ZUSAMMEN MIT MAJOR F E Y UND DEM TSCHECHISCH-SLOWAKISCHEN MINISTER H O D Z A UEBER PLAENE EINER ANTIDEUTSCHEN DONAUSCHIFFFAHRTS-POLITIK. ER WAR EIN RADIKALER VERFECHTER DES



Fernschreibstelle \_\_\_\_\_

--	--	--

2663/IX  
 St. Staatsm. Hl.



Fernschreibname \_\_\_\_\_

Laufende Nr. \_\_\_\_\_

Angenommen: \_\_\_\_\_

Befördert: \_\_\_\_\_

Aufgenommen: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ 19 \_\_\_\_\_

Datum: 13/7 19 44

um: \_\_\_\_\_

um: 13/5

an: \_\_\_\_\_

von: P. W. N. K.

durch: \_\_\_\_\_

durch: Reinhardt

Rolle: \_\_\_\_\_

Bemerkte: \_\_\_\_\_

GEDANKENS DER VATERLAENDISCHEN FRONT.-

GEGEN DIE BERUFUNG VON KORWIK IN DIE GENANNTEN POSITION LIESS  
 REICHSLEITER VON SCHIRACH SEINERZEIT BEI DR. SCHMIDT PROTEST  
 EINLEGEN. AUCH STAATSEKRETAER KEPPLER BEZEICHNETE KORWIK ALS  
 POLITISCH UNTRAGBAR.-

(Bestimmungsort)

WEITERHIN BEMUEHTE SICH DR. SCHMIDT, HERRN JOHAM (FRUEHER  
 KREDITANSTALT WIEN) IN DEN AUFSICHTSRAT DER DDSG. ZU BRINGEN.

JOHAM WAR ERGEBENER ANHAENGER VON DR. SCHUSCHNIGG UND HAT  
 NOCH ZWEI TAGE VOR DEM UMBRUCH AUS OSTMAERKISCHEN INDUSTRIEL  
 KREISEN 1 MILLION SCHILLINGE FUER DEN WAHLFONDS VON SCHUSCHNIGG  
 AUFGEBRACHT.-

NACH DER BETRAUUNG VON DR. SCHMIDT MIT DER LEITUNG DER  
 REICHSWERKE AG. FUER BINNENSCHIFFFAHRT "HERMANN GOERING"  
 VERLANGTEN DIE WENIGEN IN DER DDSG. NOCH VERBLIEBENEN  
 EHEMALIGEN ANHAENGER DER VATERLAENDISCHEN FRONT BEIM  
 PERSONALCHEF EINE WIEDERGUTMACHTUNG IHRER ZURUECKSETZUNG.

Unterschrift des Auftraggebers \_\_\_\_\_

Fernsprechanruf des Auftraggebers \_\_\_\_\_

AUS EINEM BERICHT MEINER STAPOLEITSTELLE WIEN VOM 8.10.1943  
 ENTNEHME ICH FOLGENDES: "UNTER DER EINWIRKUNG DER REICHSWERKE  
 ZEICHNET SICH BEI DER I. DDSG. IMMER STAERKER DIE TENDENZ AB,  
 DEN EINFLUSS JENER KREISE ZU STAERKEN, DIE 1938 NOTGEDRUNGENER  
 MASSEN IN DEN HINTERGRUND GETRETEN SIND. ES SIND DIES DIE KREISE,  
 DIE VON DR. GUIDO SCHMIDT UND JOHAM FRUEHER STARK BEVORZUGT  
 WORDEN SIND, BESONDERS ZU DER ZEIT, ALS DIE KREDITANSTALT NOCH  
 DURCH IHREN AKTIENBESITZ AN DER DDSG. WESENTLICHEN ANTEIL AN DER  
 GESELLSCHAFT HATTE.-

DIE VORGENANNTEN TENDENZEN VERLAEUFT IN 3 STOSSRICHTUNGEN:

- 1.) AUSSCHALTUNG DES NATIONALSOZIALISTISCHEN EINFLUSSES  
 AUS DEM AUFSICHTSRAT, -
- 2.) VERSUCH EINER KALTSTELLUNG BEKANNTER PARTEI GENOSSEN  
 IM BETRIEB UND DEREN ERSATZ DURCH SOGENANNTEN NEUTRALE,
- 3.) VERSUCH AUF DEM UMWEGE UEBER DEN LEITER DES  
 GEFOLGSSCHAFTSAMTES, PRONONZIERT SCHWARZE BESONDERS  
 ZU EINER FOERDERUNG ZU EMPFEHLEN.-

BEZEICHNEND FUER 1.) IST, DASS DIE VON IHREN REICHSTATTHALTERN  
 FUER DIE WAHL IN DEN AUFSICHTSRAT DER DDSG. VORGESEHENEN  
 GAUWIRTSCHAFTSBERATER RAFFELSBERGER UND SCHMIEDT AUF DEN  
 EINSPRUCH DES MINISTERIALDIREKTORS STEINBOECK VOM STABSAMT DES  
 REICHSMARSCHALLS HIN ABGELEHNT WURDEN, WEIL ES SICH UM  
 AUSGESPROCHENE POLITISCHE PERSOENLICHKEITEN HANDELT. IN DER  
 BETREFFENDEN AUFSICHTSRATSSITZUNG WURDE DER MIT DR. SCHMIDT  
 BEFREUNDETE DR. FOLTINKE (EHEMALS KREDITANSTALT) ZUM  
 VORSTANDSMITGLIED DER DDSG. ERNANNT.-

20353

IV

Fernschreibstelle

--	--	--

Dr. Staatsminister  
 2663/IV

Fernschreibname

Laufende Nr.

Angenommen: Aufgenommen: 13/7 44 Datum: 13/7 19 um: 13 25 von: Blus Hün durch: Reichardt	Befördert: Datum: _____ 19____ um: _____ an: _____ durch: _____ Rolle: _____
---	---

Vermerke:

IN KENNTNIS DER BISHERIGEN PERSONALPOLITIK VON DR. SCHMIDT IST ZU BEFUERCHTEN, DASS UNTER SEINEM BEHERRSCHENDEN EINFLUSS AUCH BEI DER GEWERKSCHAFT WITKOWITZ SICH ALSBALD TENDENZEN BEMERKBAR MACHEN WERDEN, DIE EINER ERHOECHTEN AUFMERKSAMKEIT DER POLITISCHEN UND SICHERHEITSPOLIZEILICHEN STELLEN (ort) BEDUERFEN.-

ICH MUSS DAHER GEGEN DIE BESTELLUNG VON SCHMIDT BEDENKEN ERHEBEN. DA ICH NICHT WEISS, OB ES DER SPEZIELLE WUNSCH DES REICHSMARSCHALLS IST, SCHMIDT IN DIE VORGEGEHENE POSITION ZU BRINGEN, BITTE ICH DICH, BEI EINER EVTL. RUECKSPRACHE MIT DEM HERRN REICHSMARSCHALL DIESE MEINE BEDENKEN MIT ZUM AUSDRUCK ZU BRINGEN. SOLLTE SICH DER HERR REICHSMARSCHALL AUS GRUENDEN, DIE MIR NICHT BEKANNT SIND, FUER DIE BEABSICHTIGTE REGELUNG ENTSCHLESSEN, BIN ICH ALLERDINGS AUCH DEINER ANSICHT, SAEMTLICHE HEUTE DAGEGEN OPPONIERENDEN PERSONEN AUSDRUECKLICH AUF DIE WEISUNG DES HERRN

Unterschrift des Auftraggebers

Fernsprechanhluß des Auftraggebers

40a

REICHSMARSCHALLS HINZUWEISEN MIT DER AUFLAGE, SICH ALLEN  
MASSNAHMEN ODER GERUECHTEVERBREITUNGEN ZU ENTHALTEN, DIE  
DIESEM BEFEHL ENTGEGENSTEHEN.=

HEIL HITLER -

DEIN KALTENBRUNNER - +



20352

Fern- mündliche Meldung von SD-Dienststelle Mähr.Ostrau.  
Durchgegeben: Frl. Tieds.

71

Aufgenommen von Kubetschka  
am 10.7.44, 11 Uhr  
in Prag.

Betr.: Witkowitz Bergbau- u. Eisenhüttengewerkschaft.

Am 6.7.44 gegen Abend ist bei der Werksleitung in Witkowitz ein dringend gehaltenes Fernschreiben des Vorstandes der HGW Berlin eingelaufen, in dem die nochmalige sofortige Beurlaubung Dr. Nowaks kategorisch gefordert wurde. Der Hinweis Kuchinkas, daß Staatsminister Frank hierzu seine Zustimmung noch nicht erteilt habe, wurde von Berlin aus als für Witkowitz unwichtig hingestellt, da man dieses Einverständnis von Berlin aus einholen wolle. Berlin teilte mit, daß das Fehlen des Einverständnisses kein Grund sei, die Beurlaubung Dr. N. hinauszuzögern. <sup>bisher</sup> ~~Sicher~~ hat Gen. Direktor Kuchinka jedoch nichts unternommen und Nr. Nowak arbeitet weiterhin im Werk.

Bei der groß aufgezogenen Geburtstagsfeier anlässlich des 60. Geb. Tags von Kuchinka am 7.7.44 fiel es allgemein auf, daß kein Vertreter der HGW anwesend war. Nach einer Mitteilung von Kuchinka ist auch kein Glückwunsch für ihn seitens der HGW eingelangt. Am Geburtstag fand eine Aussprache von Witkowitzern mit den Generälen Hernekamp Prag und Schindler Krakau statt, die sich sofort erboten, die Angelegenheit an RM Speer heranzutragen und diesen in der Richtung zu informieren, daß der von den HGW geplante "Angriff auf Witkowitz" von Seiten der Rüstungsproduktion als durchaus störend empfunden würde. Am gleichen Tage gegen Abend fand in kleineren Kreise eine Besprechung mit dem Beirat des Eisenwerkes, Dr. Rasche, Dresdner Bank, statt, wobei Rasche absolut den Witkowitzern Standpunkt teilte. Rasche kam aus Berlin zum Geb. Tag Kuchinkas und berichtete, daß die gesamte Schwerindustrie von Deutschland zur Zeit nach Witkowitz blicke u. man im Reich bereits vielfach von der "Schlacht um Witkowitz" spreche. Seiner Meinung nach sei die Position der HGW Berlin kaum jemals so schwach gewesen, wie im

gegenwärtigen Zeitpunkt. Im Verlauf der Besprechung, die einen betont privaten Charakter trug, wies er darauf hin, wie Witkowitz sich event. aus der gefährlichen Situation herausziehen könne. Er brachte zum Ausdruck, daß Staatsminister Frank von Staatssekretär Krohn die Einsetzung des 77-Gruppenführers Meinberg von den HGW als Treuhänder fordern solle. Bei der allgemeinen Arbeitsüberlastung, meinte er, sei zu erwarten, daß er sich ähnlich wie der Treuhänder Dr. Möhring-kaum um Witkowitz in einem besonderen Ausmaß kümmern werde. Auf der anderen Seite jedoch hätten die HGW das Gefühl, einen ihrer leitenden Herren als Treuhänder eingebaut zu haben. Kuchinka bleibt unter dieser Voraussetzung selbstverständlich weiterhin Gewerkschaftsvorstand und Betriebsführer. Dieser Vorschlag ist h.M. sehr beachtenswert und verdient, verfolgt zu werden.

Im Zusammenhang mit den Anstrengungen der HGW, sich des Eisenwerkes zur Gänze zu bemächtigen, erscheint es interessant, daß am 7.7. angeblich beim Führer eine Aussprache zwischen Pleiger und Röchling, Hauptvereinigung Eisen, stattfand. hinter Röchling steht mit Sicherheit - nach Meinung der hiesigen Schwerindustrie- RM Speer, während es fraglich er-scheine, ob sich der Reichsmarschall in diesem Fall mit dem Gewicht seiner ganzen Persönlichkeit hinter Pleiger stelle. Dieser Besprechung beim Führer ging eine Privatklage Röchlings gegen Pleiger voraus, da Pl. Röchling brieflich in schärfster Form angegriffen und ihn hierbei per-sönlich beleidigt haben soll, indem er ihn u.a. des Diebstahls bezichtigte.

gez. Henneberg,  
77-Hauptsturmführer.

F.d.R.:  
*Arbeitsrat*

*H. 1. L. M. d. G. u. K. n. Unterrichtung der Org.*  
*2. 11/24 Unterrichtung RSFA. Oberzug.*  
*10/7.*

ING. KARL KUCHINKA

GENERALDIREKTOR  
DER

WITKOWITZER BERGBAU-UND EISENHÜTTEN-GEWERKSCHAFT

73  
MÄHR-OSTRAU-10, 10. Juli 1944.  
(EISENWERK WITKOWITZ)

Ministeramt

11. JULI 1944

Sehr geehrter Herr Staatsminister !

Wie Ihnen bekannt ist, hat nun Herr Pleiger von mir die Beurteilung als Dr. Nowak gefordert, den Sie aus den zahlreichen Sitzungen der Aufsicht der Witkowitz Gewerkschaft kennen. Er gehört zu meinen ersten Mitarbeitern und steht laut seinem von der Aufsicht der Witkowitz Gewerkschaft bestätigten Dienstvertrage im Range eines Vorstandsmitgliedes. Ausserdem bekleidet Dr. Nowak zahlreiche führende Funktionen im Konzern der Witkowitz Gewerkschaft, wie aus der beigefügten Zusammenstellung ersichtlich ist.

Die Gründe, warum Dr. Nowak aus meiner Mitarbeiterschaft entfernt werden soll, liegen auf der Hand, da es bekannt ist, dass er mir in der Schaffung und Erhaltung der rechtlichen Grundlagen für meine ungestörte weitere Tätigkeit vom ersten Tage an in vorderster Linie zur Seite steht. Darauf beruht die ihm vorgeworfene feindselige Einstellung gegenüber den Hermann Göring-Werken, die allein nach Ansicht derselben schon dadurch erwächst, wenn ihren Forderungen nicht entsprochen wird, mögen gegen dieselben auch noch so triftige sachliche Gründe sprechen.

Da ich auf die Mitarbeit des Dr. Nowak unter keinen Umständen verzichten kann und die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen teils lächerlich teils übertrieben und einseitig sind, habe ich die von mir geforderten Massnahmen abgelehnt und insbesondere auch darauf verwiesen, dass Dr. Nowak zum Kreise jener Gefolgschaftsmitglieder der Witkowitz Gewerkschaft gehört, deren Schicksal Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister, auf Grund der Verpflichtung der Hermann Göring-Werke in Ihre Hand gelegt ist. Ich erlaube mir, eine Abschrift meiner Stellungnahme

2 Anlagen.

./.

S. M. IV M-63 t/44

41a

ING KARL KUCHINKA

an Herrn Staatsrat Pleiger zu Ihrer Kenntnisnahme beizufügen. Trotz dieses Hinweises haben die Hermann Göring-Werke von mir den Vollzug der Anordnungen verlangt, was ich jedoch nicht getan habe.

Da die Hermann Göring-Werke nunmehr an Sie herantreten werden, um ihre Forderungen an mich durchzusetzen, bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, um Ihre Unterstützung.

Indem ich Ihnen bestens danke, grüsse ich mit

Heil Hitler !

als Ihr sehr ergebener

*Karl Hermann Frank*

An den

Deutschen Staatsminister  
SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank,

Prag,  
Czerninpalais.

*einige Original*

771 2 44

20379



10. Juli 1944.

Sehr geehrter Herr Fleiger !

Ich kann mich weder mit der Art noch mit dem Ton, in welchem Ihre Briefschreiber mit mir verkehren, einverstanden erklären. Ich darf Sie vielmehr dringend bitten, Ihre Briefschreiber zu veranlassen, sich einer höflichen Ausdrucksweise zu befleissigen und auf die Tatsache Rücksicht zu nehmen, dass ich noch Gewerkschaftsvorstand bin.

Dies vorausgeschickt, teile ich Ihnen mit, dass ich den geforderten sofortigen Vollzug Ihrer Anordnungen im Falle Dr. Nowak nicht nachkommen kann, da ich einerseits Herrn Staatsminister Frank nicht vor vollendete Tatsachen stellen kann, andererseits eine Beurlaubung von Dr. Nowak überhaupt ablehne, da ich für ihn in jeder Hinsicht einstehe.

Die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen sind teils lächerlich teils einseitig und übertrieben und können in keiner Weise seine Beurlaubung rechtfertigen. Es wirkt geradezu komisch, von mir die Sicherstellung der Akten des Dr. Nowak zu fordern und ihm das Betreten der Geschäftsräume zu untersagen.

Ausserdem kann ich auf die Mitarbeit von Dr. Nowak unter keinen Umständen auch nur für kurze Zeit verzichten. Der von Ihnen namhaft gemachte Ersatzmann Zenkl, dem Ihr Briefschreiber irrtümlich den Dokortitel zugeführt hat, ist Referent in der Verkaufsabteilung und ist über die erste juristische Staatsprüfung nicht hinausgekommen, sodass er für das Arbeitsgebiet des Dr. Nowak, welches vorwiegend wirtschafts-juristischer Art ist, überhaupt nicht in Frage kommt. Ein anderer Ersatzmann steht ebenfalls nicht zur Verfügung, der die Arbeit von Dr. Nowak nur einigermaßen mit Erfolg weiterführen könnte.

44a

Ich bitte Sie daher in Zukunft vor der Anordnung solcher Massnahmen nicht den einseitig vorgebrachten Anschuldigungen Rechnung zu tragen, sondern mit mir Fühlung aufzunehmen, um unsere Handlungsweise abstimmen zu können.

Ich würde mich sehr freuen, wenn dies zukünftig der Fall sein würde und grüsse mit

Heil Hitler !

Kuchinka e.h.

Herrn

Staatsrat Paul P l e i g e r,  
Generaldirektor der Reichswerke  
A.G. "Hermann Göring",

B e r l i n - Halensee.

Albrecht Achillesstrasse 62/64.

11802

Direktor Dr. Leopold Nowak  
Pg., NSFK-Sturmbannführer.

Vorstandsmitglied :

Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-  
Gewerkschaft, Mähr. Ostrau,  
Arbeitsgebiet : Recht, Betriebswirtschaft  
und Konzernleitung.

Komm. Verwalter und  
Betriebsführer :

Jäkels-Eisenindustrie A.G., Freistadt,

Geschäftsführer :

Gesellschaft für industrielle Beteiligungen  
m.b.H., Berlin mit den

Oderberger Eisen- und Stahlwerke G.m.b.H.,  
Oderberg,

Erzbergbau Ost, Oderberg,

Ostrowiecer Hochöfen und Werke A.G.,  
Ostrowiec,

"Mars", Eisen- und Stahlwerke, Warschau,

Stramberg-Witkowitz-Zementwerke A.G.,  
Mähr. Ostrau,

Ostrak A.G., für Heizanlagen und  
Apparatebau, Prag,

Vorsitzer des Aufsichts-  
rates :

Kontinentale Eisenhandels G.m.b.H.,  
Pressburg,

Vorsitzer des  
Verwaltungsrates :

Krompacher Kupferwerke A.G., Krompach,

"Orlit", Baustoffefabrik K.-G., Prag,

N.V. Metaalunie, Den Haag,

Kontinentale Eisenhandelsgesellschaft  
Kern & Co., Prag,

Kontinentale Gesellschaft für Handel und  
Industrie A.G., Krakau,

Eisenbahnsignal-Bauanstalt A.G., Krakau,

Oderberger Eisen- und Stahlwerke G.m.b.H.,  
Oderberg,

Eisenbahn A.G. Stauding-Stramberg-Wernsdorf

"Mars" Eisen- und Stahlindustrie G.m.b.H.,  
Warschau.

25a

Verwaltungsrat : Montan, Kohlen- und Kokshandels A.G., Prag,  
Kontinentale Eisenhandels A.G., Sofia,

Geschäftsführender "Ruda" Bergbau- und Hüttenbetriebe A.G.,  
Verwaltungsrat : Kotterbach.

Vors. des Vorstandes: Stramberg-Witkowitz-Zementwerke A.G.,  
Mähr. Ostrau.

Vors. des Beirates : Tonerdefabrik, Stramberg.

del. Aufsichtsrat : N.V. Pragomet, Amsterdam.



20346

St.M. IV M - 63 r/44.

Prag, den 7. Juli 1944.

16.17

3176

3844

1.) Telegramm:

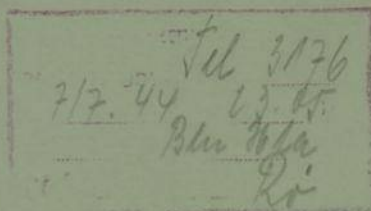
Herrn  
Staatsrat Pleiger,  
Hermann Göring Werke,  
B e r l i n .

Im Auftrage von Staatsminister Frank, der sich auf  
Dienstreise befindet, teile ich mit, daß als Termin  
Donnerstag, der 13.7.d.Js., nachmittags 17.00 Uhr,  
vorgesehen ist.

Ministeramt Prag

gez. G i e s ,

Ministerialrat.



2.)

46a

Prag, den 7. Juli 1921.

St. M. IV N. 1 - 03 7/21

2.) Termin notieren und 44-Oberführer Dr. Bertsch sowie  
Ministerialrat Krieser fernmündlich durchgeben.

Telegraph

Horn

Staatsrat Pfeiffer

Herrmann Götting

3.) Alsdann zum Vorgang.

B e r i c h t

Im Auftrage von Staatsminister Frank, der sich zur  
Ministerei befindet, teile ich mit, daß die Termin  
bestimmung der 13. V. d. J., nachmittags 11.00 Uhr,  
vorgesehen ist.

Ministerium Prag

Gen. O i e s

Ministerialrat



20315

Dr. Staatsmin. Nr. 2551

Min

Eing.: - 6. JULI 1944

77

7. VII. 1944

= HERRN STAATSMINISTER FRANK =

*hiesigen Gerichts*  
GEWISSE VORKOMMNISSE, UEBER DIE ICH IHNEN MUENDLICH BERICHTEN  
WERDE, HABEN MICH VERANLASST, FOLGENDES FERNSCHREIBEN AN  
DR. NOWAK, WITKOWITZ, ZU RICHTEN :

6/ 2  
4  
Gef.  
St. M.  
bestimmte Pf.  
nicht bestimmt  
St. M. 14 60 - 639/44  
" ZUR KLAERUNG DER GEGEN SIE ERHOBENEN VORWUERFE BEURLAUBE  
ICH SIE MIT SOFORTIGER WIRKUNG UND UNTERSAGE IHNEN JEDE  
DIENSTLICHE TAETIGKEIT SOWIE DAS BETRETEN DER GESCHAEFTS-  
RAEUME DER EISENGEWERKSCHAFT WITKOWITZ."

WEITERE ENTSCHEIDUNGEN WERDE ICH ENTSPRECHEND UNSERER VEREINBARUNG  
ERST NACH MEINER UNTERREDUNG MIT IHNEN TREFFEN. =

PAUL PLEIGER + + + +

Fernschreibstelle

--	--	--

2 Blätter  
 Z. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

20313



Fernschreibname

Laufende Nr.

Angenommen:

Befördert:

Aufgenommen:

Datum: 19

Datum: 5/11 18 10 44

um:

um:

an:

von:

durch:

durch:

Rolle:

GEHEIM

I

GEHEIM

Vermerke:

== G E H E I M ==

Fernschreiben:

PP RBG

NR 58

517

- 1710 -

Posttelegramm:

von:

Fernspruch:

AN DEN DEUTSCHEN STAATSMINISTER FUER BOEHMEN UND MAEHRN

- OBERGRUPPENFUEHRER K. H. F R A N K P R A G .

Vermerke für Verfolgung vom Empfänger auszugehen

(Bestimmungsort)

SEHR GEEHRTER OBERGRUPPENFUEHRER .

NACHSTEHEND UBERMITTLE ICH IHNEN EINEN MIR SOEBEN

ZUGEGANGENEN BERICHT DES KREISLEITERS HEINZ, MAEHR.- OSTRAU

UEBER DIE GEGEN- WAERTIGEN VERHAELTNISSE IM EISENWERK

WIRKOWITZ. ICH NEHME AN, DASS DIE AUSFUEHRUNGEN DES

KREISLEITERS FUER IHRE BEABSICHTIGTE UNTERRUeNDUNG MIT DEMREIHMARSCHALL VON BEDEUTUNG SIND. " WIE BEREITS

TELEFONISCH VORANGEZEIGT, IST DIE BEKANNTE ANGELEN- HEIT

EISENWERK WITKOWITZ NUN AKUT GEWORDEN. STAATSRAT PG. DR.

PLEIGER FLOG UEBERRASCHEND V BERLIN NACH WITKOWITZ UND HATTE

MIT PG. GENERALDIREKTOR KUCHINKA EINE UNTERREDUNG. PG. ]

PLEIGER GAB ZU DEM ANTRAG DER HERMANN- GOERING- WERKE, AUF

Innerebers

78a  
EINSETZUNG VON DR. GUIDO SCHMIDT ALS VERMOEGENSVERWALTER UND  
GLEICHZEITIG ALS GEWERKSCHAFTS- VORSTAND, FOLGENDE ERGAENZENDE  
ERKLAERUNG AB: DR. SCHMIDT SOLL ALS GEWERKSCHAFTSVORSTAND DIE  
AUSLANDSANGELEGEHEITEN BEHAENDeln UND AUSWAERTIGE TOCHTER - ODER  
KONERNGESELLSCHAFTEN, SOWIE BETEILIGUNGEN BETREUEN, WAEHREND PG.  
KUCHINKA ALS LEITER DES UNTERNEHMENS DIE ROLLE EINES VORSITZERS  
DES VORSTANDES, ALS WELCHER ER ALLERDINGS NICHT MEHR IM BERGBUCH  
EINGETRAGEN BLEIBT, BEIBEHALTEN. PG. KUCHINA BLEIBEN UNTERSTELLT:  
ING. ROCHEL ALS TECHN. DIREKTOR      ING. AUGST ALS KAUFM.  
DIREKTOR BEIDE IN DER EIGENSCHAFT VON VORSTANDSMITGLIEDERN UND  
ALS DEREN STELLVERTRETER ING. HEGER UND DR. DOSTAL. IN  
WIRKLICHKEIT ABER SIEHT DIE SACHE JA DOCH ANDERS AUS, DA BEREITS  
WIE MIR PG. KUCHINKA MITTEILTE, VON DR. SCHMIDT VERANLASST WURDE,  
DASS TELEGRAMME MIT ANFRAGEN UEBER BESPReCHUNGEN USW. VON  
GENERAL- DIREKTOR RHEINLAENDER USW., AN DR. SCHMIDT GERICHTET  
WERDEN, OHNE DASS PG. KUCHINKA HIEVON KENNTNIS ERHAELT.  
DAS IST DER PRAKTISCHE TEIL UND PG. KUCHINKA HAT NUN, DIE ER  
MIR SAGTE, DIE NOTWENDIGEN GEGENTEILIGEN MASSNAHMEN ERGRIFFEN.  
EINE ARBEITSTEILUNG ZWISCHEN SCHMIDT UND KUCHINA MUESSTE IM  
UEBRIGEN ABER DIE EINSETZUNG DES ERSTEREN ALS GEWERKSCHAFTSVOR-  
STAND NICHT ZUR FOLGE HABEN, SONDERN WIRD DURCH DIESELBE, WIE DIE  
KURZEN BEISPIELE DER LETZTEN TAGE UND VORANGEFUEHRT, AUFZEIGEN,  
ERSCHWERT. STAATSSSEKRETAER KRON VERTRAT IN PRAG AUSSERDEM DEN  
STANDPUNKT, DASS DIE GLEICHZEITIGE BESETZUNG DER POSTEN VOM  
VERMOEGENSVERWALTER UND GEFOLGSCHAFTSVORSTAND DURCH EIN  
VORSTANDSMITGLIED DER HERMANN- GOERING- WERKE, UNVEREINBAR IST.  
WAS NUN DIE EINSETZUNG DES ING. AUGST ALS KAUFM. DIREKTOR ANBELANGT,  
MUSS DIE NSDAP DAZU ENTSCHEIDEN STELLUNG NEHMEN, WEIL SCHON DIE  
GERUECHTWEISE BESPReCHUNG DIESER VORGESEHENEN MASSNAHME GERADEZU  
EINE AUFRUHR UNTER DER DEUTSCHEN GEFOLGSCHAFT DES EISENWERKES  
WIT- KOWITZ HERVORGERUFEN HAT. ING. AUGST WAR BIS NACH DER  
BEFREIUNG DES BOEHM.- MAEHR. RAUMES NAEMLICH MIT EINER VOLLJUEDIN

Fernschreibstelle \_\_\_\_\_

*2. Blatt*

--	--	--

Fernschreibname \_\_\_\_\_

Laufende Nr. \_\_\_\_\_

Angenommen: \_\_\_\_\_

Befördert: \_\_\_\_\_

Aufgenommen: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ 19 \_\_\_\_\_

Datum: *27. 18. 1944* \_\_\_\_\_

um: \_\_\_\_\_

um: \_\_\_\_\_

an: \_\_\_\_\_

von: *Lebk* \_\_\_\_\_

durch: \_\_\_\_\_

durch: *Murk* \_\_\_\_\_

Rolle: \_\_\_\_\_

Vermerke: \_\_\_\_\_

Fernschreiben: \_\_\_\_\_

Posttelegramm: von: \_\_\_\_\_

Fernspruch: \_\_\_\_\_

VERHEIRATET UND WENN ER SICH AUCH VON IHR SCHEIDEN LIESS,  
SO LEBT ER DOCH IM GEMEINSAMEN HAUSHALT MIT SEINEN BEIDEN  
MINDERJAEHRIGEN SOEHNEN, WELCHE MISCH- LINGE ERSTEN GRADES  
UND PROTEKTORATSANGEHOERIGE SIND. SEINE JETZIGE FRAU WURDE  
UEBERDIES, WEIL SIE AUGST HEIRATETE UND PARTEIGENOSSIN WAR,  
AUS DER NSDAP AUSGESCHLOSSEN. ICH HALTE ES FUER NOTWENDIG,  
DEN STAATSMINISTER PG. K. H. FRANK VON DEM INHALT MEINES  
SCHREIBENS IN KENNTNIS ZU SETZEN. HEIL HITLER .

DER KREISLEITER ( HEINZ ) BEREICHSLEITER ."

HEIL H I T L E R

IHR GEZ. HERMANN NEUBURG +

*Lebk*  
*Lebk**10 19 3 44*

Unterschrift des Auftraggebers \_\_\_\_\_

Fernsprechanschluß des Auftraggebers \_\_\_\_\_

BU +++++

St. M. 2552

DTSTAATSMINPRAG

GOERINGSTAHLBLN

6.7.44

NR 19526

80  
18,31 UHR

= HERRN STAATSMINISTER FRANK =

ERBITTE MITTEILUNG, WANN ICH SIE AM 13. ODER 14. JULI IN  
PRAG AUFSUCHEN KANN. =

HEIL HITLER

IHR

PAUL PLEIGER +++++

DTSTAATSMINPRAG

GOERINGSTAHLBLN

BU +++++

St. M. TV M-634/44

# Der Oberlandrat

Inspekteur des Deutschen Staatsministers  
für Böhmen und Mähren  
in Mähr.-Ostrau

Nr. Tgb.Nr. I/965/44 g.  
Dr. Jo/Ge

81

Mähr.-Ostrau, den 4. Juli 1944.  
Steuer Rathaus  
Fernsprecher 23.45

**Geheim**

Ministeramt  
- 6. JULI 1944

An den

Herrn Deutschen Staatsminister  
für Böhmen und Mähren  
SS-Obergruppenführer K.H.Frank - persönlich  
in Prag.

Betrifft : Witkowitz Werke - laufende Berichterstattung.  
Anlagen : 1.

Nachdem Generaldirektor Kuchinka trotz der unangesagten, mit Benützung eines Flugzeuges durchgeführten Besuchsreise von Staatsrat Pleiger am 25.6. in seiner Ablehnung der Einsetzung Guido Schmidt's zum Gewerkschaftsvorstand fest geblieben war, erhielt er am 3.7. ein von Staatsrat Pleiger persönlich gezeichnetes Schreiben, dessen Abschrift in Anlage mit der Bitte um Kenntnissnahme beigelegt wird.

Das Schreiben geht offenbar auf Drängen von Guido Schmidt zurück, der in seiner bisherigen Tätigkeit in Witkowitz erkannt hat, wie wichtig für Generaldirektor Kuchinka die Mitarbeit des Syndikus Dr. Nowak ist. Dr. Nowak, der von manchen Seiten mit Vorsicht gewertet wird, ist ohne Zweifel auf dem Gebiet der Organisation und Konzernführung der weit- aus überlegene, führende Kopf in Witkowitz. Er ist der einzige, der die verschiedenen Beorgnisse der massgebenden Herren der Witkowitz Werke juristisch formulieren kann und die jeweils möglichen Konsequenzen erkennt. Das dürfte der Grund sein, um seine Entfernung aus Witkowitz zu verlangen. Es wird offenbar gehofft, dann das Gerüst für die Haltung des Generaldirektors beseitigt zu haben und weitere Schwierigkeiten bei der Einsetzung Guido Schmidt's sich zu ersparen.

Ein Nachgeben der Generaldirektion Witkowitz in dieser wichtigen Personalfrage würde weitgehenden weiteren Veränderungen im Rahmen der leitenden Beamtenschaft Tür und Tor öffnen. Wie gefährlich derartige Erschütterungen im gegenwärtigen Augenblick wären, wurde bereits im letzten Bericht

unter Hinweis

St. M. IV M-63 10/44 g

unter Hinweis auf festgestellte Gerüchtebildung in der tschechischen Belegschaft beleuchtet.

Generaldirektor Kuchinka beabsichtigt, nach Rücksprache mit Ministerialrat Krieser und dem Oberlandrat, auf die Verfügung des Staatsrates Pleiger ungefähr in dem Sinne zu antworten, dass er feststellt, Dr. Nowak gehöre ohne Zweifel zu den führenden und politisch bedeutungsvollen Persönlichkeiten in Witkowitz, Nachdem die Hermann Göring- Werke bei Abschluss des Betriebsführungsvertrages ausdrücklich eine Verpflichtung eingegangen sind, vor jeder wichtigen personellen Änderung, die politische Auswirkungen haben könnte, die Zustimmung des Herrn Deutschen Staatsministers für Böhmen und Mähren einzuholen, im vorliegenden Fall eine derartige Zustimmung aber noch nicht eingeholt sei, müsse er diese Erklärung des Herrn Deutschen Staatsministers abwarten, bevor er auf den Wunsch des Staatsrat Pleiger eingehen könne. Kuchinka will noch hinzufügen, dass ihm seit Abschluss des Betriebsführungsvertrages verschiedentlich bekannt geworden ist, dass der Herr Deutsche Staatsminister sich tatsächlich seiner Rechte auf Einschaltung bei wichtigen personellen oder politischen Veränderungen in Witkowitz bedienen will. Er müsse daher auf diese Vereinbarung zwischen Hermann Göring- Werken und Deutschem Staatsministerium Rücksicht nehmen.

Bei dieser Gelegenheit darf auf Grund der Erfahrungen im Ostrauer Raum neuerlich darauf hingewiesen werden, dass die ständigen Bemühungen der Hermann Göring-Werke weitgehend personelle und strukturelle Änderungen in der Leitung der Witkowitz Werke herbeizuführen, leider nur allzu sicher zu politischer Beunruhigung der tschechischen Gefolgschaft führen werden. Dieses Vorgehen, das durch keinerlei rüstungsfördernde Gesichtspunkte bedingt ist, muss mit der Zeit zu einer schweren politischen Schädigung führen. In diesem Zeitpunkt des Krieges müssen alle Kräfte zur Rüstungsförderung eingesetzt werden. Selbst wenn daher die Position der Hermann Göring- Werke in Witkowitz rechtlich als herrschend angesehen werden könnte, was bei der gegebenen Sachlage nicht der Fall ist, muss die Berücksichtigung der produktionsmässigen

20310



onsmässigen

onsmässigen und politischen Gegebenheit dieses Raumes gefordert werden.

Es wird übrigens hier bezweifelt, dass Staatsrat Krohn die im anliegenden Schreiben von Staatsrat Pleiger erwähnte Zustimmung zu der Entriernung des Syndikus Dr. Nowak bereits gegeben hat.

Ich bitte um Kenntnissnahme.

*[Handwritten signature]*

44. Oberführer Gerke 8 VII. 1944

gegen Entlassung aus dem Dienst.

Ich sehe mich bei 44. O. mit dem Inhalt einverstanden.

Jedenfalls aus dem Grunde aus

Ministeramt  
-8. JULI 1944

Gf. Abfuhr mittels gem. 6/ 44

by letter in accordance with the

Wortlaut.

*[Handwritten signature]*  
8. VII. 1944

Berlin -Halensee, den 29. Juni 1944.  
Albrecht Achilles- Strasse 50/4

Herrn

Generaldirektor Ing. Karl Kuchinka

M.Ostrau lo.

Betrifft : Beurlaubung des Herrn Dr. Leopold Nowak, Prokurist  
der Witk.- Bergbau - und Eisenhütten- Gew.

Sehr geehrter Herr Kuchinka !

Ich ersuche Sie hiermit, den Prokuristen Dr. Leopold Nowak nach Erhalt dieses Briefes unverzüglich zu beurlauben und zu veranlassen, dass Herr Dr. Nowak von derselben Stunde ab das Witkowitz Eisenwerk nicht mehr betritt. Ich behalte mir weitere Massnahmen in diesem Zusammenhange vor und bitte Sie, Herrn Dr. Zänkel zu beauftragen, das Büro des Herrn Dr. Nowak zwischenzeitlich zu führen, bis die Frage der Neubesetzung geklärt ist, und dafür zu sorgen, dass keinerlei Dokumente welcher Art immer ohne Kenntnis des Herrn Dr. Zänkel aus dem Rechtsbüro entfernt werden. Herr Dr. Zänkel ist mir für die ordentliche Durchführung dieses Auftrages persönlich verantwortlich.

Wenn ich mich zu dieser Massnahme entschlossen habe, so haben mich schwerwiegende Gründe dazu bewogen. Ich bitte Sie daher, von jedem Versuch, die Sache hinauszuschieben oder gar umzustossen, Abstand zu nehmen. Nicht nur aus Kreisen des Eisenwerkes Witkowitz selbst, sondern auch aus meinen eigenen Mitarbeiterkreisen sind immer wieder ernste Beschwerden über Herrn Dr. Nowak an mich gelangt. Ich habe trotzdem die Entscheidung, die ich heute treffen musste, immer wieder hinausgeschoben, um Ihrem Mitarbeiter noch eine Chance zu geben. Herr Dr. Nowak hat sich aber gerade in der letzten Zeit wiederholt gegen seine Pflichten in schwerster Weise insbesondere dadurch vergangen, dass er in tendenziöser Weise den Feindkommissar, den Vermögensverwalter und auch aussenstehende Persönlichkeiten der Wirtschaft falsch unterrichtet hat, wie überhaupt seine gesamte Einstellung gegenüber den Reichswerken

" Hermann Göring "

82a

"Hermann Göring." als betriebsführenden Konzern sich immer wieder als eine durchaus feindliche erwies. Ich brauche zur Illustration keine Einzelfälle heranzuziehen, deren ich zahlreiche an der Hand habe. Es muss nun ein für alle Male im Eisenwerk Witkowitz klargestellt werden, dass ich im Interesse der Steigerung der Leistung des Eisenwerkes Witkowitz für die Kriegsproduktion an der loyalen Zusammenarbeit zwischen den Reichswerken "Hermann Göring " und dem Eisenwerk Witkowitz durch niemanden rütteln lasse. Wir können uns im fünften Kriegsjahr derartige Störungen von verantwortungslosen Elementen nicht erlauben.

Schliesslich füge ich noch hinzu, dass Herr Staatssekretär Krohn zu dieser Massnahme bereits seine Zustimmung erteilt hat. Ich bitte Sie, mich von der vollzogenen Durchführung dieser Anordnung unverzüglich zu unterrichten.

Heil Hitler !  
gez. Paul Pleiger.



20338

Fernschreibstelle \_\_\_\_\_

--	--	--

Bl. Staatsmin. 241

Fernschreibname \_\_\_\_\_

Laufende Nr. \_\_\_\_\_

Angenommen: \_\_\_\_\_

Befördert: \_\_\_\_\_

Aufgenommen: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ 19 \_\_\_\_\_

Datum: 6/7 19 44

um: \_\_\_\_\_

um: 12 45

an: \_\_\_\_\_

von: Weim (Mpg) Dr.

durch: \_\_\_\_\_

durch: \_\_\_\_\_

Rolle: \_\_\_\_\_

Vermerke: \_\_\_\_\_

Fernschreiben: \_\_\_\_\_

KR ASIEN 726 6/7 1230 = \_\_\_\_\_

Posttelegramm: \_\_\_\_\_

Fernspruch: \_\_\_\_\_

AN HERRN STAATSMINISTER FRANK, P R A G , DEUTSCHES

STAATSMINISTERIUM = \_\_\_\_\_

Vermerke zur Besorgung vom Absender auszufüllen

(Bestimmungsort)

SEHR GEEHRTER HERR STAATSMINISTER.- DER HERR REICHSMARSCHALL  
 HAT IHR FERNSCHREIBEN ZUR KENNTNIS GENOMMEN UND ENTSCIEDEN,  
 DASZ SIE DIESE ANGELEGENHEIT MIT HERARI ATSRAT PLEIGER  
 BESPRECHEN MOECHTEN.=

HEIL HITLER.- IHR DR. ING. GOERNNERT, MIN.-DIRIGENT  
 U. PERSOENLICHER REFERENT DES REICHSMARSCHALLS DES

GROSZDEUTSCHEN REICHES ++

der Absender

6/7 44

Unterschrift des Auftraggebers \_\_\_\_\_

Fernsprechanschluß des Auftraggebers \_\_\_\_\_

3139

Prag, den 5. Juli 1944. 2/44

FS:

An den  
Chef der Sicherheitspolizei und des SD,  
W-Obergruppenführer und General der Polizei  
Dr.Kaltenbrunner,  
B e r l i n SW 11,  
Prinz Albrecht Straße 8.

Betr.: Witkowitz Werke - Dr.Guido Schmidt, Berlin.

Ich bitte nochmals um die Beantwortung meines Fernschreibens vom 13.5.d.Js. - Nr. 2068. Ich habe in den nächsten Tagen eine Besprechung mit Staatsrat Pleiger und lege außerordentlichen Wert darauf, vor der Besprechung die dort. Stellungnahme zu erhalten.

H e i l H i t l e r !

gez. F r a n k ,

W-Obergruppenführer.

Die Reichsleiter  
beförderung: 3139  
am 5/7 in 2155 U  
Dt. Staatsmin. Richard

2200 EINS BERLIN NUE RIEDEL+

St.M. IV M - 63 o/44g.

Prag, den 5. Juli 1944.

M  
-5. VII. 1944

1.)

FS:

An den

Chef der Sicherheitspolizei und des SD,  
 W-Obergruppenführer und General der Polizei  
 Dr. Kaltenbrunner,  
 B e r l i n S W 11,  
 Prinz Albrecht Straße 8.

Betr.: Witkowitz Werke - Dr. Guido Schmidt, Berlin.

Ich bitte nochmals um die Beantwortung meines Fernschreibens vom 13.5.d.Js. - Nr. 2068. Ich habe in den nächsten Tagen eine Besprechung mit Staatsrat Pleiger und lege außerordentlichen Wert darauf, vor der Besprechung die dort. Stellungnahme zu erhalten.

H e i l H i t l e r !

gez. F r a n k ,

W-Obergruppenführer.



58802

2.) Zum Vorgang.

Berlin-Halensee, den 29. Juni 1944.  
Albrecht-Achilles-Str.60/4

Herrn

Generaldirektor Ing.Karl K u c h i n k a

Mähr.-Ostrau 10.

Betrifft: Beurlaubung des Herrn Dr. Leopold N o w a k,  
Prokurist der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-  
Gewerkschaft.

Sehr geehrter Herr Kuchinka!

Ich ersuche Sie hiermit, den Prokuristen Dr.Leopold N o w a k nach Erhalt dieses Briefes unverzüglich zu beur-  
lauben und zu veranlassen, daß Herr Dr. Nowak von derselben  
Stunde ab das Witkowitz Eisenwerk nicht mehr betritt. Ich  
behalte mir weitere Maßnahmen in diesem Zusammenhange vor  
und bitte Sie, Herrn Dr. Zänkel zu beauftragen, das Büro  
des Herrn Dr. Nowak zwischenzeitlich zu führen, bis die Fra-  
ge der Neubesetzung geklärt ist, und dafür zu sorgen, daß  
keinerlei Dokumente welcher Art immer ohne Kenntnis des  
Herrn Dr. Zänkel aus dem Rechtsbüro entfernt werden. Herr  
Dr. Zänkel ist mir für die ordentliche Durchführung dieses  
Auftrages persönlich verantwortlich.

Wenn ich mich zu dieser Maßnahme entschlossen ha-  
be, so haben mich schwerwiegende Gründe dazu bewogen. Ich  
bitte Sie daher, von jedem Versuche, die Sache hinauszuschie-  
ben oder gar umzustoßen, Abstand zu nehmen. Nicht nur aus  
Kreisen des Eisenwerks Witkowitz selbst, sondern auch aus  
meinen eigenen Mitarbeiterkreisen sind immer wieder ernste  
Beschwerden über Herrn Dr. Nowak an mich gelangt. Ich habe  
trotzdem die Entscheidung, die ich heute treffen mußte,  
immer wieder hinausgeschoben, um Ihrem Mitarbeiter noch  
eine Chance zu geben. Herr Dr. Nowak hat sich aber gerade  
in letzter Zeit wiederholt gegen seine Pflichten in schwer-

ster Weise

ster Weise insbesondere dadurch vergangen, daß er in tendenziöser Weise den Feindkommissar, den Vermögensverwalter und auch außenstehende Persönlichkeiten der Wirtschaft falsch unterrichtet hat, wie überhaupt seine gesamte Einstellung gegenüber den Reichswerken "Hermann Göring" als betriebsführenden Konzern sich immer wieder als eine durchaus feindliche erwies. Ich brauche zur Illustration keine Einzelfälle herauszuziehen, deren ich zahlreiche an der Hand habe. Es muß nun ein für alle Male im Eisenwerk Witkowitz klargestellt werden, daß ich im Interesse der Steigerung der Leistung des Eisenwerks Witkowitz für die Kriegsproduktion an der loyalen Zusammenarbeit zwischen den Reichswerken "Hermann Göring" und dem Eisenwerk Witkowitz durch niemanden rütteln lasse. Wir können uns im fünften Kriegsjahr derartige Störungen von verantwortungslosen Elementen nicht erlauben.

Schließlich füge ich noch hinzu, daß Herr Staatssekretär Krohn zu dieser Maßnahme bereits seine Zustimmung erteilt hat. Ich bitte Sie, mich von der vollzogenen Durchführung dieser Anordnung unverzüglich zu unterrichten.

Heil Hitler!  
gez. Paul Pleiger



58802

Prag, den 4. Juli 1944.

aufgegeben am 4.7.44, 17.10 Uhr.  
S.H.

1.) Telegramm:

Staatsrat Pleiger,  
Hermann Göring Werke,  
B e r l i n .

Termin ab Mittwoch, den 12.7.d.Js., jederzeit möglich.  
Erbitten Angabe, wann Sie eintreffen.

gez. F r a n k.

2.) Zum Vorgang.

026

Telegramm

Deutsche Reichspost

926 BERLIN T 25 3 1830

90

aus

Aufgenommen

Tag: Monat: Jahr: Zeit:

= HERRN REICHSMINISTER FRANK

Tag: Übermittelt  
Zeit:

von: durch:

IN PRAG :

an: durch:

Amt

*Beim Reichsmarschall  
für Prag*

= ERHALTE UEBER STAATSRAT GRITZBACH VOM REICHSMARSCHALL

DIE ANORDNUNG MICH MIT IHNEN IN VERBINDUNG ZU

SETZEN ERBITTE ANGABE EINES TERMINS = PLEIGER STAATSRAT +=

Für dienstliche Rückfragen

St.M. IV M - 63 1/44.

3038

Prag, den 27. Juni 1944.

W. 50

28/6 0915 NR 3038 (39ZL) RVST BLN/ ÄLBRECHT +

FS:

An Herrn  
General der Flieger Bodenschatz,  
B e r l i n ,  
Reichsluftfahrtministerium.

Lieber Parteigenosse Bodenschatz !

Bei der fernmündlichen Unterredung am 26.6.d.Js. haben Sie mir davon Kenntnis gegeben, daß der Herr Reichsmarschall an der Person des Ministers a.D. Dr.Schmidt nicht in dem Sinne Interesse nimmt, daß dieser eine führende Position in der Witkowitzer Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft erhalten solle. Die erste führende Position würde aber die von Dr.Schmidt angestrebte Tätigkeit als Verwalter mit den Befugnissen der Werksdirektion (Vertretungsverwalter) darstellen. Ich würde demgegenüber keine Bedenken tragen, wenn Schmidt als Vertrauensmann der Hermann Göring-Werke zum "Aufsichtsverwalter" bei der Witkowitzer Gewerkschaft bestellt würde. Schmidt würde in diesem Falle nur dieselbe Funktion wahrnehmen, die Rechtsanwalt Dr.Möhring bis zu seinem Verzicht ausgeübt hat. Meines Erachtens besteht keinerlei Veranlassung, die Rechte des "Verwalters" bei der Gewerkschaft zu Lasten der Werksdirektion zu erweitern. Es ist vielmehr gerade im jetzigen Zeitpunkt dringendst erwünscht, daß in dem Unternehmen, das in einer allseits anerkannten Weise seinen kriegswirtschaftlichen Aufgaben voll gerecht wird, eine Änderung nicht eintritt, sondern daß dort mit möglichster Stetigkeit gearbeitet werden kann. Aus diesem Grunde wäre auch eine baldige Verfügung des Reichs-

kommissars Staatssekretär Dr.Krohn, mit dem ich mich darüber einig weiss und dem ich Durchschrift dieses Fernschreibens zugehen lasse, geboten. Für die möglichst beschleunigte Mitteilung der Auffassung des Herrn Reichsmarschalls wäre ich dankbar und bestätige abschliessend, daß es absprachegemäß vorläufig eines Empfangs bei dem Herrn Reichsmarschall nicht bedarf.

Reichsminister

Heil Hitler !

Ihr

Lieber Parteigenosse Hochachtung !

Frankl. In der letzten Unterredung am 28.8.41, haben Sie mir davon Kenntnis gegeben, daß der Herr Reichsmarschall an der Person des Ministers u. d. Dr. Schmidt nicht in dem Sinne Interesse nimmt, daß dieser eine leitende Position in der Reichsregierung einnimmt. Ich habe Sie gebittet, Sie zu ersuchen, die erste Unterredung mit dem von Dr. Schmidt angebotenen Kandidaten (Herrn Dr. Schmidt) der Reichsregierung der Reichsregierung zu stellen. Ich würde demnach gerne als Vertreter der Reichsregierung bei der Reichsregierung "Anspruchverleiher" bei der Reichsregierung gestellt werden. Schmidt würde in diesem Falle nur dieselbe Funktion wahrnehmen, die Reichsmarschall Dr. Schmidt bei seinen Vereinen ausgeübt hat. Hohes Interesse bei der Reichsregierung, die Rechte des "Verleiher" bei der Reichsregierung zu erweitern. Ich bitte Sie, im letzten Zeitpunkt einzuwirken, wenn Sie dem Unternehmen, das in einer ähnlichen Form erachtet werden sollte, nicht einverstanden sind. Ich bitte Sie, eine Antwort nicht einzufügen, sondern das Wort mit möglichst bester Kraft bearbeitet werden kann. Ich bitte Sie, wenn eine solche Verfügung des Reichs-

Handwritten signature and stamp area with illegible text.



20330

St.M. IV M - 63 1/44.

Prag, den 27. Juni 1944.

27. VI. 44

1.) FS:

An Herrn  
 General der Flieger Bodenschutz,  
B e r l i n ,  
 Reichsluftfahrtministerium.

Lieber Parteigenosse Bodenschutz !

Bei der fernmündlichen Unterredung am 26.6.d.Js. haben Sie mir davon Kenntnis gegeben, daß der Herr Reichsmarschall an der Person des Ministers a.D. Dr.Schmidt nicht in dem Sinne Interesse nimmt, daß dieser eine führende Position in der Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft erhalten solle. Die erste führende Position würde aber die von Dr.Schmidt angestrebte Tätigkeit als Verwalter mit den Befugnissen der Werksdirektion (Vertretungsverwalter) darstellen. Ich würde demgegenüber keine Bedenken tragen, wenn Schmidt als Vertrauensmann der Hermann Göring-Werke zum "Aufsichtsverwalter" bei der Witkowitz Gewerkschaft bestellt würde. Schmidt würde in diesem Falle nur dieselbe Funktion wahrnehmen, die Rechtsanwalt Dr.Möhring bis zu seinem Verzicht ausgeübt hat. Meines Erachtens besteht keinerlei Veranlassung, die Rechte des "Verwalters" bei der Gewerkschaft zu Lasten der Werksdirektion zu erweitern. Es ist vielmehr gerade im jetzigen Zeitpunkt dringendst erwünscht, daß in dem Unternehmen, das in einer allseits anerkannten Weise seinen kriegswirtschaftlichen Aufgaben voll gerecht wird, eine Änderung nicht eintritt, sondern daß dort mit möglichster Stetigkeit gearbeitet werden kann. Aus diesem Grunde wäre auch eine baldige Verfügung des Reichs-

kommissars Staatssekretär Dr.Krohn, mit dem ich mich darüber einig weiss und dem ich Durchschrift dieses Fernschreibens zugehen lasse, geboten. Für die möglichst beschleunigte Mitteilung der Auffassung des Herrn Reichsmarschalls wäre ich dankbar und bestätige abschliessend, daß es absprachegemäß vorläufig eines Empfangs bei dem Herrn Reichsmarschall nicht bedarf.

Heil Hitler !

Ihr

gez. Frank .

27. 11. 44  
27. 11. 44

2.) Durchschrift an  
den Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Herrn Staatssekretär Dr.Krohn,  
Berlin W 8,  
Mauerstrasse 43,

zur Kenntnis.

77  
3.) Wv. am 27. 11. 1944 bei mir.

Uebervorgelegt am 28. 11. 44

25805

Ministeramt  
Prag: 29. JUNI 1944

An den  
Deutschen Staatsminister  
für Böhmen und Mähren,  
SS-Obergruppenführer K.H. Frank,  
Prag.  
Czerninpalais.

Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Aufgrund meiner kürzlichen Besprechungen mit Herrn Staatssekretär Krohn habe ich seinem Wunsche entsprechend meine Stellungnahme zur Neugestaltung der Verwaltung der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft näher ausgeführt.

Desgleichen habe ich die bisherigen Auswirkungen des Betriebsführungsvertrages zwischen der Gewerkschaft und den "Hermann Göring"-Werken schriftlich zusammengefasst.

Ich erlaube mir, Ihnen in der Anlage Abschriften dieser beiden Eingaben zu überreichen und bitte Sie weiterhin um die Unterstützung meiner Vorschläge.

*Kenntnisse meines Sta.*

*Kenntnisse!*

*29 6 44*

Heil Hitler!  
Ihr sehr ergebener

*K. Kuchinka*

*11/2*

Anlagen.

N.S.

Am 25.d.M. fand ein Besuch des Herrn Staatsrat Pleiger in Witkowitz statt, wobei auch die Frage der Verwaltung der Witkowitz Gewerkschaft erörtert wurde. Ueber die Ausführungen des Herrn Pleiger habe ich die beigefügte Aktennotiz verfasst. An meiner Stellungnahme ändert sich dadurch nichts.

Eintrag

10

71 & 44

Handwritten notes and a large slash mark.

Faint, mostly illegible text, possibly bleed-through from the reverse side of the page.

20327



Faint text at the bottom of the page, likely bleed-through or very light handwriting.

A k t e n n o t i z .

Besprechung zwischen Staatsrat Pleiger und Gen. Dir. Kuchinka  
am 25. VI. in Witkowitz.

Ersterer gab zu dem Antrag der H.G. Werke auf Einsetzung von  
Dr. G. Schmidt als Vermögensverwalter und gleichzeitig als Ge-  
werkschaftsvorstand folgende Ergänzung:

Dr. G. Schmidt soll als Gewerkschaftsvorstand die Auslandsange-  
legenheiten behandeln und auswärtige Tochter- oder Konzerngesell-  
schaften sowie Beteiligungen betreuen. Gen. Dir. Kuchinka hat als  
Leiter des Unternehmens die Rolle eines Vorsitzers des Vorstan-  
des, als welcher er allerdings nicht mehr im Bergbuch einge-  
tragen bleibt. Ihm sind unterstellt:

Ing. Rochel

Ing. Augst

als techn. Direktor

als kaufm. Direktor

beide in der Eigenschaft von Vorstandsmitgliedern  
und als deren Stellvertreter

Ing. Heger

Dr. Dostal

58802

Der Gewerkschaftsvorstand.

Vertraulich!

An den

Reichskommissar für die Behandlung  
feindlichen Vermögens,

B e r l i n S W 11

Möckernstrasse 128/130.

Betrifft: Neugestaltung der  
Verwaltung.

Zu den kürzlich mit Ihnen erörterten Alternativen für die Neugestaltung der Verwaltung der Witkowitz'er Gewerkschaft erlaube ich mir, folgende Betrachtungen vorzunehmen:

- 1./ Wenn die Möglichkeit bestehen sollte, den Betriebsführungsvertrag aufzulösen und eine weitere Verbindung zwischen der Witkowitz'er Gewerkschaft und den "Hermann Göring"-Werken aus triftigen Gründen aufrecht erhalten werden müßte, so würde ich vorschlagen, dass der frühere Zustand vor Abschluss des Betriebsführungsvertrages wieder hergestellt werde, wonach die Feindvermögensverwaltung auf ein mehrgliedriges Kollegium übertragen und diesem die Rechte des Gewerkes und Aufsichtsrates eingeräumt werden würden. Durch eine entsprechende Geschäftsordnung würde sich der Verkehr zwischen dem Gewerkschaftsvorstande und diesem Kollegium nach aktienrechtlichen Grundsätzen gestalten lassen. Der Einfluss der "Hermann Göring"-Werke würde durch Einschaltung ihrer Vertreter im Aufsichtsrate und Gewerkes genügt hergestellt sein. Diese Einrichtung hat sich mehrere Jahre ausgezeichnet bewährt. Dadurch war eine reibungslose und ungestörte Entwicklung der

./.

Witkowitzter Gewerkschaft ohne Einmischung des gesamten bürokratischen Apparats der "Hermann Göring"-Werke möglich.

- 2./ Sollte der Betriebsführungsvertrag jedoch nicht aufgelöst werden können, so erweist es sich als notwendig und zweckmässig, mir die Feindvermögensverwaltung zu übertragen, wodurch meine Stellung als Gewerkschaftsvorstand gegenüber den "Hermann Göring"-Werken wesentlich gefestigt werden würde.

Dadurch würde ich stets die Möglichkeit haben, den gegen die Interessen der Gewerkschaft gerichteten Anordnungen der "Hermann-Göring"-Werke einen Riegel vorzuschieben und die Durchführung solcher Anordnungen unter Berufung auf die Satzung der Gewerkschaft und die Vorschriften über die Verwaltung feindlichen Vermögens hinten zu halten.

Diese Lösung hätte auch gegenüber den weiteren Alternativen die grössten praktischen Vorteile. Insbesondere hat es sich bisher gezeigt, dass die mit der Feindvermögensverwaltung verbundenen Arbeiten, Berichte und Anträge ohnehin durch mich und meine Mitarbeiter geleistet werden müssen, so dass die Einschaltung eines besonderen Feindvermögensverwalters nur eine Formalität war, die sich als beachtliche Mehrbelastung der ohnehin stark in Anspruch genommenen Arbeitskräfte ohne nennenswerten praktischen Nutzen erwiesen hat.

Dem gegenüber würde der unmittelbare Verkehr zwischen mir und Ihnen sowie dem Beirat grosse praktische Vorteile bieten und eine reibungslose, jede Mehrarbeit ausschliessende Funktion der Feindvermögensverwaltung gewährleisten.

- 3./ Wenn keine der beiden ersten Alternativen infrage kommen würde, so würde noch darin eine praktische Lösung zu erblicken sein, wenn die Feindvermögensverwaltung einem neutralen Verwalter übertragen werden würde, wobei es bei der bisherigen Trennung der Funktion des Gewerkschaftsvorstandes von der Feindvermögensverwaltung verbleiben würde. Zweckmässig wäre es, die Verwaltung mehreren Personen zu übertragen, um das Gewicht gegenüber den "Hermann Göring"-Werken zu stärken. Für den Fall, dass diese Lösung in Betracht gezogen werden würde, so könnte ich geeignete Personen für die Ver-

An den Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Berlin.

waltung namhaft machen, welche unbedingte Objektivität gewährleisten. Diese Lösung hätte aber nicht die Vorteile der unter Punkt 2./ angeführten Alternativen. Immerhin ist sie jedoch den weiteren Möglichkeiten vorzuziehen.

- 4./ Dem gegenüber bietet die Verbindung der Funktion des Gewerkschaftsvorstandes und der Feindvermögensverwaltung in der Person eines neutralen Verwalters, wobei mir dann die in der Satzung der Gewerkschaft vorgesehene Funktion des Generaldirektors verliehen werden würde, keine praktischen Vorteile. Die unmittelbare Führung der Gewerkschaft würde dadurch an Schlagkraft verlieren und es würde eines komplizierten Reglements bedürfen, um die Einschaltung des Gewerkschaftsvorstandes überhaupt sicherzustellen, da ich den Einfluss der "Hermann-Göring"-Werke aufgrund des Betriebsführungsvertrages total ausgeliefert sein würde.

Das Gleiche gilt dann, wenn die Lösung in der Weise erfolgen würde, dass ich als Gewerkschaftsvorstand mit der Feindvermögensverwaltung betraut, jedoch ein weiterer Generaldirektor bestellt werden sollte.

- 5./ Unbedingt abzulehnen ist die im Antrage der "Hermann Göring"-Werke vorgesehene Lösung, wonach ihr Vorstandsmitglied Dr. Schmidt zum Feindvermögensverwalter bestellt werden soll. Dadurch würde allen Gefahren für die Gewerkschaft Tür und Tor geöffnet werden.

Undiskutabel ist ferner die ausserdem beantragte Verbindung der Feindvermögensverwaltung und des Gewerkschaftsvorstandes in der Person des Dr. Schmidt.

- 6./ Selbst wenn Dr. Schmidt aus dem Vorstand der "Hermann Göring"-Werke austreten sollte, um die Stelle des Gewerkschaftsvorstan-

des und Feindvermögensverwalters der Witkowitzter Gewerkschaft zu übernehmen, so könnte ich darin keine für mich tragbare Lösung erblicken.

Ich stehe Ihnen gerne zu den weiteren Erörterungen zur Verfügung und bitte um Ihren Bescheid, wann und wo dieselben stattfinden könnten.

*Külinka*



30355

DER GEWERKSCHAFTSVORSTAND

Vertraulich!

An den

Reichskommissar für die Behandlung  
feindlichen Vermögens,B e r l i n SW 11,  
Möckernstrasse 128/130.Betrifft: Betriebsführungsvertrag mit  
den "Hermann Göring"-Werken.

Unter Bezugnahme auf meine mündlichen Darlegungen fasse ich Ihren Wünsche entsprechend die bisherigen Auswirkungen des Betriebsführungsvertrages zwischen der Witkowitz Gewerkschaft und den "Hermann Göring"-Werken wie folgt zusammen:

Die Witkowitz Gewerkschaft hat ihre gesamten Leistungen bisher mit eigenen personellen und materiellen Kräften hervorgebracht. Die "Hermann Göring"-Werke haben hierzu in keiner Weise positiv beigetragen. Die zur Motivierung und Begründung des Betriebsführungsvertrages verwendeten Argumente treffen nicht zu. Für jeden, der die Verhältnisse kennt, ist es auch klar, dass die "Hermann Göring"-Werke weder personell noch materiell zu einer nennenswerten Leistung für die Witkowitz Gewerkschaft in der Lage sind. Von positiven Auswirkungen des Betriebsführungsvertrages kann daher, kurz gesagt, keine Rede sein.

Hingegen fühle ich mich verpflichtet, bereits jetzt anhand einiger konkreter Fälle auf die grossen Gefahren hinzuweisen, die der Betriebsführungsvertrag für die Integrität der Gewerkschaft und ihrer Interessen bedeutet. Bereits in der vor Abschluss des Betriebsführungsvertrages abgehaltenen Beiratsitzung wurde seitens des Herrn Oberlandrates Dr. Jonak auf diese Gefahren hingewiesen. Ich verweise

./.

auf seine Stellungnahme, welche der Niederschrift über die 1. Beiratssitzung beigelegt ist. Die darin aufgezeigten Auswirkungen des Betriebsführungsvertrages sind inzwischen voll und ganz eingetreten.

Die "Hermann Göring"-Werke sind nach dem Betriebsführungsvertrage sowohl an die Beachtung der Satzung als auch der Vorschriften über die Verwaltung feindlichen Vermögens hinsichtlich der Vornahme bestimmter Rechtsgeschäfte und Massnahmen gebunden. Wie Ihnen bekannt ist, wurde mit 1. Mai 1944 der Verkauf und der Rohstoffeinkauf der Gewerkschaft von der HGW-Stahl G.m.b.H. übernommen. Seither werden die Erzeugnisse der Gewerkschaft nicht mehr von ihr selbst verkauft, wird das Inkasso nicht mehr von der Gewerkschaft selbst besorgt, seither fliessen die Erlöse nicht mehr der Gewerkschaft unmittelbar zu, ebenso kauft die Gewerkschaft ihre Rohstoffe wie Erze, Metalle, Schrott u.s.w. nicht mehr selbst ein. Sämtlichen behördlichen Stellen und Kunden des In- und Auslandes ist diese Aenderung bereits bekanntgegeben worden. Ohne Zweifel handelt es sich um eine organisatorische Massnahme, die für die Gewerkschaft von unabschbaren Folgen begleitet und für ihren weiteren Bestand von höchster Bedeutung ist.

Ich habe daher die "Hermann Göring"-Werke rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass zu einer solchen Massnahme nicht nur der Feindvermögensverwalter nach Anhörung des Beirates zustimmen müsste, sondern dass auch Ihre Genehmigung im Einvernehmen mit Herrn Staatsminister Frank, der sich zu allen wesentlichen Vorgängen der Gewerkschaft seine Stellungnahme vorbehalten hat, notwendig ist.

Ferner habe ich stets darauf hingewiesen, dass zunächst die rechtlichen Grundlagen für eine solche Massnahme geklärt und die materiellen Auswirkungen geprüft werden müssen. Trotz meiner mündlichen und schriftlichen Vorstellungen wurde dennoch diese Massnahme ab 1. Mai 1944 in Wirksamkeit gesetzt, nachdem mir durch die "Hermann-Göring"-Werke mitgeteilt worden war, dass alle Genehmigungen von den "Hermann Göring"-Werken selbst bereits besorgt worden sind. Nach mehreren Wochen hat sich dann herausgestellt, dass diese Genehmigungen nicht vorliegen, ja nicht einmal die notwendigen Anträge eingebracht worden sind.

Abgesehen davon, dass es im entscheidenden Kriegsjahr vollkommen verkehrt ist, so tief eingreifende Veränderungen vorzunehmen, durch welche der Aufbau eines

An den Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Berlin.

Unternehmens, der sich jahrzehntelang bewährt hat, und stets seinen Aufgaben voll und ganz gewachsen war, zerstört wird und das Unternehmen, welches weitab von Berlin gelegen ist, in seinen geschäftlichen Vorgängen in stärkste Abhängigkeit von einer Zentralstelle in Berlin gesetzt wird, ist es vom Standpunkte der Verwaltung feindlichen Vermögens ausserordentlich gefährlich, derart weittragende Massnahmen zu treffen, die infolge ihrer Bekanntgabe an alle Kunden im Auslande, insbesondere auch nach Schweden, der Schweiz und der Türkei, der Feindseite nicht verborgen bleiben. Ausserdem ist die Schaffung von faits accomplis von solcher Tragweite weder für die Gewerkschaft noch für Sie und Herrn Staatsminister Frank tragbar. Alle diese Momente und viele andere Faktoren hätten vor der Durchführung der Massnahme geprüft werden müssen.

Es ist kaum fassbar, dass der Verkauf der Erzeugnisse der Witkowitz Gewerkschaft seit dem 1. Mai 1944 und der Einkauf der von ihr benötigten Rohstoffe von der HGW-Stahl G.m.b.H. vorgenommen wird, ohne dass zwischen dieser Firma und der Gewerkschaft irgendein Abkommen oder eine sonstige Regelung bestehen würde. Da die Gewerkschaft nach aussen insbesondere auf dem Verkaufs- und Einkaufsgebiete in Erscheinung tritt, verschwindet durch den Verlust dieser Geschäftszweige der Name der Gewerkschaft fast gänzlich.

Ferner habe ich mich bemüht, die Leitung der Geschäftsstelle der HGW-Stahl G.m.b.H. in die Hand zu bekommen, um wenigstens eine personelle Verbindung herzustellen und die Führung der für die HGW-Stahl tätigen Gefolgschaftsmitglieder der bisherigen Zentralverkaufs- und Einkaufsabteilung der Gewerkschaft weiterhin ausüben zu können.

Meiner Wunsch wurde jedoch nicht Rechnung getragen und mein daraufhin eingebrachter Protest abgewiesen. Somit bin ich rechtlich nicht mehr in der Lage, auf den Verkauf der Erzeugnisse der Witkowitz Gewerkschaft und den Einkauf der Rohstoffe einen Einfluss auszuüben sowie die hierbei tätigen Gefolgschaftsmitglieder zu kontrollieren.

Da auch die finanziellen Auswirkungen nicht übersehen werden können und voraussichtlich eine namhafte Schmälerung der Einkünfte der Witkowitzter Gewerkschaft eintreten wird, ist es unerlässlich, derartigen Ueberrumpelungsmethoden entschieden entgegenzutreten. Der Betriebsführungsvertrag, auf den sich die "Hermann Göring"-Werke in ihren Massnahmen stützen, bedeutet somit eine grosse Gefahr für die Gewerkschaft und sieht keinerlei Mittel vor, um derartigen Vorgängen Einhalt gebieten zu können.

Unter Berufung auf den Betriebsführungsvertrag ist ferner durch die "Hermann Göring"-Werke eine Revision bei der Kontinentalen Eisenhandels-Gesellschaft in Prag, ohne meine vorherige Zustimmung durchgeführt worden, obzwar die Gewerkschaft nach der Geschäftsordnung für den Gewerkschaftsvorstand nur verpflichtet ist, eine Revision bei der Gewerkschaft selbst zu dulden. Im Zuge dieser Revision, die zu den unglaublichsten Gerüchten führte, wurde ein Panzerschrank durch die Organe der "Hermann Göring"-Werke erbrochen.

Der Kontinentalen Eisenhandels-Gesellschaft in Prag, welche vorher eine der grössten Handelsgesellschaften in Böhmen und Mähren darstellte, wurde ein beträchtlicher Teil ihres Geschäftsumfanges entzogen, wodurch sie praktisch aufgelöst erscheint. Hierzu sind gleichfalls keinerlei Genehmigungen eingeholt worden.

Ausserdem führen die "Hermann Göring"-Werke ohne jede Ursache eine ständige heftige Kampagne gegen die Witkowitzter Gewerkschaft und deren Organe in der Absicht, deren Leistungen und Fähigkeiten herabzusetzen und dadurch eine Begründung für ihre weitgehenden personellen und materiellen Absichten zu finden.

Unter solchen Verhältnissen ist eine Zusammenarbeit mit den "Hermann Göring"-Werken völlig ausgeschlossen. Obwohl in Entgegnung auf diese Anwürfe genügen würde, auf die Statistiken und zahlreichen Berichte oder auf die Anerkennung der Leistungen der Gewerkschaft durch die höchsten militärischen Stellen hinzuweisen, habe ich eine Untersuchung durch neutrale Sachverständige gefordert.

Seit einiger Zeit werden durch die "Hermann Göring"-Werke über meinen Kopf hinweg durch unmittelbare Einschaltung ihres Vorstandsmitgliedes Dr. Schmidt sowohl kaufmännische als auch technische Fragen der Gewerkschaft behandelt. Dadurch treten für mich vollkommen untragbare

An den Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Berlin.

Zustände ein.

Ferner wirken sich die "Hermann Göring"-Werke für die Witkowitz-Gewerkschaft in jeder Richtung als Hemmschuh aus. Auf die meisten Genehmigungsanträge, zu denen die Gewerkschaft aufgrund der Geschäftsordnung und der internen Richtlinien der "Hermann Göring"-Werke verpflichtet ist, ist trotz mehrfacher Urgeizen überhaupt keine Reaktion erfolgt. Da es sich oftmals um dringende Anträge in Verbindung mit der Rüstungsproduktion handelt, bin ich genötigt, eigenmächtig vorzugehen.

Es ist nicht der Zweck dieser Betrachtungen, auf die Frage einzugehen, ob die Verbindung zwischen der Witkowitz-Gewerkschaft und den "Hermann Göring"-Werken überhaupt volks- und betriebswirtschaftlich sowie staatspolitisch richtig ist, vielmehr beschränke ich mich abschliessend auf die Feststellung, dass diese Verbindung für die Witkowitz-Gewerkschaft nicht nur ohne jeden Nutzen ist, sondern auf der Basis des Betriebsführungsvertrages eine grosse Gefahr für ihren weiteren formellen und materiellen Bestand bedeutet und eine laufende Schädigung ihrer Interessen mit sich bringt.

*Klein*

11802

Prag, den 26.Juni 1944.

Vertraulich!

105

V e r m e r k :

In der Besprechung vom 22.ds.Mts. bei dem Unterzeichneten, an der auch Ministerialrat K r i e s e r und Senatspräsident K e l l e r m a n n teilnahmen, wurde von Staatssekretär Dr. K r o h n zunächst ein Bericht über seine Unterredung mit  $\frac{1}{4}$ -Obergruppenführer Staatsminister F r a n k am Tag zuvor gegeben.

Sodann wurden nochmals alle Möglichkeiten durchgesprochen, die bei der Rechts- und Sachlage in Frage kommen könnten. Übereinstimmung bestand darüber, dass die Reichswerke Hermann Göring einer Bestellung von Generaldirektor Kuchinka zum Verwalter niemals zustimmen würden, dass Kuchinka auch nicht die geeignete Persönlichkeit dafür wäre. Staatssekretär Krohn vertrat den Standpunkt, Kuchinka möge sich doch auf die "Direktion", das eigentliche Regierungsorgan von Witkowitz, zurückziehen und die Geschäftsführung jemand anderem überlassen. Dann wäre wohl zu erreichen, dass Dr.Guido Schmidt nur zum "Aufsichtsverwalter" bestellt würde. Dagegen würde allerdings sprechen, dass eine starke Persönlichkeit in der Geschäftsführung von Witkowitz -aus dem Hermann Göring-Konzern stammend- Generaldirektor Kuchinka voraussichtlich leicht an die Wand spielen würde.

Gegen einen Einbau von Dr.Schicketanz in die Leitung von Witkowitz hätte Staatssekretär Krohn keine grundsätzlichen Bedenken. Er behielt sich allerdings sein Urteil vor, bis er den Genannten persönlich kennengelernt habe. In Betracht käme dann wohl die Übertragung der "Direktion" an Dr.Schicketanz. Dies würde die Beschränkung von Generaldirektor Kuchinka auf die Geschäftsführung bedeuten, also dasselbe, was die Reichswerke Hermann Göring mit der beantragten Art des Einbaues von Dr.Guido Schmidt beabsichtigen. Widerstände seitens des Hermann Göring-Konzerns gegen

105a

eine solche Lösung dürften zu erwarten sein.

Was die Person von Dr. Guido Schmidt anlangt, so äusserte Staatssekretär Krohn Bedenken bezüglich seiner persönlichen Zuverlässigkeit, da er schon wiederholt Unkorrektheiten habe feststellen müssen. Staatssekretär Krohn glaubt jedoch, diese Bedenken in einer offenen Aussprache mit Dr. Guido Schmidt ausräumen zu können und mit ihm für die Zukunft klar zu kommen.

Bezüglich der Haltung der Ressorts in der ganzen Angelegenheit konnte die Feststellung getroffen werden, dass ein besonderes Interesse eines Ressorts nicht vorzuliegen scheine. Das Reichsministerium Speer hat der Bestellung von Dr. Guido Schmidt zugestimmt.

Am Schluss der Besprechung erklärte Staatssekretär Dr. Krohn, wenn der Deutsche Staatsminister für Böhmen und Mähren dies offiziell bei ihm beantrage, würde er sich auf die Bestellung von Dr. Guido Schmidt zum "Aufsichtsverwalter" beschränken. Die Art der Begründung für diesen Antrag müsse er dem Deutschen Staatsminister überlassen. In diesem Fall würde sich die Vorsprache bei dem Herrn Reichsmarschall erübrigen, deren Ausgang ihm doch sehr zweifelhaft erscheine. Fände sie statt, so müsse jedenfalls seitens des Herrn Deutschen Staatsministers gleich zu Beginn des Vortrags mit einem klaren Vorschlag an den Reichsmarschall herangetreten werden. Er als Reichskommissar für das Feindvermögen müsse sich begreiflicherweise stark zurückhalten; es sei ja auch nicht seine Aufgabe, Wirtschaftspolitik zu treiben. Was ihn für den Besuch beim Reichsmarschall bedenklich stimme, sei, dass sowohl der Deutsche Staatsminister für Böhmen und Mähren als auch er durch den vom Deutschen Staatsminister und von ihm gebilligten Betriebsführungsvertrag zwischen dem Hermann Göring-Konzern und Witkowitz sehr stark präjudiziert seien. Der Betriebsführungsvertrag bezwecke doch zweifellos, den Einfluss der Reichswerke Hermann Göring auf Witkowitz wesentlich zu verstärken.

Falls Dr. Guido Schmidt nicht zum "Aufsichtsverwalter" bestellt

20316



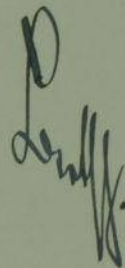
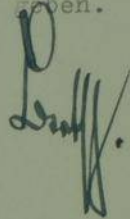
würde-sei es, dass er selbst dies ablehnt, sei es, dass die Reichs-  
werke Hermann Göring dies nicht wünschen- , hätte Staatssekretär  
Dr.Krohn gegen die Bestellung von Dr.Schicketanz zum "Verwalter"  
keine Bedenken, immer die persönliche Überprüfung von Dr.Schicke-  
tanz seinerseits vorausgesetzt.

Der Herr Staatsminister entschied auf Grund des gestrigen Vor-  
trags, dass noch 3 Tage zugewartet werden soll, ob General Boden-  
schatz einen Empfangstermin bei dem Herrn Reichsmarschall durch-  
gibt. Sollte dies nicht geschehen, dann wäre an Staatssekretär  
Krohn heranzutreten, er möge Dr.Guido Schmidt zum "Aufsichtsver-  
walter" bestellen, sich also darauf beschränken, Rechtsanwalt Dr.  
Möhring in Dr.Guido Schmidt einen Nachfolger zu geben.

II. Herrn  
Abteilungsleiter II

mit der Bitte um Mitzeichnung des Vermerks.

III. W-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k  
mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.



# Der Oberlandrat

Inspekteur des Deutschen Staatsministers  
für Böhmen und Mähren

in Mähr.-Ostrau

Tgb.Nr. I/943/44 g

Nr. \_\_\_\_\_

107

Mähr.-Ostrau, den  
Neues Rathaus  
Fernsprecher 23.45

24. Juni 1944.

**Geheim**

Dr. Jo/Ge

An den

Herrn Deutschen Staatsminister  
für Böhmen und Mähren  
SS- Oberguppenführer Karl Hermann Frank  
in Prag.

Minister

Empf: 26 JUNI 1944

Betrifft : Witkowitz Werke- laufende Berichterstattung.

Am 3.6.1944 erschien nach vorheriger Anmeldung Minister a. D. Guido Schmidt beim Oberlandrat und berichtete über seine mit Staatsrat Meinberg gemeinsam erfolgte Vorsprache beim Herrn Deutschen Staatsminister in Prag. Er erklärte, dass er vom Herrn Staatsminister sehr freundlich empfangen worden sei, dass er den Hinweis erhalten habe, mit dem Oberlandrat in Mährisch Ostrau Fühlung zu halten und dass er und Staatsrat Meinberg überzeugt seien, den Wünschen des HGW- Konzerns in der Angelegenheit Witkowitz werden von Prag aus keine Schwierigkeiten mehr in den Weg gelegt werden. Er fügte hinzu, dass er die Absicht habe, verschiedene personelle Veränderungen innerhalb des Werkes vorzunehmen, da die Autorität des bisherigen Generaldirektors Kuchinka sich zu wenig habe durchsetzen können. Dabei könne er versichern, dass er bei der Beauftragung und Heranziehung neuer leitender Kräfte auf die vorhandenen landschaftsgebundenen Mitarbeiter der Witkowitz Werke zurückgreifen werde.

Diese Ausführungen wurden ohne eigene Stellungnahme zur Kenntnis genommen.

Am 23.6.1944 teilte Vorstandsmitglied Dr. Nowak der Witkowitz Werke dem Oberlandrat mit, dass unterdessen zwischen Generaldirektor Kuchinka und Staatssekretär Krohn eine Aussprache in Prag stattgefunden hätte. Er, Dr. Nowak, habe seit dieser Aussprache den Eindruck, dass Staatssekretär Krohn im Einvernehmen mit dem Herrn Staatsminister gegen eine Berufung Guido Schmidts zum Gewerkschaftsvorstand und

stand und Treuhänderin Witkowitz Stellung nehmen werde.

Am selben Tage erschien der zur Zeit noch juristisch als Feindvermögensverwalter von Witkowitz legitimierte Dr. Möhring aus Berlin beim Oberlandrat und teilte mit, dass die seinerzeit von Staatsrat Pleiger an Witkowitz ergangene Anordnung, die ein Verbot der Auskunftserteilung an den Feindvermögensverwalter enthielt, durch Staatssekretär Krohn aufgehoben wurde. Dr. Möhring, der Ende des Jahres 1943 zum Protest gegen die ihm zuteil gewordene Behandlung seitens der Hermann Göring- Werke auf seine Stellung als Feindvermögensverwalter von Witkowitz verzichtet hatte, will nun bis zu seiner amtlichen Enthebung durch Staatssekretär Krohn seine Funktion als Vorsitzender des Beirates von Witkowitz wieder wahrnehmen. Er erklärte, dass er auch die Absicht habe, im Laufe des nächsten Monats eine Beiratssetzung in Witkowitz zu leiten, die mit den inzwischen durch die Hermann Göring- Werke getroffenen organisatorischen Änderungen ( Stahlverkauf usw. ) sich befassen müsse. Interessanterweise erwähnte Dr. Möhring im Gespräch, er glaube nicht, dass Staatsrat Pleiger bei etwa auftauchenden Schwierigkeiten sich besonders energisch für Guido Schmidt einsetzen werde, da Schmidt schliesslich im Rahmen der Hermann Göring- Werke irgendwie als Fremdkörper empfunden werde. Bei der Prüfung der Frage, wer als Feindvermögensverwalter von Witkowitz in Betracht käme habe man bei Staatssekretär Krohn unter anderem auch an Staatssekretär a.D. Landfried gedacht, bei dem aber angeblich keine Neigung zur Übernahme des Postens besteht.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Dr. Möhring im Hinblick auf die in Witkowitz sich hinschleppenden Schwierigkeiten selbst wieder starkes Interesse am Problem Witkowitz bekommen hat.

Jedenfalls fand am 23.6. nachmittags in Witkowitz eine längere Aussprache zwischen Dr. Möhring, Guido Schmidt, Kuchinka und Dr. Nowak über Probleme der Verwal-

tung von

50511

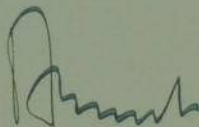


tung von Witkowitz statt.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass in den letzten Wochen in weiteren Kreisen der tschechischen Arbeiterschaft erstmalig das Problem Witkowitz- Hermann Göring-Werke diskutiert wurde. Diese Tatsache kann als Beweis dafür angesehen werden, dass aus politischen Gründen dringend stabile Verhältnisse in der Leitung von Witkowitz erforderlich sind.

Von den in Ostrau und Umgebung umlaufenden Gerüchten können zur Illustration angeführt werden : Generaldirektor Kuchinka sei wegen Widersetzung gegen reichsdeutsche Anordnungen verhaftet worden ( offenbar ausgelöst durch den längeren Krankheitsurlaub Generaldirektor Kuchinka ) ferner : eine grössere Kommission aus Berlin sei in Witkowitz eingetroffen und habe bei Überprüfung festgestellt, dass verschiedene Konstruktionspläne für Geheimfertigungen verschwunden seien, daher werde die bisherige Leitung durch Herren aus dem Altreich ersetzt. Seit dem Wiedererscheinen Kuchinkas sind diese Gerüchte, die offenbar durch halbverstandene Gespräche verschiedener leitender Beamter des Werkes ausgelöst wurden, etwas zurückgegangen. Jedenfalls verfolgen tschechische Kreise die Entwicklung in Witkowitz seit einiger Zeit mit erhöhter Aufmerksamkeit.

Ich bitte um Kenntnisnahme.



SD-Leitabschnitt Prag

- III D - GRS-PA 109

10. 8. 44

2317

**G e h e i**

Sachsenweg

Fernsprecher 774-44

109

G e h e i m !

Ministeramt

Eing.: 26. JUNI 1944

An den

Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren

1/1-Obergruppenführer K.H. Frank

P r a g .Betr.: Dr. Guido Schmidt, Witkowitz Bergbau- und  
Eisenhüttengewerkschaft Mähr. Ostrau.Vorg.: Ohne.

Nach einer vertraulichen Mitteilung von zuverlässiger Seite verfügt Dr. Guido Schmidt bei der COMRO-Bank in Bukarest über ein Privatkonto von 4 Mill. Lei. Dieses Konto besteht in Form eines durch Kennwort geschützten Sparbuches. Der Generaldirektor dieser Bank, von Ressig, soll ein guter persönlicher Bekannter des Sch. sein.

Der Bericht hat sich für die Richtigkeit seiner Angaben besonders verbürgt. Er ist davon überzeugt, daß dieses Konto keinesfalls auf normalem Wege erworben ist, sondern vielmehr aus der Liquidation der rumänischen Gesellschaft ROGIFER stammt, einer Einrichtung des Deutschen Reiches. Sch. dürfte dieses Konto keinesfalls angemeldet haben, da Konten von Privatpersonen im Ausland nicht unterhalten werden dürfen und er in diesem Falle im Wege eines Transfers den Betrag in Deutschland in deutschem Geld ausbezahlt erhalten hätte.

Da die Rogifer eine Einrichtung des Deutschen Reiches war, dürfte sich Sch. nicht nur eines Devisenvergehens, sondern auch eines Betrugs am Deutschen Reich schuldig gemacht haben. Bei obigem Betrag soll es sich um die gegenwärtige Kontonhöhe handeln, wobei anzunehmen sei, daß das Konto wahrscheinlich sehr viel höher gewesen ist. Zur Zeit nimmt der Wiener Sekretär des Sch., ein Dr. von Lenk, angeblich laufend Reisen nach Bukarest wahr, um dort größere Einkäufe zu tätigen, in der Absicht, das Geld möglichst bald anzubringen und so das Konto verschwinden zu lassen. Über Dr. von Lenk ist bekannt, daß er bereits Sekretär

b.w.!

bei Schmidt in dessen Eigenschaft als österreichischer  
Minister war.

*Karab;*

44-Obersturmbannführer

*Eintrag*

*1/4 2.44*



20312

# WITKOWITZER BERGBAU- UND EISENHÜTTEN-GEWERKSCHAFT



Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft, Mähr. Ostrau 10.

DRAHTWORT  
Fertigstellung  
Mähr. Ostrau

FERNRUF  
Mähr. Ostrau 3151  
82424

FERNSCHREIBER  
Brau 333

GESCHÄFTSZEIT  
7<sup>00</sup> - 12, 14 - 17<sup>00</sup>  
Sonntag 7 - 12

An den  
Minister für Wirtschaft und  
Arbeit

Herr Dr. Walter B e r t s c h

P r a g I

Am St. Franziskus.

Büro des Ministers  
für Wirtschaft und Arbeit

Eing. 24. VI. 1944

Verteiler:

Nr. ....

Ihre Zeichen      Ihre Nachricht vom      Unsere Nachricht vom      Unser  
Hausruf

In der Antwort angeben!

Unsere Zeichen

MÄHR. OSTRAU 10

323/44

22. Juni 1944.

Betreff 60. Geburtstag von Ing. Kuchinka.

Sehr geehrter Herr Minister!

Herr K u c h i n k a begeht am 7. Juli d. J. seinen  
60. Geburtstag. Aus diesem Anlass beabsichtigen wir eine kleine  
Feierstunde zu veranstalten, die am

7. Juli, 11 Uhr, im Werkshotel Witkowitz

stattfinden und Gelegenheit geben soll, den Jubilar zu beglück-  
wünschen.

Es wäre für Herrn Kuchinka und für uns alle eine  
Freude, wenn Sie, sehr geehrter Herr Minister oder einer Ihrer  
Beauftragten an der Feier teilnehmen würden und ich erlaube mir  
daher Sie herzlich einzuladen.

Für eine Benachrichtigung über Ihren Entschluss wäre  
ich besonders dankbar.

Heil Hitler!

Witkowitz Bergbau- und  
Eisenhütten-Gewerkschaft  
Der stellv. Generaldirektor

*J. Rochel*  
/Dipl. Ing. Rochel/

1. 261 6. 44

IV M-63/44

Herrn  
Chef des Ministeramts.

fill!

Da derzeit die Angelegenheit Dr. Guido Schmidt/Kuchinka schwebt, möchte ich die umstehende Einladung nicht ohne Billigung des Herrn Staatsministers beantworten. Würde ich als der deutsche Protektoratsminister selbst hinfahren, so wäre dies eine ausserordentliche Demonstration für Generaldirektor Kuchinka. Auch die Teilnahme des Gruppenchefs Dr. Fremerey ginge schon sehr weit. Ich beabsichtige deshalb, Regierungsrat Fhrn. von Vietinghoff zu entsenden, der mit den Witkowitz Eisenwerken am meisten zu tun hat und anlässlich seiner Fahrt nach Mähr. Ostrau auch andere dienstliche Sachen erledigen könnte.

Jch bitte, den Herrn Staatsminister zu unterrichten.

Prag, den 24. Juni 1944

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten initials]*



Prag, den 21. Juni 1944.

112

21. VI. 1944

1.) Vermerk:

Die Besprechung zwischen dem Herrn Staatsminister und Staatssekretär Dr.Krohn hat heute termingemäß stattgefunden. Es wurde keine grundsätzliche Entscheidung getroffen, vielmehr bestand Übereinstimmung darin, daß die zur Entscheidung anstehende Frage Reichsmarschall Göring vorgetragen werden müsse.

2.) FS:

An die  
Adjutantur von Reichsmarschall Göring,  
Berlin.

Betr.: Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft.

Vorg.: Ohne.

Staatsminister Frank bittet zugleich im Namen von Staatssekretär Dr.Krohn um baldmögliche Zuteilung eines Termins zur Erörterung dringender, die Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft betreffender Personalfragen. Falls die Beteiligung von Generaldirektor Pleiger an dem Termin für notwendig erachtet wird, wird gebeten, diese gleichfalls zu veranlassen.

Ministeramt Prag  
gez. G i e s ,  
Ministerialrat.

50309



3.) Wv. am 1.7.1944 bei dem Unterzeichner.

Besprechung: Staatssekretär Dr.Krohn.

---

Die einschlägigen Vorgänge sind angeschlossen. Ferner liegen bei: eine Äusserung von Generaldirektor Kuchinka, eine Äusserung von Generaldirektor Dr.Adolf und ein Bericht des SD-Leitabschnitts Prag. //Oberführer Dr.Bertsch und Ministerialrat Krieser stehen ebenso wie Kuchinka abrufbereit zur Verfügung. Sollte Dr.Krohn die Besprechung nicht alleine durchführen wollen, wird angeregt, Oberführer Bertsch und Krieser zuzuziehen.

✓

Prag, den 20.6.1944.

114  
Minister

21. JUNI 1944

Betr.: Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft,  
Mährisch-Ostrau.

1. V e r m e r k

Am 10.6.1944 ist es in Witkowitz zu einer Aussprache zwischen Dr. Guido Schmidt und Generaldirektor Kuchinka gekommen, wobei Schmidt seine Pläne erstmals in völliger Offenheit entwickelte. Dr. Guido Schmidt beabsichtigt eine Arbeitsteilung zwischen sich und Kuchinka in der Form, dass er sich alle Ressorts mit Ausnahme des technischen vorbehält, sodass Generaldirektor Kuchinka praktisch in den Rang eines technischen Werkleiters zurückversetzt wird. Kuchinka hat dieses Ansinnen strikt abgelehnt.

Der Syndikus des Eisenwerkes Witkowitz, das Vorstandsmitglied Dr. Leopold Nowak wurde am 12.6.1944 zur Leitung der Hermann Göringwerke nach Berlin zitiert und dort einem Gremium von Vorstandsmitgliedern der HGW, u.ä. Staatsrat Meinberg, Dr. Guido Schmidt und Dr. Delius gegenübergestellt. Dr. Nowak äusserte sich über diese Besprechung, dass man ihm dort geradezu mit offener Feindschaft entgegengetreten sei und in der schmutzigsten Art und Weise versucht habe, angebliche Schiebungen und sonstige schwerste Verfehlungen der Leitung des Witkowitz Eisenwerkes festzustellen. U.ä. habe man als Kronzeuge für eine angeblich grossangelegte Devisenschiebung des Eisenwerkes in Budapest den ehemaligen Leiter der Continentale Prag, Freinhälter, parat gehalten. Dessen Angaben seien jedoch glatte Lügen gewesen. Es habe sich hierbei in Wirklichkeit um Schiebungen von Herren der Reichswerke selbst gehandelt. Er, Dr. Nowak, habe alle Angriffe nach seiner Meinung schlagend widerlegen können. Dr. Nowak äusserte sich nach dieser Berliner Besprechung sehr erbittert über die üble Art und Weise, wie die HGW bemüht seien, einen immer stärker werdenden Einfluss in Witkowitz auszuüben. Er führte dann noch an, dass die Stellung Generaldirektor Kuchinkas offensichtlich wieder etwas stärker geworden sei, nachdem ihn Minister Bertsch angeblich stützen würde. Auch würde Staatssekretär Krohn, nachdem ihm Dr. Nowak Aufklärungen gegeben habe, absolut zum Eisenwerk halten. Staatssekretär Krohn habe geäus-

sert, es genüge ihm ein kleiner Wink oder ein Wunsch des Deutschen Staatsministers und er würde niemals die Einwilligung zur Einsetzung von Dr. Guido Schmidt als Treuhänder geben. In Kreisen der <sup>U</sup>strauer Industrie setzt sich immer mehr und mehr die Auffassung durch, dass die Bestellung Guido Schmidts mit den beabsichtigten Vollmachten faktisch den Ruin des Eisenwerkes bedeuten würde. Die Bestrebungen der HGW würden sich immer klarer herauskristallisieren und erkennen lassen, dass das Eisenwerk ohne Rücksichtnahme auf eine gesunde Entwicklung immer stärker als Lückenbüsser für andere Defizitbetriebe der HGW eingeschaltet werde.

*Handwritten signature*  
H. Oberstufenaufseher

- 2.) Staf. Gies z.K., wie Telefonisch besprochen
- 3.) Doppel Staf. Weinmann m.d.B.u.K.



20307

ZENTRALVERBAND DER INDUSTRIE  
FÜR BÖHMEN UND MÄHREN  
.....  
DER PRÄSIDENT

Ministeramt  
Prag, den 21. JUNI 1944  
Prag, den 20. Juni 1944

115

Herrn  
Min.-Rat Dr. R. G i e s  
P r a g - IV.,  
Czerninpalais.

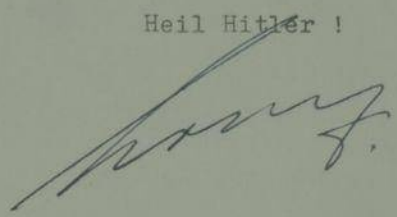
GEHEIM!  
=====

Betr.: Leitung des Witkowitz Eisenwerkes.

Sehr geehrter Parteigenosse Dr. Gies !

Anbei erlaube ich mir, den Vermerk betreffend die Leitung  
der Witkowitz Eisenwerke für den Herrn Staatsminister zu über-  
reichen.

Heil Hitler !



/ Dr. Adolf /

Anlage.

116

V e r m e r k .

GEHEIM !

Betr.: Witkowitz Eisenwerke.

Die Diskussion um die Neuordnung in der Leitung der Witkowitz Eisenwerke ist durch das plötzliche Auftauchen von Herrn Dr. Guido Schmidt in Witkowitz ausserordentlich lebhaft geworden. Ich habe eine Gelegenheit ergriffen, um Industriebesprechungen in Mähr.-Ostrau abzuführen und mir dabei an Ort und Stelle ein Bild zu machen. - Herr Dr. Guido Schmidt hat bereits in den Witkowitz Eisenwerken seinen Sitz aufgemacht und beruft sich darauf, dass die ganze Angelegenheit durch Ihr erklärtes Einverständnis abgeschlossen sei.

In einer streng vertraulichen Aussprache mit dem Kreisleiter habe ich festgestellt, dass dieser namens der Partei die Gauleitung in Reichenberg auf die Gefahren, die mit diesem Vorgang verbunden sind, aufmerksam gemacht hat und sich nachdrücklich für die Führung des Eisenwerkes durch Herrn Generaldirektor Kuchinka einsetzt, zumal bei Herrn Dr. Guido Schmidt keinesfalls die politischen Voraussetzungen gegeben sind.

Durch verschiedene Aussprachen, auch unmittelbar mit Herrn Generaldirektor Kuchinka habe ich festgestellt, dass dieser ~~noch~~ entschlossen ist, sich mit allen Mitteln gegen die Einsetzung des Herrn Dr. Guido Schmidt, so wie sie vorgesehen ist, zur Wehr zu setzen und - falls man seinen Argumenten nicht Rechnung tragen sollte - auszuschneiden gewillt ist, da ihn diese Aenderung zwangsläufig jeder technischen Führungsmöglichkeit im Werke berauben muss.

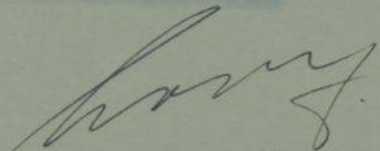
Auf Grund meiner persönlichen Einblicke erlaube ich mir, folgende Auffassung zu äussern: Die Tatsache, dass Generaldirektor Kuchinka ohne seine Zustimmung von seinen gegenwärtigen Funktionären in der Leitung des Eisenwerkes durch Herrn Dr. Guido Schmidt ersetzt

werden müsste, setzt eine Verfügung von oben her voraus. Da die Witkowitz Eisenwerke ihre Aufgaben bislang vorbildlich erfüllt haben und das Werk technisch tadellos geleitet ist, besteht für eine solche Zwangsmassnahme kein Grund und diese würde als unbegreiflich und mit den Erfordernissen des 5. Kriegsjahres in diametralen Widerspruch stehend aufgefasst werden. Es besteht sachlich keine Veranlassung, Herrn Ing. Kuchinka von der Leitung des Eisenwerkes zu entfernen, da er - wie es feststeht, freiwillig nicht dazu bereit ist. Da hinsichtlich der Person des Herrn Dr. Guido Schmidt vor allem die politische und, soweit es sich um die Führung der eigentlichen Produktionsaufgaben handelt, naturgemäss auch die fachliche Eignung von den massgeblichen Dienststellen angezweifelt wird, besteht umso weniger Veranlassung, dieses Wagnis ohne besondere zwingende Gründe im gegenwärtigen Zeitpunkt durchzuführen.

Wenn sich Herr Ing. Kuchinka Ihnen gegenüber weigert, auf die vorgesehene Aenderung einzugehen, wäre es meines Erachtens richtig, diese Aenderung gegenüber Herrn Staatssekretär Krohn als unzweckmässig und infolge der ausserordentlichen Produktionsaufgaben gerade dieses Werkes als gefährdende Eingriffe in die bisher funktionierende Leitung zu bezeichnen. Sollte Herr Staatssekretär Krohn dennoch die Auffassung vertreten, dass Herr Ing. Kuchinka zur Bewältigung seiner Aufgaben ein weiterer Herr zur Seite gestellt werden müsse, würde ich empfehlen, dass Sie Ihrerseits in der nächsten Zeit einen konkreten Vorschlag, der auch den politischen Gesichtspunkten, die gerade im Ostrauer Revier eine besondere Rolle spielen, Rechnung trägt, machen.

Herr Dr. Guido Schmidt käme dann wohl für diese aktive Funktion nach allem Bisherigen nicht in Frage, sondern hätte sich wohl mit der Funktion des Vorsitzenden des Gesellschaftsorganes ohne unmittelbare Eingriffsmöglichkeiten zu begnügen. - Ich darf bei dieser Gelegenheit die seinerzeitige Ueberlegung, Herrn Dr. Schicketanz dafür zu gewinnen, in Erinnerung bringen.

Prag, den 20. Juni 1944.



# Witkowitzter Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft.

118

Der Gewerkschaftsvorstand.

An den

Deutschen Staatsminister  
SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank,

Prag.

-----  
Czerninpalais.

Sehr geehrter Herr Staatsminister !

Wie Ihnen bekannt ist, haben die Reichswerke "Hermann Göring" beim Reichskommissar für das feindliche Vermögen den Antrag gestellt, ihr Vorstandsmitglied Dr. Guido Schmidt zum Verwalter der Witkowitzter Gewerkschaft gemäss der Verordnung über das feindliche Vermögen zu bestellen und ihm gleichzeitig die Befugnisse der Direktion /Gewerkschaftsvorstand/ zu übertragen, die mir bisher durch die Berghauptmannschaft in Brünn verliehen waren. Damit würde Dr. Schmidt die gesamte Geschäftsführung der Witkowitzter Gewerkschaft in die Hände bekommen, während mir eine von ihm abhängige, zweitrangige Rolle verbleiben würde.

Diese Regelung ist einerseits sachlich unbegründet, andererseits widerspricht sie den Ihnen und mir wiederholt seitens der Reichswerke "Hermann Göring" gegebenen Zusicherungen, dass sich an der Stellung des Gewerkschaftsvorstandes zu den Reichswerken "Hermann Göring" nichts ändern wird. Ich habe nur unter dieser ausdrücklichen Bedingung den Betriebsführungsvertrag mit den Reichswerken "Hermann Göring" unterschrieben, wie aus den Protokollen der damaligen Sitzungen eindeutig hervorgeht.

Der Antrag der Reichswerke "Hermann Göring" steht ferner im krassen Widerspruch zu den Erfordernissen des Krieges. Er muss

1 Anlage.

./.

118a

Der Reichskommissar für das feindliche Vermögen

zwangsläufig zu Konflikten führen, deren Auswirkungen auf das Unternehmen unabsehbar sind.

Ich habe daher beim Reichskommissar für das feindliche Vermögen mündlich und schriftlich gegen den Antrag der Reichswerke "Hermann Göring" Stellung genommen und bitte Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, meine vom Standpunkt der Kriegsnotwendigkeiten aus begründeten Forderungen zu unterstützen.

Eine Abschrift meines Einspruches beim Reichskommissar für das feindliche Vermögen erlaube ich mir beizufügen.

Indem ich mich bestens empfehle, grüße ich mit

Heil Hitler!

als Ihr sehr ergebener

*W. Müller*



20303

1. August 1941

WITKOWITZER BERGBAU- UND  
EISENHÜTTEN-GEWERKSCHAFT

119

Der Gewerkschaftsvorstand.

An den

Herrn Reichskommissar für die Behandlung  
feindlichen Vermögens,

Berlin SW 11.

Möckernstrasse 128/130.

Betrifft : Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten- Gewerkschaft-  
Feindvermögensverwaltung.

Zu dem Antrage der Reichswerke A.G. für Bergbau- und Hüttenbetriebe  
"Hermann Göring" vom 28. Februar d.J. nehme ich wie folgt  
Stellung :

Nach dem Antrage soll Herr Dr. Guido Schmidt zum Verwalter der  
Witkowitz Gewerkschaft gemäss der Verordnung über die Behand-  
lung feindlichen Vermögens bestellt und ihm die Befugnisse des  
Gewerkentages, des Aufsichtsrates und der Direktion /Gewerkschafts-  
vorstand/ der Gewerkschaft übertragen werden, während der bis-  
herige Verwalter nur die Funktion des Gewerkentages und Aufsichts-  
rates bekleidete und den Gewerkschaftsvorstand in seinen Rechten  
unberührt liess.

Die Direktion der Gewerkschaft stellt im Sinne des Berggesetzes  
das alleinige geschäftsführende und vertretende Organ des Unter-  
nehmens dar. Da die früheren Vorstandsmitglieder Eugen Rothschild  
und Rudolf Gutmann nach dem Umsturz des Jahres 1918 die Geschäfts-  
führung nicht mehr aktiv ausüben konnten, mussten sie hieszu  
einen Bevollmächtigten /Generaldirektor/ bestellen.

Als nach der Besetzung der Länder Böhmen und Mähren die beiden  
Direktionsmitglieder Eugen Rothschild und Rudolf Gutmann sowie

./.

120

deren bevollmächtigter Generaldirektor von der Berghauptmannschaft in Brünn ihrer Funktion enthoben und mir die Leitung der Gewerkschaft übertragen wurde, hat mir die Berghauptmannschaft die Rechte der Direktion /des Gewerkschaftsvorstandes/ eingeräumt. Da ich diese Befugnisse aktiv ausübe, erübrigte sich die Bestellung eines weiteren Generaldirektors.

Wenn mir nun die Rechte des Gewerkschaftsvorstandes entzogen und auf Herrn Dr. Guido Schmidt übertragen werden sollen, während ich mich mit einer von ihm abhängigen niederen Stelle zu begnügen hätte, so muss dieser Antrag im Interesse einer einheitlichen Führung des Unternehmens abgelehnt werden, da diese Spaltung in der Leitung der Gewerkschaft zwangsläufig zu Kompetenzkonflikten und Hemmungen führen muss, die sich einer ungestörten und reibungslosen Erfüllung der gewerkschaftlichen Belange entgegenstellen würden.

Der Antrag der Reichswerke "Hermann Göring" ist daher nicht geeignet, klare Verhältnisse zu schaffen, er würde vielmehr den derzeitigen klaren Aufbau der Geschäftsführung zerstören. Ich verweise darauf, dass dieser Aufbau den Verhältnissen der Aktiengesellschaften nach deutschem Rechte entspricht und eine klare Trennung der Befugnisse der Hauptversammlung /Gewerkentages/ und des Aufsichtsrates von den Rechten des Vorstandes aufweist.

Deshalb muss der Antrag vom sachlichen Standpunkt aus abgelehnt werden.

Ich habe ferner meine Zustimmung zum Abschluss des Betriebsführungsvertrages zwischen der Wickschitzer Gewerkschaft und den Reichswerken "Hermann Göring" nur unter der Bedingung erteilt, dass sich an der Stellung des Gewerkschaftsvorstandes zu den Reichswerken "Hermann Göring" nichts ändert. Wie aus der Niederschrift über die I. Sitzung des Beirates am 14. Juli 1943 hervorgeht, haben sich die Reichswerke "Hermann Göring" mit dieser Bedingung einverstanden erklärt. Der jetzige Antrag widerspricht

dieser Zusage, aufgrund welcher ich den Betriebsführungsvertrag unterfertigt habe. Ich muss daher den Antrag entschieden ablehnen.

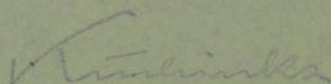
Es ist bestimmt empfehlenswert, zur Zeit jede tiefeingreifende Veränderung zu vermeiden, die weder kriegsnotwendig noch sonstwie objektiv begründet erscheint und die nur zu Störungen und Hemmungen führt, deren Folgen unabsehbar sind. Die von den Reichswerken "Hermann Göring" beantragten Veränderungen sind weder kriegsnotwendig noch für das Unternehmen nützlich. Im Sinne der von den höchsten Stellen erlassenen Anordnungen über die unbedingte Vermeidung solcher Vorgänge muss der Antrag abgelehnt werden.

Vor der Einsetzung eines besonderen Verwalters für die Witkowitz Gewerkschaft aufgrund der Verordnung über das feindliche Vermögen habe ich die Belange dieses Verwalters auf Grund Ihrer Weisungen selbst wahrgenommen. Dadurch war eine mehrere Jahre dauernde, reibungslose Abwicklung aller Obliegenheiten der Feindvermögensverwaltung gesichert und jede arbeiterschwerende Mehrgeleisigkeit ausgeschlossen.

Im Sinne der kriegsnotwendigen Bestrebungen zur Vermeidung jeglicher Mehrarbeit beantrage ich die Wiedereinführung des früheren Zustandes dadurch, dass mir wieder die Wahrnehmung der Belange des Feindvermögensverwalters unter Hinzuziehung des bisherigen Beirates übertragen wird.

Sollte dies nicht möglich sein, so erlaube ich mir schliesslich noch zu bemerken, dass ich im Hinblick auf den bestehenden Betriebsführungsvertrag zwischen der Witkowitz Gewerkschaft und den Reichswerken "Hermann Göring" die Uebertragung der Feindvermögensverwaltung auf ein Vorstandsmitglied der Reichswerke "Hermann Göring" als unmöglich erachte, da beide Funktionen in einer Hand nicht vereinigt werden können. Daran ändert auch nichts der Umstand, dass der Vertrag mit einer Tochtergesellschaft der Reichswerke "Hermann Göring" abgeschlossen worden ist. Sollte daher ein besonderer Feindvermögensverwalter bestellt werden müssen, so kommt für diese Funktion nur eine unbedingt neutrale Stelle in Frage.

Mähr.Osttau 10, am 1. Juni 1944.



2883

St.M. IV M - 63 j/44.

15722

Prag, den 14. Juni 1944.

FS:

An den

Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Herrn Staatssekretär Dr.Krohn,  
B e r l i n W 8,  
Mauerstrasse 43.

Betr.: Witkowitzter Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft  
Mährisch-Ostrau.

Vorg.: Dort. Telegramm vom 6.6.d.Js.

Mit Termin am 21.6.d.Js., 17.00 Uhr nachmittags, in Prag  
an Amtsstelle einverstanden.

H e i l H i t l e r !

gez. F r a n k .

15722

2883  
14/6/44  
15722  
Krohn  
Dr.

123

M

S. Durchschrift an  
a) Herrn Dr. Berach und  
b) Herrn Kleser

zur Kenntnis.  
Ausgabe an (a): Ich bitte, Generaldirektor Kleser zum  
14. Juni 1944  
1. FS:  
Gleichen Termin nach Prag zu besetzen.

An den  
Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Herrn Staatssekretär Dr. Krohn,  
B e r l i n W 8,  
Mauerstrasse 43.

Betr.: Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft  
Mährisch-Ostrau.

Vorg.: Dort. Telegramm vom 6.6.d.Js.

Mit Termin am 21.6.d.Js., 17.00 Uhr nachmittags, in Prag  
an Amtsstelle einverstanden.

im Bedingung nach W. Kleser (S.)

H e i l H i t l e r !

gez. Frank.



50538

123a

Prag, den 14. Juni 1944

St. M. IV N - 53 2/44

N

- 2.) Durchschrift an
- a) Herrn Dr. Bertsch und
  - b) Herrn Krieser

zur Kenntnis.

Zusatz zu a): Ich bitte, Generaldirektor Kuchinka zum gleichen Termin nach Prag zu bestellen.

Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
 Herr Staatssekretär Dr. Krohn,  
 E. U. L. 11 1/18,  
 Neudorfstrasse 43.

Herr: Witkowski Bergbau- und Eisenhüttenwerkschaft  
 Hähnlein-Ordnung  
 York: dort. Telegramm vom 6.6.44.

Mit Termin am 21.6.44. 17.00 Uhr nachmittags, in Prag  
 an Amtsstelle einzuverordnen.

3.) Alsdann Wv. nach Eingang bei mir.

Herr Hitler

Gen. F. H. H.



20298

077 Telegramm

Deutsche Reichspost

124

al 877 BERLIN 32/28 6 1645 =

Aufgenommen		Übermittelt	
Tag:	Zeit:	Tag:	Zeit:
6. 6. 44	20:5		
STAATSMINISTER FRANK PRAG =			
von:	durch:	an:	durch:
Pr	Paul		
Amt			

16/6

*Handwritten notes:*  
 10/6  
 ...  
 = 8/6. 44

BETRIFFT WITKOWITZER BERGBAUGEWERKSCHAFT FSNR 2778/17/44 G

SCHLAGE FUER BESPRECHUNG EINUNDZWANZIGSTEN ODER

ZWEIUNDZWANZIGSTEN JUNI IN PRAG VOR WERDE GENERALDIREKTOR

KUCHINKA BENACHRITIGEN =

STAATSSSEKRETAER KROHN REICHSKOMMISSAR FUER FEINDVERMOEGEN +

8  
+ VGL 2778/17/44 G +

St. M. IV M-63 j/44

2778

17/44g

125  
1148

Prag, den 5. Juni 1944.

**Geheim**

FS:

An den

Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Herrn Staatssekretär Dr. Krohn,  
B e r l i n W 8,  
Mauerstrasse 43.

Betr.: Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft  
Mährisch-Ostrau.

Vorg.: Dort. Telegramm vom 27.5.d.Js.

Sie hatten in Aussicht gestellt, mir nach Pfingsten den Ihnen für die Aussprache passenden Termin mitzuteilen. Mit Rücksicht darauf, daß die Entscheidung über die Angelegenheit keinen weiteren Aufschub verträgt, wäre ich dankbar, wenn der Termin nunmehr umgehend durchgegeben würde. Generaldirektor Kuchinka wird zum gleichen Zeitpunkt nach Prag bestellt und kann, falls er bei der Aussprache benötigt wird, zugezogen werden. Wie ich höre, haben Sie Kuchinka zu einer Besprechung nach Bad Schandau gebeten. Unter den obwaltenden Umständen würde es zweckmäßig sein, diese Besprechung gelegentlich der Aussprache in Prag durchzuführen.

H e i l H i t l e r !

gez. F r a n k .

2778  
17/44g  
Reichs. (Bo)

126

2  
- 5. VI. 1944

**Geheim**

1.) FS:

An den  
Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Herrn Staatssekretär Dr.Krohn,  
B e r l i n W 8,  
Mauerstrasse 43.

Betr.: Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft  
Mährisch-Ostrau.

Vorg.: Dort. Telegramm vom 27.5.d.Js.

Sie hatten in Aussicht gestellt, mir nach Pfingsten den Ihnen für die Aussprache passenden Termin mitzuteilen. Mit Rücksicht darauf, daß die Entscheidung über die Angelegenheit keinen weiteren Aufschub verträgt, wäre ich dankbar, wenn der Termin nunmehr umgehend durchgegeben würde. Generaldirektor Kuchinka wird zum gleichen Zeitpunkt nach Prag bestellt und kann, falls er bei der Aussprache benötigt wird, zugezogen werden. Wie ich höre, haben Sie Kuchinka zu einer Besprechung nach Bad Schandau gebeten. Unter den obwaltenden Umständen würde es zweckmäßig sein, diese Besprechung gelegentlich der Aussprache in Prag durchzuführen.

H e i l   H i t l e r !

gez. F r ä n k .



6550

2.) Zum Vorgang.

059

Deutsche Reichspost

859 BADSCHANDAU 30 26 1105 POSTLICH EINGEL =

127

aus

Aufgenommen

Tag: Monat: Jahr: Zeit:

von: durch:

STAATSMINISTER FRANK PRAG =

Übermittelt

Zeit:

Tag:

an:

durch:

Amt

Ministeramt

Eing.: 29. MAI 1944

ZU 63 H/44 G BETRIFFT WITKOWITZ MIT BESPRECHUNG PRAG  
 GERN EINVERSTANDEN MIR WAHRSCHEINLICH ERST MITTE JUNI  
 MOEGLICH WERDE NACH PFINGSTEN TERMIN VORSCHLAGEN  
 REICHSKOMMISSAR FUER FEINDVERMOEGEN =

STAATSSSEKRETAER KROHN ++

Für dienstliche Rückfragen

63 H/44 G ++ 3. 42

St. M. IV M-63 i/44

× C 187 Dis A 5 (KI. 29)

127a

*N<sup>o</sup>*  
Joc. ann 70 c. 1344 la demer

Antiqui d'...

L  
21 6. 44.

20294



SD-LA Prag  
- III D -

Prag den 20.6.44. 128  
Eing.: 21. JUNI 1944

Urschriftlich:

An den

Chef des Ministeramtes beim Deutschen Staats-  
ministerium für Böhmen und Mähren

77-Standartenführer Ministerialrat Dr. G i e s  
P r a g .

Anliegend werden 3 Akten und 1 Heftchen nach  
Kenntnisnahme und Auswertung zurückgereicht.

i. A.

*W. W. W. W. W.*  
77-Hauptsturmführer.

128a

GR. mit 3 Akten und 1 Heftchen

an 44-Obersturmbannführer J a c o b i

SD - Leitabschnitt Deag		
G e h e i m		
am 7. VI. 1944		
g. Nr. 2009	Hilf. 4	an III

Ministeramt, 6.6.44.

*Handwritten initials and scribbles*

20293



Prag, den 24. Mai 1944.

2504

129  
18/10

**Geheim**

FS:

An den

Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Herrn Staatssekretär Dr. Krohn,  
B e r l i n W 8,

-----  
Mauerstrasse 43.

Betr.: Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft  
Mährisch-Ostrau.

Vorg.: Dort. Schreiben vom 19.4.d.Js. - Zeichen II 721/  
296 (90).

Da die von Ihnen in dem angeführten Schreiben angeschnittene Frage von politischer Bedeutung ist, würde ich es begrüßen, wenn sie zum Gegenstand einer Aussprache gemacht würde. Als Ort der Zusammenkunft schlage ich im Hinblick auf meine derzeitige Ortsgebundenheit Prag vor und wäre für eine FS-Nachricht dankbar, welcher Termin Ihnen genehm ist.

H e i l   H i t l e r !

gez. F r a n k.

File 2504  
befördert unter Nr. 2504  
am 24/5 um 15:30 Uhr  
Dr. Staatssekretär Frank

Prag, den 24. Mai 1944.

130

**Geheim**

1.) FS:

An den  
Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens,  
Herrn Staatssekretär Dr. Krohn,  
B e r l i n W 8,  
-----  
Mauerstrasse 43.

Betr.: Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft  
Mährisch-Osttau.

Vorg.: Dort. Schreiben vom 19.4.d.Js. - Zeichen II 721/  
296 (90).

Da die von Ihnen in dem angeführten Schreiben angeschnittene Frage von politischer Bedeutung ist, würde ich es begrüßen, wenn sie zum Gegenstand einer Aussprache gemacht würde. Als Ort der Zusammenkunft schlage ich im Hinblick auf meine derzeitige Ortsgebundenheit Prag vor und wäre für eine FS-Nachricht dankbar, welcher Termin Ihnen genehm ist.

H e i l   H i t l e r !

gez. Frank.

10509

2.)

St.M. IV M - 63 h/44 g.

Prag, den 24. Mai 1944.

25-05

131  
18/15

Geheim

FS:

An den  
Chef der Sicherheitspolizei und des SD,  
H-Obergruppenführer und General der Polizei  
Dr. Kaltenbrunner,  
B e r l i n SW 11,

-----  
Prinz Albrecht Strasse 8.

Betr.: Witkowitz Werke - Dr. Guido Schmidt, Berlin.

Mit Rücksicht darauf, dass ich die Abgabe meiner Stellungnahme nicht mehr länger hinausschieben kann, wäre ich für die umgehende Beantwortung meines Fernschreibens vom 13.5.d.Js. - Nr. 2068 zu Dank verbunden.

H e i l   H i t l e r !

gez. F r a n k ,

H-Obergruppenführer.

25/5

0950

NR 2505

(18 ZL) RVST BLN /SCHULZ +

File - ...
belegnummer in. 2505
dat. 18/15
NR 0950
Rvst. Hq.
U. S. ...

Prag, den 24. Mai 1944.

132

24. V. 1944

2.) FS:

An den  
Chef der Sicherheitspolizei und des SD,  
H-Obergruppenführer und General der Polizei  
Dr. Kaltenbrunner,  
B e r l i n SW 11,

-----  
Prinz Albrecht Strasse 8.

Betr.: Witkowitz Werke - Dr. Guido Schmidt, Berlin.

Mit Rücksicht darauf, dass ich die Abgabe meiner Stellungnahme nicht mehr länger hinausschieben kann, wäre ich für die umgehende Beantwortung meines Fernschreibens vom 13.5.d.Js. - Nr. 2068 zu Dank verbunden.

H e i l   H i t l e r !

gez. F r a n k ,

H-Obergruppenführer.



08505

3.) Zum Vorgang.

Geheim

1.) Vermerk:

Staatsrat Meinberg hat termingemäß am 18.5.d.Js. bei dem Herrn Staatsminister vorgesprochen. Im Laufe der Unterhaltung wurde Dr. Schmidt zugezogen. Der Herr Staatsminister hat sich darauf beschränkt, die Ausführungen von Meinberg und Schmidt zur Kenntnis zu nehmen und Meinberg zu bedeuten, daß vor der noch ausstehenden Besprechung mit Staatssekretär Dr. Krohne irgendwelche verbindlichen Erörterungen nicht geführt werden könnten.

2.) Zum Vorgang.

*[Handwritten signature]*

134

1.) Vermerk:

Am 18.5.d.Js., mittags 12.00 Uhr, soll in Anwesenheit von Dr. Schmidt die Besprechung mit Staatsrat Meinberg stattfinden.  $\frac{1}{4}$ -Oberführer Dr. Bertsch ist an diesem Tage von Prag abwesend. Oberlandrat Dr. Jonak fragte fernmündlich an, ob er nach Prag kommen solle, um dem Herrn Staatsminister zur Auskunftserteilung zur Verfügung zu stehen. Eine Antwort von  $\frac{1}{4}$ -Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner auf die hies. fernschriftliche Anfrage liegt noch nicht vor. Desgleichen steht die Aussprache mit Staatssekretär Dr. Krohn aus.

2.) K.H. mit diesem Vermerk und 2 Anlagen dem Herrn Staatsminister

mit der Bitte um Kenntnis und Weisung zugeleitet, was an Material für die Besprechung mit Staatsrat Meinberg vorbereitet werden soll.

*[Handwritten mark]*

135

Prag, den 16. Mai 1944.

Vermerk:

Dr. Jonak fragt an, ob er zur Besprechung am Donnerstag um 12.00 Uhr mit Staatsrat Meinberg in Angelegenheit Witkowitz nach Prag kommen soll.

Klinger

St.M. XII J - 33/44.

Prag, den 12. Mai 1944.

136

2200

2070

2511

Telegramm:

Büro Staatsrat Meinberg,  
zu Händen von Dr.Kritzler,  
B e r l i n .

Termin zur Besprechung bei Staatsminister Frank Donners-  
tag, den 18.5.d.Js., mittags 12.00 Uhr.

Ministeramt Prag.

Pia Fernandese: vel	
Beförderer unter Nr.	2070
dat.	12/5 1944
Staatsrat Meinberg	
St. Staatsrat	

107

St. M. XII J. -- 33/44  
12. V. 1944

Prag, den 12. Mai 1944.

Operative...

12. V. 1944  
... Kenntnis...

1.) Telegramm:

Büro Staatsrat Meinberg,  
zu Händen von Dr. Kritzler,  
B e r l i n .

Termin zur Besprechung bei Staatsminister Frank Donnerstag, den 18.5.d.Js., mittags 12.00 Uhr.

Ministeramt Prag.



50581

2.)

137a

Eingefangen beim 15. V. 1944  
Abteilungsleiter V

2.) G.R. mit 1 Anlage  
1/4-Oberführer Bertsch

unter Bezugnahme auf den Inhalt des vorstehenden  
Telegramms und der Anlage zur Kenntnis übersandt.

*Gef. Fz. von am 18. d. Mts.  
mit Befehl des Gen. Hauptmann  
bei der Infanterie Dr. Adolf im  
Lamitz bei Jüterbog.*

1/4-Standartenführer.

*Prüfung 15. V. 44.*

3.) Alsdann Wv. nach Eingang bei dem Unterzeichner.



20281

024

Telegramm

Deutsche Reichspost

++++ 834 BERLIN T 57/56 12 1428 =

138

all

Aufgenommen

Tag: Monat: Jahr: Zeit:

11. 5. 49 1735

von: durch:

Prag durch

: ADJUDANTUR VON STAATSMINISTER

FRANK PRAG =

Übermittelt

Tag: Zeit:

an: durch:

Amt

Der Höhere 3.- und Polizeibefehlshaber  
Böhmen - Mähren

12. MAI 49

Ant.

Ant. Min. Präg.

112/5

STAATSRAT MEINBERG ERBITTET TERMINANGABE ZUR BESPRECHUNG  
 MIT STAATSMINISTER FRANK IN PRAG FUER KOMMENDE WOCHE IN  
 SEINER BEGLEITUNG BEFINDET SICH DR QUIDO SCHMIDT  
 VON EINER TERMINFESTLEGUNG AUF MITTWOCH DEN 17.5. WIRD  
 GEBETEN ABSTAND ZU NEHMEN SONST KOMMEN SAEMTLICHE TAGE  
 DER NAECHSTEN WOCHE IN FRAGE FUER FFS-ANTWORT WAERE ICH

Für dienliche Rückfragen

DANKBAR = GEZ DR KRITZLER

+ CT 17.5 +++ ==

E. Z. 3. 42

X C 187 Dia A 5 (Kl. 29)

2068 13.5.44  
Prag, den 11. Mai 1944.

**Geheim**

FS:

An den

Chef der Sicherheitspolizei und des SD,  
1/4-Obergruppenführer und General der Polizei  
Dr. Kaltenbrunner,  
B e r l i n SW 11,

Prinz Albrecht Straße 8.

Betr.: Witkowitz Werke - Dr. Guido Schmidt, Berlin.

Die Witkowitz Werke (Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengesellschaft), deren jüdische Besitzer Guttman und Rothschild, ihre Gewerkschaftskuxe vor Ausbruch des Krieges einer englischen Gesellschaft übereignet haben, werden seit dem Jahre 1939 von dem aus dem Ostrauer Raum stammenden Generaldirektor Kuchinka geleitet. Aus der Stellung dieser Werke innerhalb der Rüstungsproduktion ergab sich naturgemäß eine enge Zusammenarbeit mit den Reichswerken Hermann Göring. Die verschiedenen Bemühungen um eine organisatorische Festlegung dieser Bindung führten 1943 zum Abschluß eines Betriebsüberlassungs-Vertrages zwischen Witkowitz Werken und Hermann Göring-Werken, demzufolge die Hermann Göring-Werke die Verwaltung des gesamten Vermögens und die Betriebsführung der Witkowitz Gewerkschaft übernahmen. Die Aufsicht über die Durchführung dieses Vertrages wurde einem vom Reichskommissar für das Feindvermögen in Berlin eingesetzten Verwalter übertragen. Diesem Verwalter steht ein drei-

gliederiger Beirat zur Seite. Zwei Mitglieder des Beirates sind auf Vorschlag der Hermann Göring-Werke ernannt worden; der dritte Angehörige des Beirates ist auf meinen Vorschlag der jeweilige Oberlandrat - Inspekteur in Mährisch-Ostrau. Zur Zeit übt diese Funktion  $\frac{1}{4}$ -Obersturmbannführer Dr. Jonak aus.

Bevor der Reichsprotector seine Zustimmung zum Abschluß des Betriebsüberlassungs-Vertrages erteilte, wurde festgelegt, daß alle wesentlichen personellen und organisatorischen Maßnahmen, die von den Hermann Göring-Werken im Bereich der Witkowitz Werke getroffen würden, soweit sie politische Bedeutung haben - und das wird in der Regel der Fall sein - der Zustimmung meines Beauftragten im Beirat bedürfen.

Überdies erklärte der Reichskommissar für das Feindvermögen, daß er im Falle einer Überstimmung meines Beauftragten im Beirat seine Entscheidung nur im Einvernehmen mit mir treffen werde. Diese Bestimmungen waren erforderlich im Interesse der Berücksichtigung der besonderen politischen Gegebenheiten des Raumes.

Tatsächlich hat sich die Tätigkeit des Beirats gut entwickelt, bis Staatsrat Pleiger als Chef der Hermann Göring-Werke mit dem von ihm selbst vorgeschlagenen Verwalter Dr. Möhring-Berlin (vom Stabsamt des Herrn Reichsmarschalls) einen Zusammenstoß hatte. Dr. Möhring erbat daraufhin vom Reichskommissar für das Feindvermögen seine Abberufung. Die Hermann Göring-Werke (Staatsrat Pleiger) haben dem Reichskommissar für das Feindvermögen vorgeschlagen, an Stelle von Möhring den ehemaligen Österreichischen Außenminister Dr. Guido Schmidt zum Feindvermögensverwalter zu bestellen. Darüber hinaus soll Schmidt anstelle des Generaldirektors Kuchinka auch die Geschäfte des Gewerkschaftsvorstandes übernehmen.

Schmidt würde im Falle seiner Bestellung mit derartigen Vollmachten nicht nur im Raume von Mährisch-Ostrau, sondern in der gesamten Rüstungswirtschaft von Böhmen und

Mähren eine beherrschende Stellung erhalten. In Mährisch-Ostrau sind nun erhebliche Bedenken entstanden, ob Schmidt der richtige Mann für dieses politisch so exponierte Gebiet ist. Die ihm zugedachte wirtschaftliche Position hätte selbstverständlich auch erhebliches politisches Gewicht. Er ist nicht Parteimitglied. Seine politische Schule ist bekannt. Diese Tatsachen werden angeblich weder durch besondere Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie noch durch Erfahrungen im Bereich der Betriebs- und Menschenführung unter den besonderen Verhältnissen des böhmisch-mährischen Raumes ausgeglichen. Die wesentlichste Aufgabe der Wirtschaft und der Verwaltung im Mährisch-Ostrauer Raum ist wie überall die Steigerung der Rüstungsproduktion und die Aufrechterhaltung einer politischen Lage, die den besten Einsatz der tschechischen Arbeiterschaft sicherstellt. Es ist nun die Frage, ob es angezeigt ist, unter den derzeitigen Verhältnissen in der Leitung der Witkowitz Werke, eines Schlüsselbetriebs der Rüstungsindustrie, derart einschneidende Veränderungen vorzunehmen. Im übrigen würden auch weite Kreise der deutschen Parteigenossen an einer Berufung von Schmidt Anstoß nehmen. Dies umso mehr, als Staatsrat Pleiger bereits einen besonderen Beauftragten in der Person eines Ing. Barfuss eingesetzt hat, der seinerzeit tätiges Mitglied bei Od Fellow war und erst vor kurzem, nachdem ihn die Gauleitung abgelehnt hatte, durch einen besonderen Gnadenakt Parteigenosse wurde.

Die Arbeitsleistung der tschechischen Belegschaft unter der bestehenden deutschen Führung in Witkowitz ist zufriedenstellend. Entscheidend bei allen weiteren Maßnahmen müssen die Gesichtspunkte einer Steigerung der Rüstungsproduktion sein. Ich sehe es deshalb als notwendig an, Sie auf diese Entwicklung hinzuweisen und bitte um Mitteilung Ihrer Auffassung. Wenn Schmidt vom sicherheitspolizeilichen Standpunkt her als tragbar bezeichnet

werden kann, müssen allerdings - um unliebsame Weiterungen mit dem Reichsmarschall zu vermeiden - sämtliche opponierenden Kreise darauf hingewiesen werden, sich hinter Schmidt zu stellen. Die Durchgabe Ihrer Auffassung ist im besonderen Maße eilbedürftig, da sich Staatsrat Meinberg mit Schmidt bei mir in der kommenden Woche angemeldet hat.

H e i l H i t l e r !

gez. F r a n k ,

W-Obergruppenführer.

Prag, den 11. Mai 1944.

143

**Geheim**

M  
13. V. 1944  
i.)

FS:

An den  
Chef der Sicherheitspolizei und des SD,  
H-Obergruppenführer und General der Polizei  
Dr. Kaltenbrunner,  
B e r l i n SW 11,

Prinz Albrecht Straße 8.

Betr.: Witkowitz Werke - Dr. Guido Schmidt, Berlin.

Die Witkowitz Werke (Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengesellschaft), deren jüdische Besitzer Guttman und Rothschild, ihre Gewerkschaftskuxe vor Ausbruch des Krieges einer englischen Gesellschaft übereignet haben, werden seit dem Jahre 1939 von dem aus dem Ostrauer Raum stammenden Generaldirektor Kuchinka geleitet. Aus der Stellung dieser Werke innerhalb der Rüstungsproduktion ergab sich naturgemäß eine enge Zusammenarbeit mit den Reichswerken Hermann Göring. Die verschiedenen Bemühungen um eine organisatorische Festlegung dieser Bindung führten 1943 zum Abschluß eines Betriebsüberlassungs-Vertrages zwischen Witkowitz Werken und Hermann Göring-Werken, demzufolge die Hermann Göring-Werke die Verwaltung des gesamten Vermögens und die Betriebsführung der Witkowitz Gewerkschaft übernahmen. Die Aufsicht über die Durchführung dieses Vertrages wurde einem vom Reichskommissar für das Feindvermögen in Berlin eingesetzten Verwalter übertragen. Diesem Verwalter steht ein drei-

gliederiger Beirat zur Seite. Zwei Mitglieder des Beirates sind auf Vorschlag der Hermann Göring-Werke ernannt worden; der dritte Angehörige des Beirates ist auf meinen Vorschlag der jeweilige Oberlandrat - Inspekteur in Mährisch-Ostrau. Zur Zeit übt diese Funktion ~~der~~ Obersturmbannführer Dr. Jonak aus.

Bevor der Reichsprotector seine Zustimmung zum Abschluß des Betriebsüberlassungs-Vertrages erteilte, wurde festgelegt, daß alle wesentlichen personellen und organisatorischen Maßnahmen, die von den Hermann Göring-Werken im Bereich der Witkowitz Werke getroffen würden, soweit sie politische Bedeutung haben - und das wird in der Regel der Fall sein - der Zustimmung meines Beauftragten im Beirat bedürfen.

Überdies erklärte der Reichskommissar für das Feindvermögen, daß er im Falle einer Überstimmung meines Beauftragten im Beirat seine Entscheidung nur im Einvernehmen mit mir treffen werde. Diese Bestimmungen waren erforderlich im Interesse der Berücksichtigung der besonderen politischen Gegebenheiten des Raumes.

Tatsächlich hat sich die Tätigkeit des Beirats gut entwickelt, bis Staatsrat Pleiger als Chef der Hermann Göring-Werke mit dem von ihm selbst vorgeschlagenen Verwalter Dr. Möhring-Berlin (vom Stabsamt des Herrn Reichsmarschalls) einen Zusammenstoß hatte. Dr. Möhring erbat daraufhin vom Reichskommissar für das Feindvermögen seine Abberufung. Die Hermann Göring-Werke (Staatsrat Pleiger) haben dem Reichskommissar für das Feindvermögen vorgeschlagen, an Stelle von Möhring den ehemaligen österreichischen Außenminister Dr. Guido Schmidt zum Feindvermögensverwalter zu bestellen. Darüber hinaus soll Schmidt anstelle des Generaldirektors Kuchinka auch die Geschäfte des Gewerkschaftsvorstandes übernehmen. Schmidt würde im Falle seiner Bestellung mit derartigen Vollmachten nicht nur im Raume von Mährisch-Ostrau, sondern in der gesamten Rüstungswirtschaft von Böhmen und

Mähren eine beherrschende Stellung erhalten.

In Mährisch-Ostrau sind nun erhebliche Bedenken entstanden, ob Schmidt der richtige Mann für dieses politisch so exponierte Gebiet ist. Die ihm zugedachte wirtschaftliche Position hätte selbstverständlich auch erhebliches politisches Gewicht. Er ist nicht Parteimitglied. Seine politische Schule ist bekannt. Diese Tatsachen werden angeblich weder durch besondere Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie noch durch Erfahrungen im Bereich der Betriebs- und Menschenführung unter den besonderen Verhältnissen des böhmisch-mährischen Raumes ausgeglichen. Die wesentlichste Aufgabe der Wirtschaft und der Verwaltung im Mährisch-Ostrauer Raum ist wie überall die Steigerung der Rüstungsproduktion und die Aufrechterhaltung einer politischen Lage, die den besten Einsatz der tschechischen Arbeiterschaft sicherstellt. Es ist nun die Frage, ob es angezeigt ist, unter den derzeitigen Verhältnissen in der Leitung der Witkowitz Werke, eines Schlüsselbetriebs der Rüstungsindustrie, derart einschneidende Veränderungen vorzunehmen. Im übrigen würden auch weite Kreise der deutschen Parteigenossen an einer Berufung von Schmidt Anstoß nehmen. Dies umso mehr, als Staatsrat Pleiger bereits einen besonderen Beauftragten in der Person eines Ing. Barfuss eingesetzt hat, der seinerzeit tätiges Mitglied bei Od Fellow war und erst vor kurzem, nachdem ihn die Gauleitung abgelehnt hatte, durch einen besonderen Gnadenakt Parteigenosse wurde.

Die Arbeitsleistung der tschechischen Belegschaft unter der bestehenden deutschen Führung in Witkowitz ist zufriedenstellend. Entscheidend bei allen weiteren Maßnahmen müssen die Gesichtspunkte einer Steigerung der Rüstungsproduktion sein. Ich sehe es deshalb als notwendig an, Sie auf diese Entwicklung hinzuweisen und bitte um Mitteilung Ihrer Auffassung. Wenn Schmidt vom sicherheitspolizeilichen Standpunkt her als tragbar bezeichnet

werden kann, müssen allerdings - um unliebsame Weiterungen mit dem Reichsmarschall zu vermeiden - sämtliche opponierenden Kreise darauf hingewiesen werden, sich hinter Schmidt zu stellen. Die Durchgabe Ihrer Auffassung ist im besonderen Maße eilbedürftig, da sich Staatsrat Meinberg mit Schmidt bei mir in der kommenden Woche angemeldet hat.

H e i l H i t l e r !

gez. Frank,

1/2-Obergruppenführer.



50512

2.) Zum Vorgang.

Der Abteilungsleiter V  
- Nr. V-193/44 g -

147  
Prag, den 27. April 1944.

Minister  
28. APR. 1944

Streng vertraulich!

An

44-Obergruppenführer Staatsminister Frank.

Betr.: Neuordnung bei Witkowitz.

Bezug: Mein Bericht vom 7. April 1944 -Nr.V-128/44 IIg-.

Wie ich bereits berichtet habe, war Dr. Schicketanz am 24. ds. Mts. bei mir. Er erklärte, er habe sich die Frage seines etwaigen Einbaues sehr reiflich überlegt. Er sähe sich nicht in der Lage, als Generaldirektor in das Unternehmen einzutreten, da der Druck seitens der Konzernleitung der Reichswerke Hermann Göring auf ihn zu stark würde. Dagegen wäre er bereit, die Tätigkeit des "Verwalters" nach der Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15. Januar 1940 zu übernehmen, die ja für Minister a. D. Guido Schmidt seitens des Hermann Göring-Konzerns vorgesehen ist. Wenn er diese Stellung bekäme, dann würde er die Leitung der Witkowitz Eisenwerke unabhängig im Sinne einer klaren, vom Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren gebilligten Wirtschaftspolitik ausüben können.

Ich bitte, hierüber bei meinem nächsten Vortrag noch nähere Ausführungen machen zu dürfen.

*Eintrag*  
/ 201 4. 44  
/ c

SL M. IV M-63 e/44

# Der Oberlandrat

Inspekteur des Deutschen Staatsministers  
für Böhmen und Mähren  
in Mähr.=Ostrau

Nr. Tgb.Nr. 349/44g  
Dr. Jo/Cy

Mähr.=Ostrau, den 25. April 1944.  
Neues Rathaus  
Fernsprecher 25.45

148  
**Geheim!**

An den

Herrn Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren  
SS-Obergruppenführer K.H. Frank

in Prag.

Betrifft: Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft.  
Bezug: Laufende Berichterstattung.  
Anlagen: 2 Abschriften.

Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Ministeramt

27. APR. 1944

Der Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens hat dem Generaldirektor Kuchinka mit dem Datum vom 19.4. Abschrift eines Antrages der Hermann Göring-Werke übersandt. Aus diesem Antrag geht hervor, daß die Hermann Göring-Werke tatsächlich die Absicht haben, dem zum Verwalter vorgeschlagenen Dr. Guido Schmidt auch die Funktionen der Direktion der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft übertragen zu lassen.

Abschriften dieses mir von Generaldirektor Kuchinka überlassenen Schriftwechsels lege ich in Anlage mit der Bitte um Kenntnisnahme vor.

Generaldirektor Kuchinka bat mich bei Übersendung dieses Schriftwechsels um die Vermittlung einer Aussprache mit Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister. Von dieser Tatsache habe ich bereits heute fernmündlich Herrn Ministerialrat Dr. Gies Mitteilung gemacht. Ich werde Herrn Generaldirektor Kuchinka, falls ich nicht andere Weisung erhalte, dahingehend unterrichten, daß vor der endgültigen Entscheidung über die etwaige Besetzung des Postens eines Verwalters und eines Direktors von Witkowitz eine Aussprache in Prag möglich sein wird.

Aus diesem Anlaß trage ich die Bitte vor, mir vor der zu erwartenden Vorsprache des Feindkommissars, Staatssekretär Krohn, in Prag, die Gelegenheit zu mündlicher Berichterstattung zu geben.

Heil Hitler!

St

IV M-73 06/43g

229/44g

Abschrift.

Der Reichskommissar  
für die  
Behandlung feindlichen Vermögens

149  
Berlin SW 11, 19. April 1944.  
Möckernstrasse 128/130  
Fernsprecher 1951 11

II 721/296  
90

An

Herrn Generaldirektor Kuchinka  
b.d. Witkowitz Bergbau- u. Eisenhütten-Gewerkschaft  
in Mährisch-Ostau.

Mit der Anlage übersende ich Ihnen die Abschrift eines Schreibens der Reichswerke AG. für Berg- und Hüttenbetriebe " Hermann Göring " vom 28. Februar 1944 zu Ihrer Kenntnismahme. Soweit vorgeschlagen wird, dem neu zu bestellenden Verwalter auch die Funktionen der Direktion der Gewerkschaft zu übertragen, bitte ich um Ihre baldgefällige Stellungnahme.

Dr. Krohn.

L.S.  
Reichskommissar für die  
Behandlung feindlichen  
Vermögens

Beglaubigt:  
Kersten e.h.  
Justizangestellte.

150

Abschrift.

Reichswerke Aktiengesellschaft für Berg- und Hüttenbetriebe  
Hermann Göring  
V o r s t a n d

Hermann Göring Werke, Bln.-Halensee, Albrecht-Achilles-Str. 60-64

An den

Herrn Reichskommissar für die  
Behandlung feindlichen Vermögens,

Bad S c h a n d a u ,

Markt 21  
Amtsgericht.

Unser Hausruf    Unsere Zeichen    Berlin, den  
254                    HDP/Dr.D/K.                    28.2.1944.

Betreff Feindvermögensverwaltung  
Witkowitzter Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft.

Unter Bezugnahme auf die kürzliche Besprechung mit Herrn Staatssekretär K r o h n und Herrn Senatspräsident K e l l e r m a n n bestätigen wir Ihnen, dass durch die Verfügung des Vorsitzers des Vorstandes der Reichswerke Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten " Hermann Göring" über die Berichterstattung der Witkowitzter Gewerkschaft vom 9. Oktober 1943 die gesetzlichen Befugnisse des Herrn Reichskommissars für die Behandlung des Feindvermögens und des von ihm eingesetzten Feindvermögensverwalters in keiner Weise beschränkt werden sollen.

Wir werden die Gewerkschaft ausdrücklich darauf hinweisen, dass dem Herrn Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens und dem Feindvermögensverwalter die von ihnen gewünschten Auskünfte un-mittelbar zu erteilen sind.

Nachdem der bisherige Feindvermögensverwalter, Herr Rechtsanwalt Dr. M ö h r i n g , wiederholt gebeten hat, ihn aus seinem Amt zu entlassen, haben wir vorgeschlagen, Herrn Minister a.D. Dr. Guido S c h m i d t zum Feindvermögensverwalter zu bestellen. In der gemeinsamen Besprechung war von Ihnen die Prüfung unseres Vorschlages zugesagt worden.

Zur Frage der Begrenzung des Aufgabenkreises des Feindvermögensver-

./.

150a

walters erlauben wir uns, auf folgendes hinzuweisen:

Die Statuten der Gewerkschaft sehen als Organe der Gewerkschaft den Gewerkschaftstag, die Direktion, den Aufsichtsrat und den Generaldirektor vor. Die Funktion der Direktion und des Generaldirektors lag bisher auf Grund einer Anordnung der zuständigen Bergbehörde, bei Herrn Generaldirektor K u c h i n k a, während dem Feindvermögensverwalter die Aufgaben des Aufsichtsrates und des Gewerkschaftstages übertragen waren.

Wir halten eine Trennung der Funktionen der Direktion und des Generaldirektors zur Herbeiführung klarer Rechtsverhältnisse für erforderlich und schlagen daher vor, Herrn Dr. Guido Schmidt auch die Funktionen der Direktion der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft zu übertragen. Wir bitten zu entscheiden, ob diese Aufgaben Herrn Dr. Guido Schmidt in seiner Eigenschaft als Feindvermögensverwalter durch die Bestallung oder durch einen besonderen Beschluss des Gewerkschaftstages übertragen werden sollen.

Heil Hitler!

Reichswerke Aktiengesellschaft für  
Berg- und Hüttenbetriebe  
"Hermann Göring"  
gez: Meinberg, gez. Delius.

20271



151  
W-Oberführer Dr. B e r t s c h

Prag, den 24. April 1944.

An

W-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k .

Betr.: Witkowitz Eisenwerke, hier:  
Dr. S c h i c k e t a n z .

Dr. Schicketanz war heute wegen seines etwaigen Einbaus in die Leitung der Witkowitz Eisenwerke bei mir. Ich werde bei meinem morgigen Vortrag darüber berichten.

*zum Organg.*

*Handwritten signature in blue ink*

*Handwritten signature in blue ink*

*24/4*  
*25/4.44/7*

152

*Handwritten signature/initials*

An  
den Chef des Ministeramts  
im

H a u s e .

Betrifft: Witkowitz Bergbau- und Eisen-  
hütten-Gewerkschaft, Mähr. Ostrau.

Anlagen: 1 Vorgang St.M. IV M - 63 c/44 g.  
1 Schnellbrief.

Wie zu erwarten war, ist der Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens nunmehr wegen der Abberufung des bisherigen Verwalters Dr. M ö h r i n g und der Bestellung von Dr. Guido S c h m i d t an die beteiligten Ressorts herangetreten (vgl. anliegenden Schnellbrief). Die hiesige Stellungnahme wird federführend von Abteilung V zu bearbeiten sein. Entsprechend der Weisung des Herrn Staatsministers habe ich inzwischen fernmündlich mit dem Leiter der Abteilung II des Reichskommissars - Ministerialdirigent Warnke - Fühlung genommen und zu verstehen gegeben, dass in dieser Angelegenheit eine mündliche Aussprache mit Staatssekretär Krohn vom Herrn Staatsminister lebhaft begrüßt würde.

Warnke hat nach Vortrag mitgeteilt, dass auch Staatssekretär Krohn auf eine derartige Aussprache Wert lege. In der nächsten Woche sei er allerdings verreist, sodass die Zusammenkunft Anfang übernächster Woche (ab 1.5.) vereinbart werden könne. Da Staatssekretär Krohn sich häufig dienstlich in Bad Schandau aufhält, würde er ein Zusammentreffen an diesem Ort begrüßen.

Ich habe Warnke angekündigt, dass entweder Herr Staatsminister persönlich oder der Chef des Ministeramts mit Staatssekretär Krohn Anfang der übernächsten Woche in Verbindung treten werde. Ich darf empfehlen, als Ort der Zusammenkunft nicht Bad Schandau, sondern im Hinblick auf die derzeitige

Ortsge-

Ortsgebundenheit des Herrn Staatsministers Prag vorzuschlagen.

Übrigens bemerkte Warnke noch, dass Fleiger die Sache mit äusserstem Nachdruck betreibe und es am liebsten sehen würde, wenn Schmidt sofort antieren würde.

gez, Krieser

Beglaubigt:

*Bonn*  
Angestellte.



20269



**Reichskommissar  
für die Behandlung feindlichen Vermögens**

153  
Berlin W 8, den 19. April 1944  
Mauerstraße 43  
Fernsprecher: 11 0044 (Reichsjustizministerium)  
Kudumärke: 11 65 16

II 721/296  
90

**Schnellbrief**

Deutsches Staatsministerium  
Abt. 30  
am 22. IV. 1944  
eingegangen

An  
den Herrn Deutschen Staatsminister  
für Böhmen und Mähren  
in Prag IV.

den Herrn Reichsminister der Finanzen,  
z.Hd. des Herrn Ministerialdirigenten Schwandt,  
in Berlin.

den Herrn Reichswirtschaftsminister  
in Berlin.

den Herrn Reichsminister der Justiz,  
z.Hd. des Herrn Ministerialrates Krieger,  
in Berlin W. 8.  
Wilhelmstr. 65,

das Auswärtige Amt  
z.Hd. des Herrn Geh. Legationsrates Dr. Schiffner  
in Berlin W. 8  
Wilhelmstr. 75,

den Herrn Reichsminister für Rüstung  
und Kriegsproduktion  
in Berlin W. 8  
Pariser Platz 4.

Betrifft: Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft,  
Mähr. Ostrau.  
Geschäftszeichen Nr. V 1 - 10040/43.

Der Verwalter des vorgenannten Unternehmens, Rechtsanwalt  
und Notar Dr. Philipp Möhring in Berlin, hat im Zusammenhange  
mit Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des zwischen  
der Gewerkschaft und den Hermann Göring-Werken abgeschlossenen  
Betriebsführungsvertrages ergeben haben, um seine Abberufung ge-  
beten. Ich beabsichtige, dem Wunsche des Verwalters zu entspre-  
chen. Die Hermann Göring-Werke -Staatsrat Pleiger- haben vorge-  
schlagen, den Minister a.D. Dr. Guido Schmidt, geboren am  
15.1.1901 in Bludenz/Vorarlberg, wohnhaft in Berlin-Dahlem,

Miquel-

II-1900/44g

152a

Miquelstr. 16, zum Verwalter der Gewerkschaft zu bestellen.

Dr. Schmidt gehört dem Vorstände der Reichswerke AG. für Berg- und Hüttenbetriebe "Hermann Göring" an, nicht aber dem Vorstände oder Aufsichtsrate der Reichswerke AG. für Erzbergbau und Eisenhütten "Hermann Göring", die den Betriebsführungsvertrag mit der Gewerkschaft abgeschlossen hat.

Die Hermann Göring-Werke haben ferner angeregt, die bestehende Verwaltung dahin zu erweitern, dass dem Verwalter auch die Funktionen der Direktion der Gewerkschaft übertragen werden. Die Direktion ist nach den Statuten das verwaltende und vertretende Organ der Gewerkschaft.

Sofern Bedenken gegen die vorgeschlagene Verwalterbestellung und die Erweiterung der Befugnisse des Verwalters nicht geäußert werden, beabsichtige ich, den Vorschlägen der Hermann Göring-Werke zu entsprechen.

Ich bitte um Ihre baldgefällige Stellungnahme.

Dr. Krohn.

Beglaubigt:



*Krohn*  
Justizangestellte.

20208



Miquel-

# Der Oberlandrat

Inspektor des Deutschen Staatsministers  
für Böhmen und Mähren  
in Mähr.-Ostrau

Mähr.-Ostrau, den 15. April 1944.  
Neues Rathaus  
Fernsprecher 23.45

154

Pr. Dr. Jo/Cy

Tgb.Nr. 828/44g

Ministerram  
17. APR 1944

Geheim!

An den

Herrn Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren  
SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank

in Prag.

*3. Befehl mit  
SS 5. Mähren*

Betrifft: Witkowitz Werke.

Bezug: Fortlaufende Berichterstattung - zuletzt Bericht  
vom 7.4.1944.

Anlagen: 2

*P 22/4*

Sehr geehrter Herr Staatsminister!

In Ergänzung meines Berichtes vom 7.4.1944 erlaube ich mir, einige neue Tatsachen ergänzend mitzuteilen.

Generaldirektor Kuchinka hat mir den in Beilage beigefügten Schriftwechsel übersandt. Danach soll ab 1. Mai 1944 die Hermann Göring-Werke-Stahl-GmbH den Verkauf der gesamten Erzeugnisse der Witkowitz Werke übernehmen. Zu diesem Zweck wird eine Geschäftsstelle in Witkowitz errichtet. Die mit diesen Arbeiten in Witkowitz bisher beschäftigt gewesenen Gefolgschaftsmitglieder der Witkowitz Werke bleiben vorerst in Witkowitz, werden aber für die Tätigkeit der Hermann Göring-Werke-Stahl verpflichtet.

Diese Planung der Hermann Göring-Werke kann selbstverständlich, abgesehen von der starken finanziellen Beeinflussung der Gebarung in Witkowitz, für die davon betroffenen Gefolgschaftsmitglieder von Witkowitz auch Ortsveränderungen zur Folge haben.

Damit sind alle Kennzeichen einer Lage gegeben, die zu ihrer Inkraftsetzung der vorherigen Zustimmung des Beirats bzw., falls im Beirat keine Zustimmung erlangt werden kann, die Billigung des Reichskommissars für das Feindvermögen verlangt. Der Beirat ist bekanntlich zur Zeit nicht funktionsfähig. Minister a.D. Guido Schmidt ist zwar in

Witkowitz

*12.4.44*

*St. M. IV M - 63 d/44g*

Witkowitz tätig, es fehlt ihm aber die rechtliche Grundlage. Generaldirektor Kuchinka hat, nach Abstimmung mit mir, auf diese Tatsache gegenüber Dr. Guido Schmidt hingewiesen.

Es erscheint in diesem Zusammenhang notwendig, kurz einige grundsätzliche Erwägungen vorzutragen.

Die Hermann Göring-Werke sind zur Zeit nach dem Betriebsüberlassungsvertrag Betriebsführer von Witkowitz.

Bestimmende Faktoren in Witkowitz sind nach der derzeitigen Rechtslage:

- 1.) Der Generaldirektor, der gleichzeitig einziger Gewerkschaftsvorstand ist (Kuchinka),
- 2.) die Hermann Göring-Werke als Betriebsführer nach dem Betriebsüberlassungsvertrag,
- 3.) der Verwalter mit dem Beirat nach dem Erlaß des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens vom 26.6.1943, der die dem Gewerkschaftstag und dem Aufsichtsrat zustehenden Befugnisse wahrzunehmen hat,
- 4.) eine besondere Funktion versieht der Vertreter des Deutschen Staatsministeriums im Beirat, der die Einhaltung jener Bedingungen zu überwachen hat, die die Hermann Göring-Werke vor Genehmigung des Betriebsüberlassungsvertrages übernommen haben.

Für den Fall, daß Guido Schmidt Verwalter und Gewerkschaftsvorstand werden soll, wäre die Einflusslage folgendermaßen:

- a) Betriebsführer, Verwalter und Gewerkschaftsvorstand sind dann die Hermann Göring-Werke.
- b) Der Generaldirektor (einerlei, wer es wäre) hat dann lediglich die Stellung eines leitenden Angestellten, ohne auf die maßgebenden Entschlüsse Einfluss nehmen zu können.
- c) Dem Vertreter des Staatsministers würde praktisch nicht mehr das Forum des Beirats zur Verfügung stehen. Die Durchsetzung der besonderen Gesichtspunkte des Herrn Staatsministers würde daher wesentlich erschwert.

Daraus ergibt sich bei konsequenter Fortsetzung der bisherigen grundsätzlichen Auffassung die Notwendigkeit, dafür Sorge zu tragen, daß

- 1.) entweder zum Verwalter eine Persönlichkeit dieses Raumes berufen wird oder zumindest eine Persönlichkeit, deren Gesinnung und Haltung Gewähr für eine objektive Führung der Geschäfte gibt, oder

20267



- 2.) unbedingt daran festgehalten wird, daß, wenn eine derartige Besetzung des Verwalterpostens nicht zu erzielen ist, die Funktion des Generaldirektors mit der Funktion des Gewerkschaftsvorstandes verbunden bleibt. Der Generaldirektor hat nur eine Bedeutung, wenn er gleichzeitig Vorstand ist. Ob ein Austausch der Persönlichkeit Kuchinkas oder eine doppelte Besetzung der Generaldirektion (technisch und kommerziell) erfolgt - wobei der zweite Generaldirektor als Gewerkschaftsvorstand, nach Möglichkeit aus diesem Raume, genommen werden müßte - ist eine Frage der Zweckmäßigkeit.

Nur unter diesen Voraussetzungen kann daran gedacht werden, die Interessen der Wirtschaft dieses Raumes und die volkspolitischen Gesichtspunkte zu wahren.

Falls Betriebsführung, Verwalter und Gewerkschaftsvorstand durch Hermann Göring-Werke gestellt werden, könnte auch der energischste Generaldirektor, der auf die besten Leistungen zurückweisen könnte, sich auf die Dauer nicht durchsetzen. Dafür sind der beste Beweis die Schwierigkeiten, die dem leistungsmäßig hervorragenden Generaldirektor Dr. Ing. Gold von der Ferdinands-Nordbahn seitens der Hermann Göring-Werke gemacht wurden.

*Notlage*  
Abgesehen von der Möglichkeit gegenüber dem Staatssekretär Krohn, auf die bereits im Bericht vom 7.4. angeführten juristischen Bedenken gegen die Einschaltung Guido Schmidt's hinzuweisen, verdient die Erwägung vielleicht Beachtung, daß die Hermann Göring-Werke Reichswerke sind. Eine Führung von Witkowitz muß daher nicht so erfolgen, daß, wie bei einer privat-kapitalistischen Einflussnahme, nur enge Vertrauensleute des Kapitalbesitzers vorgeschickt werden. Die von der politischen Führung des böhmisch-mährischen Raumes gegebenenfalls vorgeschlagenen Persönlichkeiten würden ebenso Legitimation haben, die Interessen eines Reichswerkes wahrzunehmen, um so mehr, als aus den letzten Jahren weitgehende politische Erfahrungen darüber vorliegen, wie wichtig auch bei der wirtschaftspolitischen Betätigung des Reiches die genaue Berücksichtigung der besonderen volkspolitischen Gegebenheiten des betreffenden Raumes ist. Eine Vernachlässigung dieser Gesichtspunkte hat sich bis jetzt immer bitter gerächt.

Es sei schließlich noch der Vorschlag erlaubt, vor einer Aussprache des Herrn Staatsministers mit Staatssekretär

Krohn

155a

ja

Krohn eine unverbindliche Fühlungnahme des Oberlandrats-  
Inspektors von Mähr.-Ostrau mit dem Reichskommissar durch-  
führen zu lassen. Die Legitimation dazu würde auf Grund  
des vorliegenden Ernennungsdekretes für den Beirat vom 26.  
6.1943 bestehen. Überdies hat Herr Staatssekretär Krohn  
mit Schreiben vom 6.12.1943 eine Information des Vertreters  
des Deutschen Staatsministers im Beirat in Aussicht ge-  
stellt.

Ich bitte um Kenntnisnahme und weitere Weisung.

Paul Feller!

*[Handwritten signature]*  
*[Handwritten signature]*

20266



156  
12. April 1944.

Sehr geehrter Herr Oberlandrat !

Ich erlaube mir Ihnen bekanntzugeben, dass Witkowitz nunmehr die Weisung der Reichswerke AG für Bergbau- und Hüttenbetriebe "Hermann Göring", Berlin-Halensee, erhalten hat, die dahin geht, dass mit 1. Mai 1944 die HGW-Stahl GmbH ihre Tätigkeit aufzunehmen hat.

Die HGW-Stahl GmbH wird künftig den gesamten Rohstoffeinkauf sowie den Verkauf aller Erzeugnisse, ausgenommen Kohle, Kohlenwertstoffe und Energieen vorzunehmen haben. Sie tritt anstelle der bisher bestehenden Werkseinkaufs- und Verkaufsabteilungen. Nach erhaltenen Weisungen gilt HGW-Stahl nicht als neues Handelsunternehmen der HGW, sondern ist ausschliesslich das zu jedem Werke gehörende Absatz- und Rohstoff-Einkaufsorgan.

Die Tätigkeit wird durch Geschäftsstellen bei den einzelnen Werken ausgeübt. Für den Verkauf der Erzeugnisse der Konzernwerke der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft ist die Geschäftsstelle Witkowitz in Mähr.- Ostrau vorgesehen. Im Verkauf erfolgt daher die Angebotsabgabe, Auftragsbestätigung, Rechnungserteilung usw. durch die Geschäftsstelle der HGW-Stahl GmbH. Diese übernimmt damit den gesamten, mit dem Verkauf zusammenhängenden Verkehr des Werkes nach aussen, gegenüber der Kundschaft, Behörden, Verbänden, Wirtschafts- und Fachgruppen usw.

Die mit diesen Arbeiten bisher beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder bleiben vorerst bei ihrem Stammwerk und werden für die Tätigkeit bei HGW-Stahl verpflichtet.

Ich habe laut dem im Durchschlag beiliegenden Schreiben an die Reichswerke AG für Berg- und Hüttenbetriebe "Hermann Göring", Berlin-Halensee, zu Händen des Herrn Generaldirektor Dr. Guido Schmidt darauf aufmerksam gemacht, dass die Inkraftsetzung der Tätigkeit von HGW-Stahl GmbH für Witkowitz davon abhängig ist, dass die Zustimmung des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens vorliegt und habe weiters aufmerksam gemacht, dass diese tiefgreifende Organisationsänderung auch vor Inkraftsetzung Herrn Staatsminister Karl Hermann Frank zur einverständlichen Kenntnisnahme vorgelegt werden müsste.

Indem ich bitte, von meiner Mitteilung Kenntnis zu nehmen, bin ich mit

Heil Hitler

Ihr sehr ergebener

*K. Kuchinka*1 Anlage.

Herrn  
Oberlandrat Dr. Gustav Jonak,  
Inspekteur des  
Deutschen Staatsministers,  
Mähr.- Ostrau,  
Oberlandratsamt.

157

An die  
Reichswerke AG für Berg- und  
Hüttenbetriebe "Germann Göring",  
z.H.d.H.Generaldir.Dr.Guido Schmidt,  
Berlin-Halensee  
Albrecht-Achillesstrasse 62/64

20.88

12.April 1944.

M.Nr.20/5-Vkf-Org.  
Dr.D/Sch.

HGW-Stahl GmbH.

Mit Schreiben des Vorstandes vom 6.d.M. wurden wir verständigt, dass die Inkraftsetzung der Tätigkeit der HGW-Stahl GmbH, welche nunmehr sowohl den Rohstoffeinkauf sowie den Verkauf aller Erzeugnisse, ausgenommen Kohle, Kohlenwertstoffe und Energien, vorzunehmen hat, mit 1.Mai 1944 vorgeschrieben ist.

Die Verständigung an uns enthält keinen Vermerk hierüber, ob bereits die Zustimmung des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens vorliegt.

Wir erlauben uns daher darauf aufmerksam zu machen, dass die Einhaltung des für die Inkraftsetzung der Tätigkeit der HGW-Stahl GmbH festgesetzten Zeitpunktes für uns davon abhängig ist, dass bis zu dem genannten Termin die erforderliche Bewilligung des erwähnten Kommissars uns vorliegen wird.

Gleichzeitig möchten wir neuerlich darauf aufmerksam machen, dass es unseres Erachtens nach unerlässlich ist, von der bevorstehenden, in die Struktur der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft und deren Auftreten nach aussen hin tief eingreifenden Änderung, die zustimmende Kenntnisnahme des Deutschen Staatsministers K.H.Frank einzuholen u.zw. vor tatsächlicher Inkraftsetzung.

Wir bitten uns zu bestätigen, dass der für den 1.Mai 1944 vorgesehene Termin daher für Witkowitz vorläufig noch nicht bindend ist und der Zeitpunkt des Inkrafttretens uns noch nach Erledigung der erwähnten Vorfragen bekanntgegeben werden wird.



10505

Heil Hitler !  
WITKOWITZER BERGBAU- UND  
EISENHÜTTEN-GEWERKSCHAFT

Kuchinka e. h.

# Der Oberlandrat

Inspekteur des Deutschen Staatsministers  
für Böhmen und Mähren  
in Mähr.-Ostrau

Nr. Dr. Jo/Ge  
Tgb.Nr. 755/44 S

## Einschreiben.

Mähr.-Ostrau, den 7. April 1944.  
Heure Rathhaus  
Fernsprecher 25.45

158

Minister  
11. APR. 1944

**Geheim**

An den  
Herrn Deutschen Staatsminister  
für Böhmen und Mähren  
SS-Obergruppenführer K.H. Frank  
in P r a g .

Betrifft : Witkowitz Werke.

Bezug : Fortlaufende Berichterstattung, zuletzt Bericht vom 7.III.1944.

Sehr geehrter Herr Staatsminister !

Nach dem Besuche des Herrn Staatsrats Pleiger am 23. und 24. III. 1944 in Witkowitz, hat sich der ehemalige österreichische Minister, Guido Schmidt, in meiner Dienststelle eingefunden und mir erklärt, dass er im Auftrage von Staatsrat Pleiger die Stellung eines Verwalters der Witkowitz Werke in Kürze übernehmen werde. Er werde daher seinen ständigen Wohnsitz in Witkowitz nehmen.

Er führte dabei unter anderem aus:

Er sei zwar nicht Parteimitglied, habe aber wegen seiner Verdienste aus der Zeit, da er Aussenminister der Schuschnigg-Regierung war, vom Führer und vom Herrn Reichsmarschall besondere Anerkennung erhalten und die ausdrückliche Genehmigung, im wirtschaftlichen Rahmen entsprechend tätig zu werden. Sollte man ihm bei dieser Tätigkeit Schwierigkeiten bereiten, würde er genötigt sein, sich auf diese Weisung des Führers zu berufen.

Der Widerstand gegen eine rest- und vorbehaltlose Eingliederung der Witkowitz Werke in die Hermann Göring-Werke sei ihm nicht ganz verständlich, da doch spätestens mit Beendigung des Krieges alle Hindernisse für Staatsrat Pleiger fallen werden und er unbehindert durch Verwaltungsmaßnahmen, die vollständige Eingliederung von Witkowitz vornehmen werde.

Schmidt

St. M. IV M - 63e/44g

Schmidt gab zu, dass der Reichskommissar für das feindliche Vermögen, Staatssekretär Krohn, juristische Bedenken habe, Schmidt, der geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hermann Göring-Werke (Montan-Block) sei, gleichzeitig zum Verwalter von Witkowitz zu machen, da die Hermann Göring-Werke (Montan-Block) bereits Betriebsführer nach dem Betriebsüberlassungsvertrag von Witkowitz seien. Staatssekretär Krohn halte diese Zusammenfassung in einer Person für undurchführbar. Diesen Bedenken des Staatssekretärs Krohn will Pleiger dadurch ausweichen, dass die Hermann Göring-Werke (Montan-Block) ihre Rechte aus dem Betriebsüberlassungsvertrag an die Hermann Göring-Werke (Watenstedt) zurückübertragen würden, dadurch wäre Schmidt juristisch in die Lage versetzt, die Verwaltungsfunktion durchzuführen. (Schmidt gab selbst zu, dass eine derartige Begründung nicht ernst zu nehmen ist.) Staatssekretär Krohn beabsichtige jedenfalls, nach Ostern den Herrn Staatsminister in Prag aufzusuchen, um mit ihm die Angelegenheit zu besprechen. Solange die Zusage des Herrn Staatsministers nicht vorliege, sei eine endgültige Berufung des Schmidt zum Verwalter von Witkowitz und damit zum Vorsitzenden des Beirats nicht beabsichtigt. Schmidt könne daher so lange seine Geschäfte als Verwalter nicht ausüben.

Schmidt berichtete ferner, dass Dr. Rasche von Staatsrat Pleiger scharf zurechtgewiesen worden sei. Staatsrat Pleiger habe alle Beziehungen mit Rasche abgebrochen und fordere seine Abberufung aus dem Beirat der Witkowitz Werke.

Zu diesem Vorbringen des Schmidt muss von hier Stellung genommen werden.

Aus politischen Gründen erscheint die Tätigkeit des ehemaligen Ministers der Schuschnigg-Regierung, Guido Schmidt, über dessen geistige Qualitäten und Fähigkeiten keinerlei Zweifel bestehen können, in diesem Raume nicht erwünscht. An einer volkspolitisch so bedeutsamen Stelle wie es das ostmährische Gebiet an der Grenze des Reiches zur

20263



Slowakei

Slowakei und an der Grenze des polnischen, tschechischen und deutschen Siedlungsgebietes darstellt, können nur Persönlichkeiten von einwandfreier nationalsozialistischer Haltung und Gesinnung zu massgebenden Stellungen im öffentlichen Leben berufen werden. Das politische Gewicht des Verwalters der Witkowitz Werke ist praktisch weitaus grösser, als das eines leitenden Verwaltungsbeamten in mährischen Raum.

Bei einer Anwesenheit Guido Schmidts, der den leitenden Herren der Witkowitz Werke überlegen ist, würden sich sofort neue Kraftlinien entwickeln, abgesehen davon, dass Schmidt von der Basis Witkowitz aus, in der ganzen Wirtschaft Böhmens und Mährens eine führende Position erhalten würde. Er hat übrigens darauf hingewiesen als er sagte, dass von Witkowitz aus in allen wirtschaftlichen Verbänden Böhmens und Mährens massgebender Einfluss gewonnen werden kann, was die bisherige Leitung versäumt habe.

Da Staatsrat Krohn selbst Bedenken hat, Schmidt zum Verwalter zu ernennen, besteht die Möglichkeit, bei Staatssekretär Krohn darauf hinzuwirken, dass an Stelle Guido Schmidts eine andere Persönlichkeit zum Verwalter berufen wird, wobei zur Begründung die von Krohn selbst ins Auge gefassten juristischen Schwierigkeiten in erster Linie herangezogen werden könnten.

Die angekündigte Abberufung Dr. Rasches aus dem Beirat der Witkowitz Werke ist bedauerlich, denn Rasche war ein sehr scharfsinniger, kluger und objektiver Mitarbeiter des Beirates. Ausser Rasche ist neben dem Oberlandrat nur noch Dr. Delius von den Hermann Göring-Werken im Beirat anwesend, Dr. Delius muss als einfacher Beauftragter des Staatsrates Fleiger angesehen werden. Sollte Rasche tatsächlich abberufen werden, dann erscheint es unbedingt notwendig, einen Vertreter der Wirtschaft dieses Raumes von entsprechendem Format an seine Stelle vorzuschlagen. (Nur nebstbei sei an die Person Kiese wetters von der Kreditanstalt der Deutschen gedacht!)

Zusammenfassend muss zu dem Problem der weiteren

Entwicklung

Entwicklung der Frage Witkowitz folgendes angeführt werden. Es ist in der letzten Zeit gelungen, die Aufsaugung des Besitzes des Grafen Wilczek durch die Hermann Göring-Werke zu verhüten und die Verdrängung der diesen Raum entstammenden Generaldirektoren der Ferdinands-Nordbahn durch die Hermann Göring-Werke aufzuschieben. In beiden Fällen hat das Einschreiten der deutschen Verwaltung in Böhmen und Mähren zweifellos sowohl der kriegswirtschaftlichen, als auch der volkspolitischen Entwicklung in diesem Raume gedient. Konsequenterweise erscheint es notwendig, auch im Falle Witkowitz die Führung in der Hand zu behalten und eine Aufsaugung der Individualität der Witkowitz Werke durch die Hermann Göring-Werke in den richtigen Schranken zu halten. Durch eine derartige Stellungnahme wird, wie nachdrücklich hervorgehoben werden muss, die rüstungswichtige Produktion dieser wesentlichen Betriebe in keiner Weise erschwert, sondern im Gegenteil gesichert. Erfahrungsgemäss führen die ständig wiederholten persönlichen Kombinationen, die durch das Auftauchen oft sehr junger, keineswegs bedeutender Mitarbeiter von Staatsrat Pleiger in Witkowitz immer wieder neue Nahrung erhalten, nur zu einer Beunruhigung der leitenden Herren, die einen Grossteil ihrer Energie von der Arbeit abspalten und entweder zur Verteidigung ihrer Position verwenden müssen, oder zu ständigem Balancieren zwischen den vermutlich massgeblichen oder siegreichen Kräften. Derartige Erscheinungen sind vom Standpunkt der totalen Kriegsführung höchst unerwünscht.



20262

Die Verwaltung handelt daher im kriegswirtschaftlichen Interesse, wenn auf weitgehende Stabilität im Ostrauer Raum gedrängt wird.

Zur Beleuchtung des Ernstes der hier bestehenden Bedenken sei folgender Vorfall angeführt.

Der ehemalige jüdische Generaldirektor Sonnenschein verwandte einen deutschen Beamten namens Barfuss als Auskunftsperson über Haltung und Führung deutscher Beamter der Witkowitz Werke. Der Sohn dieses Barfuss, Ing. Barfuss, trat durchaus

durchaus folgerichtig der Loge " Od Fellow " bei und nahm an der Tätigkeit dieser Organisation durch mehrere Jahre regen Anteil. Seine Aufnahme in die NSDAP wurde aus diesem Grunde von der Kreisleitung Mährisch Ostrau, dem Sicherheitsdienst Mährisch Ostrau und der Gauleitung Sudetenland in Reichenberg abgelehnt. Dieser junge Barfuss erschien vor einiger Zeit beim Oberlandrat und erklärte, er sei der regionale, persönliche Vertrauensmann von Staatsrat Fleiger. Vertraulich wurde dazu in Erfahrung gebracht, dass Barfuss junior für Staatsrat Fleiger jene nachrichtendienstlichen Funktionen versieht, die Barfuss senior beim jüdischen Generaldirektor Sonnenschein versehen hat. ( Guido Schmidt hat beim Oberlandrat ausdrücklich erwähnt, dass er es für ungesund halte, wenn von Herrn Barfuss oder Herrn Dr. Nowak über jede Äusserung irgendeines Ingenieurs der Witkowitz Werke, Aktenvermerke an Staatsrat Fleiger weitergegeben werden.)

Es hat in der letzten Zeit in Ostrau unangenehmes Aufsehen erregt, dass Barfuss junior angeblich durch einen besonderen Gnadenakt des Führers in die NSDAP aufgenommen wurde.

Bei der naturgemäss grösser werdenden Beanspruchung der wirklich nationalsozialistisch eingestellten deutschen Bevölkerungskreise des ostmährischen Raumes würde selbstverständlich eine führende Position des ehemaligen Ministers Guido Schmidt neben Erscheinungen, wie sie Barfuss junior darstellen, zu einer erheblichen Mehrbelastung führen. Das Gegengewicht, das z.B. Generaldirektor Kuchinka in diesem Zusammenhang darstellt, genügt wohl nicht zum Ausgleich.

Die oberste Sorge muss die Steigerung der Rüstungsproduktion bleiben. Die bekannt gewordenen geplanten personellen Massnahmen der Hermann Göring-Werke dienen diesem Ziele nicht.

Ich bitte um Entscheidung.

Guido Schmidt  
 W. W. ...

161

Der Abteilungsleiter V  
- Nr. V-128/44 g<sup>II</sup> -

Prag, den 7. April 1944.

Streng vertraulich!

An

4-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k .

*Handwritten signature/initials*

Betr.: Neuordnung bei Witkowitz.

Auf Grund der mir am 25. März 1944 schriftlich erteilten Ermächtigung habe ich heute in streng vertraulicher Weise mit Dr. Schicketanz wegen seines etwaigen Einbaues in die Witkowitz Eisenwerke gesprochen. Er hat sich Bedenkzeit ausgebeten, da es sich für ihn um eine sehr weittragende Angelegenheit handle. Er schien mir trotz der Bedenken, die bezüglich einer reibungslosen Zusammenarbeit mit der Leitung des Hermann Göring-Konzerns bei ihm begreiflicherweise bestehen, grundsätzlich nicht abgeneigt. Ich habe ihm erklärt, dass seine grundsätzliche Stellungnahme vorliegen müsse, ehe Staatssekretär Dr. Krohn zu dem Herrn Staatsminister nach Prag komme. Wann dies der Fall sein werde, stehe noch nicht fest; voraussichtlich werde der Besuch noch diesen Monat erfolgen.

Gleichzeitig habe ich Dr. Schicketanz auf seinen Wunsch ermächtigt, mit Gauwirtschaftsberater Wolfgang Richter und mit Präsident Dr. Adolf in ganz vertraulicher Weise über die Angelegenheit zu sprechen.



*Handwritten signature*

*Einw. v. v. a. g.*

*151 4. 44.*

Der Abteilungsleiter V

- Nr.V-128/44.g -

Prag, den 25. März 1944. 162

Streng vertraulich!

An

W-Obergruppenführer Staatsminister F r a n k.

Betr.: Neuordnung bei Witkowitz.

Die Prüfung, wie eine zweite Persönlichkeit gleichrangig mit Generaldirektor Kuchinka in das Unternehmen eingebaut werden könnte, hat -im Einvernehmen mit der Abteilung Justiz- folgendes ergeben:

Die Angelegenheiten der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft, kurz "Gewerkschaft" genannt, werden von folgenden Organen besorgt:

Der Gewerke tag,  
die Direktion,  
der Aufsichts rat,  
der Generaldirektor und die leitenden Beamten  
der Gewerkschaft.

Der Gewerke tag entspricht der Hauptversammlung bei einer A.G., die Direktion dem Verwaltungsrat, der Aufsichts rat den Rechnungsprüfern, der Generaldirektor und die leitenden Beamten der Generaldirektion.

Auf Antrag des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens hat das Deutsche Oberlandesgericht in Prag den Dr. Philipp M ö h r i n g, Berlin, zum Verwalter der Gewerkschaft mit der Maßgabe bestellt, dass die Befugnisse der Direktion der Gewerkschaft während der Dauer der Verwaltung nicht ruhen, und dass der Verwalter die bisher dem Gewerke tag und dem Aufsichts rat zustehenden Befugnisse wahrzunehmen hat. Neben dem Verwalter hat der Reichskommissar einen "Beirat" eingesetzt, dessen Aufgabe es ist, den Verwalter in allen wichtigen Angelegenheiten zu beraten und zu unterstützen, und dem der Oberlandrat-Jnspekteur des Deutschen Staatsministers, Dr. J o n a k, angehört.

Jng.Karl K u c h i n k a ist im Sinne des § 224 des Allgemeinen

Berggesetzes als "Sachverständiger Werkleiter" auf Gefahr und Kosten des Unternehmens durch die Berghauptmannschaft eingesetzt und in den Bergbüchern unter gleichzeitiger Löschung aller früheren bevollmächtigten leitenden Beamten der Gewerkschaft eingetragen worden. Ihm wurden auch die Rechte und Pflichten des Gewerke n v o r s t a n d e s, d.h. des Vorsitzers der Direktion, übertragen. Er ist also derzeit Generaldirektor und gleichzeitig eine Art Verwaltungsratsvorsitzer.

Nach der Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 15. Januar 1940 -RGBl. I S. 191- soll der Verwalter grundsätzlich sämtliche Befugnisse der satzungsmässigen Organe, d.h. des Gewerkenntages, der Direktion und des Aufsichtsrates wahrnehmen. Infolgedessen bestünde die Möglichkeit, dass auf Antrag des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens das Deutsche Oberlandesgericht in Prag den derzeitigen Verwalter Dr. Möhring abberuft und Minister a. D. Guido Schmidt zum Verwalter mit der Maßgabe bestellt, dass der Verwalter die dem Gewerkenntag, dem Aufsichtsrat und der Direktion zustehenden Befugnisse wahrzunehmen hat. Die Berghauptmannschaft müsste dann Jng. Kuchinka als Sachverständigen Werkleiter abberufen. Er würde dann nur noch Generaldirektor des Unternehmens sein können. Damit würde der neue Verwalter auch die Befugnisse der Direktion wahrnehmen und zwar ausschliesslich in seiner Eigenschaft als Verwalter. Diese Lösung ist zweifellos von Generaldirektor Fleiger und von Staatssekretär Krohn beabsichtigt.

Nach der Satzung bestellt die Direktion den Generaldirektor. Satzungsgemäss ist nur 1 Generaldirektor vorgesehen. Sollte Guido Schmidt Verwalter in dem ~~am~~ gekennzeichneten umfassenden Umfang bestellt werden, so könnte er in seiner Eigenschaft als Verwalter die Satzung dahin abändern, dass 2 Generaldirektoren von der Direktion, deren Befugnisse er ja gleichzeitig wahrnimmt, zu bestellen sind. Dieser Beschluß bedürfte der vorherigen Zustimmung des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens sowie der Bestätigung des Deutschen Oberlandesgerichts in Prag. *Abgelehnt*

Der Verwalter könnte sodann den 2. Generaldirektor bestellen. Zwischen den beiden Generaldirektoren müsste, genau wie bei dem Vorstand

164

nach dem deutschen Aktiengesetz, eine Abscheidung ihrer Aufgabengebiete erfolgen, ohne dass hierdurch die Gesamtverantwortlichkeit der Generaldirektoren für das Unternehmen berührt würde. Da Generaldirektor Kuchinka Techniker ist, würde es zweckmässig erscheinen, ihm die technischen Angelegenheiten zu übertragen, dem 2., juristisch vorgebildeten Generaldirektor die kaufmännischen Angelegenheiten.

Der Beirat neben dem Verwalter müsste bestehen bleiben.

Jch bitte um Weisung, ob ich auf Grund meines mündlichen Vortrags vom 20.ds.Mts. und an Hand der vorstehenden Rechtsauffassung in streng vertraulicher Weise mit Dr. S c h i c k e t a n z darüber sprechen kann, ob er gegebenenfalls bereit wäre, den Posten des 2.Generaldirektors bei Witkowitz zu übernehmen.

*Jan*  
*12/3*

*P. Schulz*

Seitabfertigung		1111
4402	31. MRZ 1944	
Wachst.	Hilfsjahr 1944	

*L*  
*ga*

*Sch.*

*1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.*

*1/1*

*28/3/44*

SD-LA Prag  
-III D -

164a  
Prag, den 12.4.1944.

Ürschriftlich:

An-den  
Chef des Ministeramtes beim  
Deutschen Staatsministerium für Böhmen u. Mähren  
W-Standartenführer Ministerialrat Dr. G i e s  
P r a g .

Nach Kenntnisnahme und Auswertung wird der anlie-  
gende Vorgang wieder zurückgereicht.

i. A. *[Handwritten Signature]*  
W-Hauptsturmführer.



20257

# Der Oberlandrat

Inspekteur des Deutschen Staatsministers  
für Böhmen und Mähren  
in Mähr.-Ostrau

Nr. Tgb.Nr. 755/44g

Einbringen.

Mähr.-Ostrau, den  
Neues Rathaus  
Fernsprecher 23.46

15. März 1944

165

**Geheim**

Ministeramt

17. MRZ. 1944

An den  
Herrn Deutschen Staatsminister  
für Böhmen und Mähren  
SS-Obergruppenführer K.H. Frank  
in Prag.

Betrifft : Witkowitz Werke.

Bezug : Mein Bericht vom 7. März 1944 Tgb.Nr. 753/44 g.

Am 13. d. Mts. traf der ehemalige Minister Guido Schmidt in Witkowitz zu verschiedenen Aussprachen mit Generaldirektor Kuchinka ein. Dabei war es möglich, einen flüchtigen Gedankenaustausch mit Schmidt durchzuführen.

Er erklärte, dass seine Bestellung zum Verwalter von Witkowitz grundsätzlich bereits genehmigt sei und dass er seine Aufgabe im engsten Einvernehmen mit Herrn Staatsrat Pleiger durchzuführen gedenke.

Ausserdem wies er darauf hin, dass der Reichskommissar für die Behandlung des feindlichen Vermögens, Staatssekretär Krohn, sich zur Besprechung der Angelegenheit Witkowitz in den nächsten Tagen nach Prag zum Herrn Deutschen Staatsminister begeben werde.

Schmidt wurde darauf aufmerksam gemacht, dass hier in der Angelegenheit Witkowitz die Auffassung besteht, die wesentlichste Aufgabe eines Rüstungswerkes wie Witkowitz sei die Steigerung der Rüstungsproduktion. Wenn die Hermann Göring-Werke in dieser Richtung unterstützend eingreifen würden, dann wäre das im Interesse des Reiches und dieses Raumes sehr zu begrüßen. Es besteht allerdings hier der Eindruck, dass die Auswirkungen des Betriebsüberlassungsvertrages bisher sich vorwiegend

Sl. M. IV h-63/44g

vorwiegend auf dem Gebiet von überflüssigen Konstraktionen und Planungen der Leitung der Witkowitz Werke bewegt haben. Derartige Massnahmen der Konzernorganisation erscheinen aber zur Zeit wirklich nicht wichtig. Sie sind im Gegenteil geeignet, durch die damit verbundene Beunruhigung der leitenden Beamtenschaft störend und hemmend auf die notwendige Arbeit von Witkowitz einzuwirken.

Guido Schmidt wurde schliesslich darauf hingewiesen, dass die Aufrechterhaltung der Tätigkeit des Beirats schon aus dem Grunde einer Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten des Raumes erforderlich erscheint. Schmidt erwiderte, dass er für ein klagloses Funktionieren des Beirats Sorge tragen werde und die Absicht habe, in den ersten Tagen des April eine Beiratsitzung einzuberufen. Die Ablösung Möhrings sei notwendig geworden, weil dieser es nicht verstanden habe, mit Staatsrat Fleiger zu einem erträglichen persönlichen Verhältnis zu gelangen.

Ich darf ferner darauf hinweisen, dass die Hermann Göring-Werke in der letzten Zeit zwei grosse Transaktionen zu Lasten von Witkowitz vorgenommen haben, ohne den Beirat zu befragen. Sie haben die Verkaufsorganisation von Witkowitz zu den Hermann Göring-Werken unmittelbar übernommen, die Verkaufserlöse fliessen demnach in Zukunft den Hermann Göring-Werken zu, die intern bestimmen, welche Beträge den Witkowitz Werken zukommen sollen. Das wird in weiterer Folge auch auf die dienstliche Verwendung verschiedener Angehöriger der Witkowitz Werke Einfluss haben, da die Verkaufsabteilung den Hermann Göring-Werken unmittelbar unterstellt wird.

Im zweiten Fall haben die Hermann Göring-Werke ohne Einschaltung des Generaldirektors Kuchinka und ohne Befragen des Beirats, zu Lasten von Witkowitz, einen Vertrag über Aktien der Kontinentalen Eisenhandels-gesellschaft mit der Berg & Mitten A.G. abgeschlossen.

Hier steht nicht die wirtschaftliche Zweckmässigkeit dieser

30256



dieser Massnahmen zur Diskussion, sondern die Tatsache, dass Generaldirektion von Witkowitz und Beirat in zunehmendem Masse übergangen werden. Diese Entwicklung erscheint bedenklich, weil, wie in einem gleichzeitigen Bericht mitgeteilt wird, ähnliche Versuche in der Angelegenheit der Ferdinands- Nordbahn in Mährisch Ostrau im Gange sind.

Ich erlaube mir, zu empfehlen, dem Herrn Staatssekretär Krohn und vielleicht zu gegebener Zeit dem Herrn Staatsrat Pleiger, klar den Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, dass in Fragen der Berücksichtigung der politischen Notwendigkeiten des böhmisch-mährischen Raumes, insbesondere auf dem Gebiet der grossen wirtschaftlichen Unternehmungen, die Taktik des Schaffens von fertigen Tatsachen, ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Herrn Deutschen Staatsminister in Böhmen und Mähren, in Zukunft nicht geduldet werden könnte.

Ich bitte um weitere Weisung.

*[Handwritten signature]*

*1/44. Oberleitner General  
gegen Rückfall des Landes  
in, dessen zum vorgel.  
f i e s*

Eingegangen beim 24. III. 1844  
Abteilungsleiter V

*[Handwritten signature]* 24. III 44

501 3. 44.

# Der Oberlandrat

Inspektor des Deutschen Staatsministers  
für Böhmen und Mähren  
in Mähr.-Ostrau

Nr. Dr. Jo/Cy

Tgb. Nr. 753/44g

Mähr.-Ostrau, den 7. März 1944.  
Steuers Rathaus  
Fernsprecher 23.45

167  
**Geheim!**

An den

Herrn Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren  
SS-Obergruppenführer K. H. Frank

in P r a g.

11. MRZ. 1944

Betrifft: Witkowitz Werke.

Anlage: Originalbrief des SD-Leitabschnittes Prag vom 18.2.1944.

In der Angelegenheit des Beirats der Witkowitz Werke ist eine neue Entwicklung eingetreten.

Anlässlich des Besuches des stellvertretenden Gauleiters Neuburg in Mähr.-Ostrau am 2.2. bzw. 3.2.1944 hat mich Generaldirektor Kuchinka angesprochen und folgendes berichtet:

Staatsrat Pleiger habe dem Reichskommissar für die Behandlung des Feindvermögens, Staatssekretär Krohn, zum Nachfolger des Dr. Möhring, Berlin, in dessen Funktion als Verwalter der Witkowitz Werke das Vorstandsmitglied der Hermann Göring-Werke, Guido Schmidt, vorgeschlagen. Guido Schmidt ist der bekannte ehemalige Außenminister des Dollfuß-Regimes in Österreich.

Die besondere Bedeutung dieser Neubesetzung würde darin bestehen, daß der neue Verwalter Vorstandsmitglied der Witkowitz Gewerkschaft würde. Bis nun ist Generaldirektor Kuchinka einziges Vorstandsmitglied und Generaldirektor. Er ist nach der Flucht des früheren jüdischen Generaldirektors von Witkowitz, Federer, einige Tage nach Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren nach den Bestimmungen der tschechischen Berggesetzgebung in das Bergbuch als leitendes Vorstandsmitglied eingetragen worden. Seit dieser Zeit ist Kuchinka der einzige, rechtlich ermächtigte Vertreter der Witkowitz Werke.

Nach der Absicht des Staatsrats Pleiger soll nun Schmidt, der als Verwalter und Vorsitzender des Beirats der Witkowitz Werke nicht genügend ausgelastet wäre, Kuchinka insofern "entlasten", als er ebenfalls in den Vorstand der Witkowitz Ge-

werkschaft

St. M. IV A - 43 c / 43

werkschaft berufen werden soll, überdies in Bergbuch als Vorstandsmitglied zur Eintragung gelangen soll und zwar an Stelle von Generaldirektor Kuchinka. Kuchinka würde danach nur noch Generaldirektor bleiben und die technische Leitung von Witkowitz behalten. Nach außen würde zur Vertretung von Witkowitz in Zukunft nur noch Guido Schmidt legitimiert sein.

Kuchinka zeigte sich über diese neue Entwicklung sehr betrübt und bat um Vortrag dieser Dinge beim Herrn Staatsminister. Kuchinka wurde aufmerksam gemacht, daß diese Entwicklung zum Teil die natürliche Folge seiner eigenen Haltung sei, da er ganz überflüssig wiederholt gegen die Einrichtung des Beirats Stellung genommen hat.

Aus volkspolitischen Gründen erscheint die nun sich anbahnende Entwicklung in Witkowitz bedenklich.

Staatsrat Pleiger hat durch den Betriebsüberlassungsvertrag die praktische Leitung in Witkowitz für die Hermann Göring-Werke erreicht. Der Beirat, in dessen Rahmen es möglich gewesen wäre, für die Berücksichtigung regionaler volkspolitischer Gegebenheiten zu sorgen, hat eine gewisse Sicherung geboten. Dadurch, daß Generaldirektor Kuchinka und die Hermann-Göring-Werke für eine Beseitigung des Verwalters Sorge getragen haben, ist der Beirat praktisch außer Tätigkeit gesetzt worden. Damit ist auch die Grundlage für die Ausübung des Informationsrechtes des Vertreters des Herrn Deutschen Staatsministers im Beirat gefährdet.

Die Bedeutung des Beirats und damit auch die Stellung des Vertreters des Deutschen Staatsministeriums in diesem Beirat würde noch wesensloser werden, wenn die neu angedeutete Entwicklung zustande kommt. Kuchinka selbst hätte in Zukunft nur noch technische Sachverständigenaufgaben, ohne auf entscheidende Entwicklungsvorgänge der Witkowitz Werke Einfluss nehmen zu können.

Mit Rücksicht auf diese Entwicklung wird vorgeschlagen, mit dem Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens, Herrn Staatsrat Krohn, unmittelbar Fühlung zu nehmen und in einen Gedankenaustausch über die Neubesetzung der Stelle des Verwalters der Witkowitz Werke einzutreten. Es erscheint notwendig, daß der Verwalter die Gewähr für eine tatsächliche Tätigkeit des Beirates gibt.

0231



Überdies

Überdies ist darauf hinzuweisen, daß eine Ablösung Kuchinkas, als im Bergbuch eingetragener Vorstand von Witkowitz, nicht zweckmäßig ist. Wenn auch die Anerkennung der im März 1939 vorgenommenen Eintragung in der ausländischen Rechtsprechung verschiedene Beurteilung erfahren dürfte, so war damit doch ein Zustand geschaffen, der als legal bezeichnet und politisch benützt werden konnte. Die eigentlich überflüssige Auswechslung des Vorstands würde die früher vorhandenen Möglichkeiten aufheben.

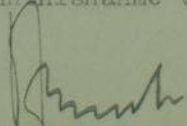
Bei aller Problematik der Haltung des Generaldirektors Kuchinka, auf die bereits wiederholt hingewiesen wurde, erscheint es doch bedenklich, wenn in Zukunft das Vorstandsmitglied der HGW, Guido Schmidt, gleichzeitig Verwalter und geschäftsführender Vorstand von Witkowitz würde. Damit wäre zu dem bestehenden Betriebsüberlassungsvertrag eine weitere doppelte neue Bindung von Witkowitz an die HGW geschaffen. Die Schwierigkeiten der Durchsetzung von Gesichtspunkten, die den besonderen Gegebenheiten dieses Raumes entsprechen, würden dadurch wesentlich gesteigert.

Darüber hinaus müßte beim Herrn Reichskommissar für die Behandlung des Feindvermögens darauf hingewiesen werden, daß es im Hinblick auf die Erfordernisse der totalen Kriegsführung im 5. Kriegsjahr nicht vertretbar erscheint, daß dauernd Bewegungen und neue Entwicklungen in der rechtlichen Konstruktion der Treuhänderschaft eines so großen Betriebes, wie es Witkowitz darstellt, sich vollziehen. Die HGW haben Dr. Möhring selbst zum Verwalter vorgeschlagen. Als er seine Aufgaben durchführen wollte, haben sie alles getan, um ihm die Arbeit unmöglich zu machen, um nun durch die neue Kombination praktisch eine Erweiterung des bestehenden Betriebsüberlassungsvertrages herbeizuführen. Durch diese kapitalistisch anmutenden Methoden wird besonders unter der leitenden Beamtenschaft der Witkowitz Werke eine ständige Beunruhigung geschaffen, die zur Zeit nicht geduldet werden kann.

Es muß nachdrücklich betont werden, daß die Hauptaufgabe von Witkowitz die Erhöhung der Rüstungsproduktion ist. Dazu haben die HGW in Witkowitz bis jetzt herzlich wenig beigetragen. Die Frage der Konzernbildungen und Konzernvergrößerungen muß wohl zu geeigneterem Zeitpunkt in Angriff genommen werden.

Ich bitte um Kenntnisnahme und Weisung.

Den mir überlassenen Bericht des SD-Leitabschnittes Prag vom 18.2.1944 lege ich in Anlage nach Kenntnisnahme vor.



169

Ministeramt  
25. FEB. 1944

An den

Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren

~~4~~-Obergruppenführer K.H. F r a n k

P r a g .

Betr.: Bestellung eines neuen Treuhänders des Reichskommissars für das Feindvermögen bei der Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft.

Vorg.: Ohne.

Aus Gründen der starken Inanspruchnahme des Vorsitzenden der Reichswerke Hermann Göring, Pleiger, und des Generaldirektors Kuchinka von den Witkowitz Eisen-Werken, wurde eine ständige Fühlungnahme dieser Beiden immer schwieriger und hat bereits zu unliebsamen Zwischenfällen geführt. Pleiger hat daher verfügt, dass zur Bearbeitung und Regelung aller Witkowitz Belange eine besondere Person in den Vorstand der Hermann Göring Werke berufen wird. Für diese Position wurde von Pleiger der ehemalige österreichische Aussenminister, Dr. Guido Schmidt, herangezogen und bereits in den Vorstand der HGW eingebaut. Gleichzeitig ist der Plan aufgetaucht, den bisherigen Treuhänder des Reichskommissars für das Feindvermögen bei der Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft, Möhring, durch Dr. Schmidt zu ersetzen, um dadurch die Personalunion in den beiden führenden Positionen herzustellen. Nach Äusserungen des Generaldirektors Kuchinka hat der Reichskommissar für das Feindvermögen seine prinzipielle Zustimmung bereits erteilt, die endgültige Zusage jedoch von der Forderung an Pleiger abhängig gemacht, dass dieser einen seinerzeit an Kuchinka gerichteten Brief zurückziehe. Dieser Brief enthielt einen Auftrag an Kuchinka, der eindeutig verbot, dem Treuhänder Möhring Berichte über das Eisenwerk zukommen zu lassen. Möhring habe derartige Berichte ausschliesslich über die HGW, Berlin, anzufordern. Diese Forderung ist um so leichter zu erfüllen, da Dr. Schmidt sowieso der Mann im Vorstand der HGW ist, der die gesamten Witkowitz Belange vertritt und ausserdem noch zum Treuhänder für Witkowitz bestellt werden soll. Dr. Schmidt soll gegen seine Bestellung ursprünglich Bedenken erhoben haben, die er aber nach einer Rücksprache mit Kuchinka fallen liess. Wie Kuchinka sich selbst äusserte, nimmt er an, dass einer endgültigen Ernennung Dr. Schmidt's zum Treuhänder der Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft nichts mehr im Wege steht.

In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, dass der bisherige Treuhänder Möhring eine monatliche Entschädigung von 40.000 K vom Eisenwerk Witkowitz bezog, obwohl er monatlich nur einmal für kurze Zeit in Mährisch-Ostrau anwesend war. Die Höhe der Entschädigung wurde von Berlin vorgeschrieben.

1. III. 1944

1. mit der Güte im Brief

Sarah

St. M. IV M - 7<sup>3</sup> 6/43